

Hinterland

39/2018 4,50 euro

europa





Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #39
Herbst 2018

IMPRESSUM

Titel: Marianne Walther

Herausgeber:

Bayerischer Flüchtlingsrat
Augsburgerstraße 13
80337 München

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Katharina Martl und Joshua Hamel

Redaktion: Agnes Andrae, Başak Özdemir,
Christine Wolfrum, Florian Schäfer, Joshua
Hamel, Katharina Martl, Marianne Walther,
Matthias Weinzierl, Pit Kühnöl, Stephan
Dünnwald, Tom Reiss

(Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.)

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de

Gestaltung: Matthias Weinzierl

Druck: Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG
Birkenstraße 3, 82346 Andechs

Auflage: 1.600 Stück

Website: anton.kaun.de

Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de

Jahresabo: 21,00 Euro

Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

gefördert von



Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Ausbändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtausbändigung in Form eines rechtsmitelfähigen Bescheides zurückzusenden.

4

zitiert & kommentiert

Von Hubert Heinold

m i t t e l m e e r

5

Es ist Day Orange

Die Aktionen der Seebrücke

Bilderstrecke von Michael Trammer und Nora

Börding, Text von Anne U.

12

Sterben statt Retten

Die EU arbeitet gegen die Seenotrettung

Rede von Kapitän Claus-Peter Reisch

16

Was durch die sogenannte libysche Küstenwache passiert, ist nicht legal

Der Rettungsarzt Thomas Kunkel ist wütend.

Interview von Agnes Andrae

22

„Gäbe es legale Einreisemöglichkeiten, wären die Schlepper arbeitslos“

Kapitän Benedikt Funke über die aktuelle

Situation privater Seenotretter

Interview von Matthias Weinzierl

e u r o p a

28

So nah und doch so fern

Wie steht es um die Solidarität in der EU?

Von Felix Ferenczi

32

Festhalten und zurückschicken

Eine neue Studie zeigt, was in der EU auf

Geflüchtete zukommt

Von Barbara Lochbihler

37

Die Neue Rechte in Europa

Über Mechanismen und Auswirkungen

einer exklusiven Rhetorik

Von Thomas Bollwein

41

Falsche Propheten

Rassistische Hetze zersetzt demokratische Räume

Von Maximilian Pichl

46

Das Gerücht über George Soros

Antisemitismus als Staatsräson – von Ungarn bis zur FPÖ

Von Pit Kühnöl

52

Daheim in Europa

Von einem, dem die Heimat

immer unheimlicher wird

Von Peter Tischler

55

Dublin an der Grenze

Kontrollieren, zurückweisen oder festsetzen

Von Matthias Schmidt-Sembdner

63

Abschotten um jeden Preis

Europäischer Rat verweigert Geflüchteten Schutz

Von Bernd Kasperek

r a s s i s m u s

68

„Bio-deutsch‘ versus ‚Ausweis-deutsch‘?

„Deutsch sein“ in Zeiten des Rechtspopulismus

Eine Polemik von Ina Schildbach

73

Erst das Schulterzucken, dann die Hetzjagd

Weißer Privilegien und alltäglicher Rassismus

Von Tom Reiss

77

Aufklärung war nicht das Ziel

Beobachtungen aus dem NSU-Prozess von

Marianne Walthert und Barbara Brandt

Interview von Katharina Martl & Matthias Weinzierl

h i e r s p r i c h t d i e p o e s i e

84

Flüchtlingsgespräche *Staffel 1 – Folge 4*

Von Human

86

Der Bettler

Ein Gedicht von SAID

a b s c h i e b u n g

88

Das Ungeborene zählt nicht

Eine weibliche Perspektive auf die Arbeit mit

Schwangeren im Dublin-Verfahren

Von Jana Weidhaase

93

Licht ins Dunkel

Unabhängige Abschiebebeobachtung

ist dringend nötig

Von Georg Schütze

l a g e r l e b e n

99

Ein Leben in Leichtbauhallen

Spuren von Menschen, die hier lebten

Bilderstrecke von Sophia Neopren

t a n t e t o m k o t z t

105

Nach dem Kotzen trotzdem Kater

Von Tante Tom

E d i t o r i a l

„Europa hat sich abgeschminkt.

Befreit von Rouge und Puder

steht eklig da das Luder

und faucht und stinkt.“

(Erich Mühsam, Entlarvung)

Liebe Europäer*innen,

liebe Weltenbürger*innen,

Europa reicht eigentlich von den Küsten Portugals bis zu den Gipfeln des Ural, vom Nordkap bis nach Sizilien, Europa ist so viel mehr als nur die EU. Und dennoch denkt man beim Begriff Europa zuerst an die Europäische Union – als Hoffnungsträgerin, als Sehnsuchtsort, als bürokratischer Irrgarten, als kalte Festung, an deren Grenzen Menschen sterben. Einst begann der Europäische Einigungsprozess als Reaktion auf die Schrecken des Zweiten Weltkriegs und wollte einen Hort des Friedens und des Humanismus schaffen. Ob das jemals geglückt war, sei dahingestellt, doch zumindest gab es progressive Entwicklungen. Nun wird dieser Prozess wieder umgekehrt. Die extreme Rechte – ob Fidesz, Lega oder AfD – reißt den Diskurs immer stärker an sich und befördert einen kulturellen Backlash – nicht nur in Migrationsfragen. Emanzipatorische Errungenschaften, wie die innereuropäische Freizügigkeit oder allgemeine Menschenrechte, werden zur Disposition gestellt und auf dem Altar nationalistischer Neurosen geopfert. Und wir als bisherige Kritiker*innen der europäischen Politik sehen uns langsam gezwungen, die letzten Reste der minimalsten europäischen Werte gegen ihre rechten Angreifer*innen zu verteidigen.

Die klassische Figur der Europa reitet auf dem Rücken des Stieres über das Wasser, die Boote der Geflüchteten sinken in den Wellen. In der Antike war das Mittelmeer Handelsroute und Zentrum der bekannten Welt, es verband Europa, die Levante und Nordafrika – ohne das Mittelmeer war europäische Kultur nicht denkbar. Heute ist das Mittelmeer streng bewachte Außengrenze und nasses Grab – die EU schottet sich dahinter ab und lässt Menschen ertrinken, als Appeasement an den rechten Mob. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Heftes kreuzte kein privates Rettungsschiff mehr im Mittelmeer, private Seenotretter*innen werden kriminalisiert. Ein unerträglicher Zustand.

Europa ist ein großes Thema, in diesem Heft geben wir euch einen kleinen Überblick dazu.

Euro Grenzgegner*innen
und Fluchthelfer*innen von der
Hinterland-Redaktion

„Europa funktioniert nicht gut ... Ich bin für ein Europa das verantwortlich handelt und solidarisch ist“

(französischer Ministerpräsident Macron, ZDF heute vom 6.9.2018)

„Rekordzustimmung für die EU“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.5.2018)

Unsere Zukunft liegt in Europa“

(Parteiprogramm der Bay. GRÜNEN lt. SZ vom 6.9.2018)

Von Hubert Heinhold



Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
bei Pro Asyl.

Für manche ist die Europäische Union ein Bürokratiemonster das mit deutschem Geld finanziert wird, für andere ein postkolonialer Ausbeutungsverbund neuer Art. Für viele Geflüchtete ist sie ein Sehnsuchtsort. Die Politik von immer mehr Ländern verfolgt zunehmend nationale Interessen und wendet sich von der Union ab oder verlässt sie – Ungarn, Polen, Österreich, Italien, die Niederlande und Großbritannien sind die herausragenden Beispiele. Andererseits erbrachte die letzte der regelmäßigen repräsentativen Umfragen der Europäischen Kommission, der *Eurobarometer*, eine Rekordzustimmung durch die Bürger*innen: 60 % der Europäer*innen und 79 % der Deutschen hielten bei der Juni-Umfrage die Mitgliedschaft in der EU für eine gute Sache.

Was unvereinbar erscheint, spiegelt aber tatsächlich die Realität wieder. So vielfältig ist Europa und die Sicht auf die Union. Der *Eurobarometer* steht nicht im Widerspruch zu den Erfolgen europakritischer, nationalistischer Parteien. Die Menschen erleben Europa im Alltag positiv: Reisefreiheit und berufliche Mobilität, Kulturaustausch und Konsumvielfalt und das Bewusstsein, dass der 70-jährige Frieden auch dieser Union zu danken ist lassen allmählich eine europäische Identität entstehen. Ihr wesentlicher Inhalt ist Demokratie, Freiheit und Ach-

tung der Menschenrechte. Die nationalistische Politik verschiedener Länder ist demgegenüber dem Geltungsdrang einzelner Politiker*innen und ihrer Parteien geschuldet, die ein, auch von ökonomischen Interessen geprägtes, Klientel bedienen. Destruktive Kritik an vorgeblichen Sündenböcken erntet oft schnellen Zuspruch.

Dem gilt es entgegenzuwirken. Widerstand gegen die faktische Wiedereinführung der Binnenkontrollen und die Abschottung der Außengrenzen, Beendigung der Übervorteilung der 2. und 3. Welt durch europäische Konzerne und Angleichung der sozialen Verhältnisse im Binnenmarkt, Kampf gegen bürokratische Auswüchse und die Missachtung der Menschenrechte und den Abbau des Rechtsstaates in immer mehr Ländern sind unser aller Pflicht. Wenn wir sie erfüllen, ist Europa unsere Zukunft.<

Orange is!

*Am 4. August 2018 hängen Aktivist*innen am Day Orange Banner von der Reichenbachbrücke in München und lassen Rettungswesten auf der Isar treiben. Foto: Michael Trammer*



Bundesweite Solidarität

Im Rahmen des Aktionstages finden Aktionen und Demonstrationen u.a. in Berlin, Leipzig, Köln, München, Frankfurt am Main, Braunschweig, Dortmund, Wuppertal, Marburg, Berlin, Bielefeld, Bremen, Oranienburg, Lüneburg und Heidelberg statt. Foto: Nora Börding



Vorbereitung für die Demo in Berlin
Auf <https://seebruecke.org> können Action-Kits für Aktionen bestellt
werden, unter anderen die Grafikdateien für das Logo Fotos: Nora Börding



AUDIMAX
MEDIA 100



Bayerische Staatskanzlei

BAYERN
DIGITAL
WIRTSCHAFTS- UND
ENERGIEZUKUNFT





Gehen über Leichen

Der Protest der Studierenden der Hochschule für Film und Fernsehen in München zwingt Söder - leider nicht im Bild - zur schnellen Flucht; Er verlässt ohne Kommentar und binnen weniger Sekunden das Audimax. Foto: Michael Trammer



Es ist Day Orange

Es ist ein heißer Sommertag, der die Münchner*innen Anfang August an die Isar zieht. Am Ufer und im Wasser herrscht ein geselliges Treiben. Der perfekte Ort, um einmal kurz den Alltag zu vergessen. Aber es ist Day Orange. Plötzlich entrollen sich zwei Banner auf der Reichenbachbrücke. Interessiert und erstaunt lesen die Leute am Isar-Strand die Aufschriften. „Seenotrettung ist nicht verhandelbar“, heißt es in schwarzen Lettern auf einem riesigen orangenen Banner, „Seebrücke statt Festung Europa“ auf dem kleineren, weißen. Man weiß sofort, wovon die Rede ist.

Die Fluchtroute über das Mittelmeer ist zur gefährlichsten der Welt geworden. Über 1600 Menschen sind nach Angaben der UN dieses Jahr bereits im Mittelmeer ertrunken, davon mehr als die Hälfte in den Monaten Juni und Juli – obwohl die Zahl der Geflüchteten zuletzt rapide gesunken ist. Bis Juli 2018 sind 40.000 Menschen über die Mittelmeerroute geflohen. Im Jahr 2016 waren es noch fünfmal so viele. Diese Situation auf dem Mittelmeer und die zum Teil höchst kritikwürdige Grenzpolitik der EU und im Besonderen Italiens hat diverse NGOs dazu motiviert, die Seenotrettung privat zu organisieren.

Das Seenotrettungsschiff *Lifeline* durfte im Juni mit 234 geretteten Menschen an Bord keinen europäischen Hafen anlaufen. Obwohl sich mehrere europäische Städte und Länder bereit erklärt hatten, die Geflüchteten aufzunehmen, musste das Schiff fast eine Woche vor Malta ausharren. Die zivilgesellschaftliche Empörung über die Situation war groß und der Anstoß für die Initiative *Seebrücke – Schafft sichere Häfen*. Sie entwickelte sich aus einem kleinen Messenger-Chat einer Gruppe von Menschen, die seit Jahren ehren- und hauptamtlich in der Geflüchtetenhilfe arbeiten, und wuchs rasant. Über 100.000 Menschen haben sich nach eigenen Angaben bereits an Aktionen unter dem Banner beteiligt. Für *Seebrücke* kann sich jede*r engagieren. Über die Webseite der Initiative lässt sich das sogenannte Action-Kit beziehen, unter anderem mit Informationen zur Anmeldung einer Demo oder Aktion und den Graphik-Dateien von *Seebrücke*. Auch Organisationen wie *Sea-Watch*, *Jugend rettet* und *Sea-Eye*, die selbst in der Seenotrettung aktiv sind und viele weitere Vereine im Bereich der Geflüchtetenarbeit unterstützen die *Seebrücke*. Damit setzen sie alle gemeinsam ein Zeichen gegen die EU-Asyl-Politik und

ihre menschenfeindlichen Konsequenzen im Mittelmeer. So heißt es auf seebruecke.org: „Viele Menschen werden keine Hilfe erhalten, denn aufgrund der Kriminalisierung von Seenotrettung sind derzeit fast keine Schiffe auf dem Mittelmeer. Das Sterben von Menschen wird damit von Politiker*innen billigend in Kauf genommen. Das ist eine unfassbare humanitäre Katastrophe, die verhindert werden muss. Wir wollen nicht weniger Rettung, sondern viel, viel mehr!“

Das sieht auch Claus-Peter Reisch so, der sich derzeit als Kapitän der *Lifeline* vor Gericht verantworten muss. Aufgrund des politischen Drucks, den Italien verstärkt ausübt, hat kürzlich auch die *Aquarius*, das Rettungsschiff der *Ärzte ohne Grenzen* erneut ihre Registrierung verloren. Somit kann nun das letzte zivile Seenotrettungsschiff auf dem Mittelmeer keine Search-and-Rescue-Operationen mehr durchführen. Die Kriminalisierung von Seenotrettung und die Repressionen gegenüber den Rettenden schaffen die Notwendigkeit eines starken zivilgesellschaftlichen Engagements, um Druck auf die Politik auszuüben.

Das dachten sich auch die Studierenden der Hochschule für Fernsehen und Film München, die im Juli im Zuge der Eröffnung der Bayern-Digital-Konferenz durch Markus Söder vor dem Eingang des Audimax gegen die Flüchtlingspolitik und Aussagen der CSU-Spitze protestierten.

Die Aktionsformen von *Seebrücke* sind so vielfältig wie es Aktive gibt, neben Kundgebungen und Demonstrationen finden auch Flashmobs und andere künstlerische Aktionen statt.

Auf der Isar treibt ein kleines Schlauchboot vorbei. Nicht unähnlich derer, die auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer geschickt werden. Im Schlepptau hat es etwa 10 Rettungswesten, die dann auf der Reichenbachbrücke hochgezogen werden. Sie stehen für die Vielzahl von Menschen, die über das Mittelmeer flüchten und die Notwendigkeit, sie zu retten. Falls es in eurer Stadt noch keine *Seebrücken* gibt, laden wir euch ein, selbst eine zu bilden, denn: Jeder Mensch kann ein sicherer Hafen sein.<

Text von Anne U.

Michael Trammer

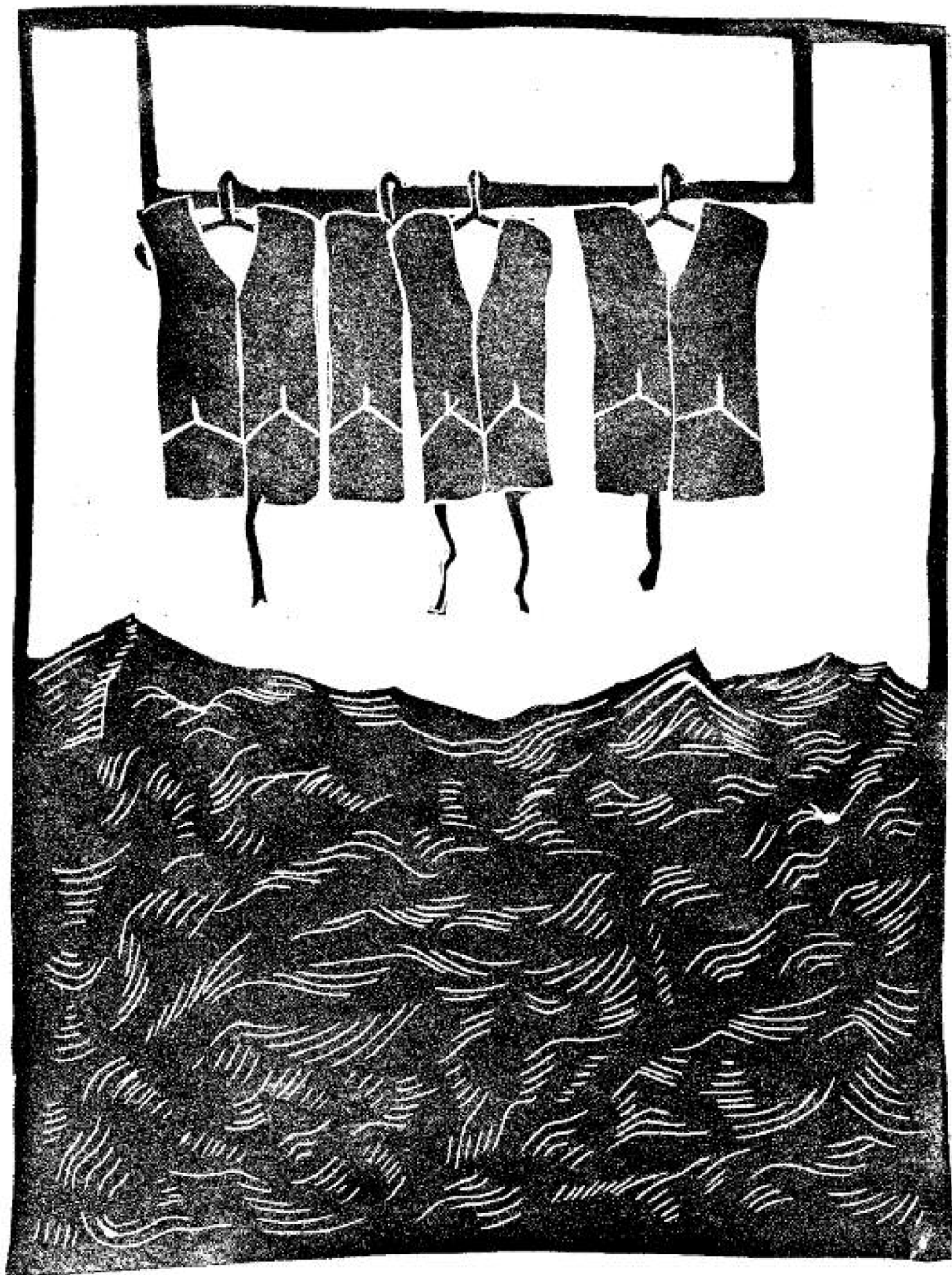
ist freischaffender Foto- und Videojournalist aus München. Vor zwei Jahren gründete er den Blog 24mmjournalism.com. Seine Themenbereiche sind vor allem soziale Proteste und Bewegungen sowie politische Veranstaltungen.

Nora Börding

kommt aus Berlin. Während ihrer Ausbildung zur Fotodesignerin begann sie sich auf Reportagefotografie zu spezialisieren und studiert seit September 2018 Fotojournalismus in Hannover.

Anne U.

studierte zuletzt Soziologie, Theater- und Medienwissenschaften und Pädagogik.



„Die EU tut mehr gegen die Seenotrettung als gegen das Sterben im Mittelmeer“

Claus-Peter Reisch aus Landsberg am Lech, Kapitän des Seenotrettungsschiffes *Lifeline*, rettet mit seiner Crew seit eineinhalb Jahren Menschen aus dem Mittelmeer. Ende Juni holten sie 234 Menschen aus dem Wasser. Jetzt steht der Seenotretter dafür auf Malta vor Gericht. Auf der Demo am 22. Juni 2018 unter dem Motto *#ausgehetzt. Gemeinsam gegen die Politik der Angst* am Königsplatz in München berichtet er darüber, wie die EU-Politik und Deutschland private Seenotrettung unterbindet und damit das Ertrinken vieler Menschen Tag für Tag in Kauf nimmt.

„Vielen herzlichen Dank. Es ist unglaublich, wie viele Leute hier stehen und sich für viele Dinge interessieren, und vor allem auch für Seenotrettung. Und ich stehe ja hier nur selbst als Vertreter der Crew der *Mission 6* von *Mission Lifeline*, eine ganz tolle Crew: 18 Europäer, 17 davon Deutsche, ein Italiener. Ich möchte einen herzlichen Gruß ausrichten und auch noch mal Danke sagen an die Crew. Und nicht nur an die Crew, sondern an die vielen fleißigen Leute, die hinter der Crew stehen. Die Crew alleine kann's auch nicht rocken. Ich bin ja als Kapitän auch nur ein Rädchen im Getriebe und ich möchte einfach meiner Crew nochmals vielen herzlichen Dank sagen.

Die Situation der Seenotretter vor der libyschen Küste ist dramatisch. Es gab mal zwölf Schiffe. Von den zwölf Schiffen sind nicht mehr viele übrig. Und drei liegen alleine in Valetta auf Malta fest und dürfen nicht auslaufen. Wir dürfen nicht auslaufen, weil angeblich



ein Schiffspapier nicht in Ordnung ist. Ein Bootschein, so wie ihn 25.000 andere Schiffe in Holland auch haben. Wir haben eine holländische Zulassung. Das liegt an der Länge und an dem Gewicht des Schiffes. Deswegen geht das in Deutschland so nicht.

Demo *#ausgehetzt*:
Kapitän Claus-Peter
Reisch auf dem
Königsplatz in
München

Sondern eben in Holland. Und wir streiten uns vor Gericht um dieses Papier und man bedroht mich mit einem Jahr Haft oder 11.600 Euro Geldstrafe.

Ich werde trotzdem am 29. abends wieder nach La Valetta fliegen, um mich am 30. dem weiteren Fortgang des Prozesses zu stellen. Die *Mission 6* von *Mission Lifeline* hat 450 Menschen in vier Rettungen das Leben gerettet. Ich kann erhobenen Hauptes da hingehen. Ich habe nichts falsch gemacht.

Die Todesraten vor der Küste im Moment sind erschreckend. Den Schleppern ist es doch völlig egal, ob die Menschen das überleben oder auch nicht. Wir finden gekenterte Boote. Da ist niemand mehr. Die sind aber auch nicht gerettet worden. Wenn wir ein Boot finden, die Menschen evakuieren, dann zerstören wir dieses Boot und sprühen vorher mit Farbe die Casenumber, die wir von der Seenotrettungszentrale in Rom bekommen drauf. Und schreiben drauf: *Lifeline* und ein Datum und zerstören dieses Boot, damit andere NGOs oder andere Schiffe, die dieses finden nicht mehr weiter suchen. Aber wir finden eben auch genügend Holzboote, leer – die Menschen zurück nach Libyen geschleppt oder auch einfach gekentert oder untergegangen. Diese Boote sind untauglich, wir

Libyer zu gehen und seien im Meer hilflos zurückgelassen worden. Das Schlauchboot, auf dem die drei Bootsflüchtlinge saßen, zerstörten die Libyer. Eine der beiden Frauen und das Baby seien wenige Stunden vor Ankunft des NGO-Rettungsschiffs von *Open Arms* am Schiffswrack verstorben. So schaut Seenotrettung auf libysch aus.'

Da bleibt einem die Spucke weg. Ich merk's auch bei euch. Da kommen mir die Tränen in die Augen. Und so was kann man einfach nicht stehen lassen. Unser eigenes Schiff hängt fest, ich hab's schon gesagt. Wir dürfen nicht auslaufen. Wir sind in einem abgesperrten Teil des Hafens. Was auch ganz gut so ist, dann kann nicht jeder Depp bei uns aufs Schiff. Aber wir dürfen eben mit unserem Schiff nicht fahren. Wir haben 800 Rettungswesten an Bord, können 250 Personen in Rettungsinseln setzen, falls ihre Schlauchboote oder Holzboote untergehen. Und wir können auch viele Menschen, viele Menschen, irgendwo hinbringen zur Not. Es ist unerträglich wie ein Herr Salvini – er hat gesagt – wir würden ‚Menschenfleisch‘ befördern. Es tut mir leid, da bleibt mir die Spucke weg. Ich dachte, vor 70 Jahren wäre dieser Jargon ein für allemal im Orkus der Geschichte verschwunden. Es ist furchtbar. Für mich ist es furchtbar.

Wir finden eben auch genügend Holzboote, leer – die Menschen zurück nach Libyen geschleppt oder auch einfach gekentert oder untergegangen

würden damit nicht über den Ammersee fahren. Ich kann Ihnen mal eine Geschichte vorlesen. Soviel Zeit muss sein.

,*Open Arms* ist eine Rettungsorganisation, ganz tolle Leute aus Spanien. *Open Arms* hat Überlebende, sowie eine Tote mit totem Baby 80 Seemeilen vor der Küste aus den Resten eines Bootes geborgen. Erste Meldungen gingen von einer neuen Schiffskatastrophe aus. Doch nun meldet *Open Arms*, dass es sich um das Flüchtlingschiff handelt, von dem die sogenannte libysche Küstenwache 158 Personen festgesetzt und in Internierungslager in Libyen zurückgebracht hat. Eine Meldung über die Zurückgelassenen hat die sogenannte libysche Coastguard nicht gemacht. Die beiden Frauen mit Kind hätten sich geweigert, an Bord der

Die EU tut mehr gegen die Seenotrettung als gegen das Sterben im Mittelmeer. Es ist schrecklich, mit eurem Steuergeld wird diese libysche Küstenwache, die diese Dinge produziert, die ich gerade vorgelesen habe – und das ist nur ein Einzelfall – finanziert. Ihr bezahlt mit eurem Steuergeld diese Leute. Das ist völlig unglaublich. Ich bezahl ja auch noch mit. Seenotrettung ist kein Verbrechen, es ist eine Pflicht. Es kann niemals ein Verbrechen sein, wenn man Leute aus dem Wasser holt, die am Ersaufen sind.

Es ist auch falsch, dass wir von einem Herrn Soros finanziert werden. Das wär schön. Der hat so lange Scheckbücher. Da hätte ich gern mal einen davon. Es ist auch falsch und eine Lüge, dass wir von Schleppern oder irgendwelchen anderen Leuten Geld nehmen. Wir bekommen Geld von euch, von der Bevölkerung. Wir bekommen Geld von kleinen Firmen und größeren Firmen. Udo Lindenberg unterstützt uns, Urban Priol, Christoph Sieber und ähnliche Leute. Und das finden wir ganz gut.

Mission Lifeline finanziert sich aus Spenden und diese *Mission 6*, die wir gefahren sind, war eigentlich dieses Jahr unsere *Mission 1*. Und warum? Wir hatten kein Geld. Wir hatten das Geld, dass wir das Schiff einfach unterhalten konnten, dass es sozusagen am Liegeplatz

nicht untergeht. Wir konnten die Reparaturen machen. Aber wir hatten kein Geld, dass wir 17.000 Liter tanken können und auf Mission fahren. Das hatten wir einfach nicht! Dann habe ich auch angefangen, Geld einzusammeln. Und so konnten wir die *Mission 6* und die anschließende *Mission 7*, die jetzt leider nicht stattfinden kann, finanzieren.

Man muss die Fluchtursachen bekämpfen, da fängt nämlich das Elend an. Die Dritte Welt wird durch die Erste Welt ausgepresst wie eine Zitrone. Die EU produziert Gemüse, vor allem Tomaten. Im Überfluss. Subventioniert. Ebenso von unserem Steuergeld. Und diese Tomaten, mit denen keiner weiß, wohin damit und die Paprika und das andere Zeug. Das wird nach Afrika gekarrt und dort zu Preisen verkauft, die unter den Preisen liegen, wie sie die Afrikaner für ihre Erzeugung nehmen müssten. So kann ich auch eine Wirtschaft kaputt machen. Und da gibt es noch viel mehr Beispiele: Der Fischfang vor dem Senegal, die Hühnchen-Karkassen, das kann sich jeder im Internet mal angucken. Der Europäer isst vom Huhn die Haxen und die Brust – und vielleicht noch ein paar Chicken Wings. Der Rest wird zusammengepresst, gefroren, nach Afrika verhöckert und so billig angeboten, dass der kenianische Hühnchen-Bauer daran finanziell eingeht.

Das kann's nicht sein. Und dann wundere ich mich, dass die Leute bei uns an der Türe klingeln: Ich mich nicht! Sorry! Das hat mit leben und leben lassen, so wie wir's aus Bayern kennen, nichts zu tun. Sondern es ist einfach, diese Menschen wirtschaftlich an die Wand spielen mit einfach der Macht, die der Markt und die Industrie in Europa haben. Mit Geld kriegt man zur Not alles kaputt.

Ja, unsere Schiffe müssen wieder fahren! Und die Flugzeuge wieder fliegen! Es gibt zwei Suchflugzeuge – daran sieht man schon, wie grotesk das alles ist – Es gibt zwei Suchflugzeuge, eins heißt *Moonbird*, ist im weitesten von der Evangelischen Kirche Deutschland finanziert, es steht auf Malta und darf nicht starten, weil es nicht starten darf. Es bekommt keine Starterlaubnis. Dieses Flugzeug rettet niemanden. Es kann niemanden aus dem Wasser ziehen. Aber es kann dokumentieren, fotografieren und auch den entsprechenden Rettungsleitstellen fürs zentrale Mittelmeer, übrigens MRCC Rom (Maritime Rescue Coordination Center Rom, Anm. d. Red.), die sitzen in Rom, darüber informieren, dass ein 'boat in distress' (Boot in Seenot, Anm. d. Red.) ist.

Und dann können, wenn vorhanden, auch Rettungsschiffe eingreifen. Es gibt ein zweites Flugzeug, es steht auf Lampedusa. Es wird von Franzosen betrieben, auch alles Freiwillige. Dieses Flugzeug bekommt einfach keinen Sprit. Sie fordern Sprit an, möchten Sprit kaufen an der Tankstelle vom Flughafen. Sie kriegen nix. Dann fahren sie mit

Seenotrettung ist kein Verbrechen, es ist eine Pflicht. Es kann niemals ein Verbrechen sein, wenn man Leute aus dem Wasser holt, die am Ersaufen sind

Reservekanistern zur nächsten Tankstelle. Dann sagt man: Oh, oh, das ist viel zu gefährlich. Brandgefahr. Auch so wird verhindert, dass die Flugzeuge fliegen, die Schiffe fahren. Und damit wird nichts mehr dokumentiert, nichts mehr gerettet. Die Menschen ertrinken einfach vor der Küste. Und – wie ich das vorher gesagt habe – das ist ja nur eins dieser Dramen.

Tja ... das wäre meine Geschichte gewesen. Aber ich habe noch eine Bitte. Frau Merkel hat Flagge gezeigt und hat sich in einem Gespräch mit Journalisten dazu hingekniet, dass sie sagt, dass sie die Seenotretter, die privaten Seenotretter, gut findet. Ich habe eine Bitte an Frau Merkel, ich habe einen Wunsch. Frau Merkel, bitte, mein persönlicher Wunsch an Sie: Machen Sie eine kleine Konferenz bei Ihnen im Hause, laden Sie Herrn Marx ein, den Erzbischof, laden Sie Herrn Bedford-Strohm ein, den Ratsvorsitzenden der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland, Anm. der Red.) und laden Sie vier Leute von vier verschiedenen *Search and Rescue*-Organisationen, *Mission Lifeline*, *Sea Watch*, *Sea Eye* und *SOS Méditerranée* ein. Und wir suchen eine Lösung, dass wir auch unter deutscher Flagge fahren können, dass wir nicht angreifbar sind, dass unsere Schiffe wieder fahren – und das ist wichtig!

Und ich hoffe, dass ihr uns auch weiterhin unterstützt. *Mission Lifeline* braucht Geld. Dieses Schiff *Lifeline* kostet am Tag 2.500 Euro. Wir brauchen Geld für Sprit, für Reparaturen. Es ist sehr teuer, so ein Schiff zu betreiben. Aber wenn so viele Leute, jeder einen kleinen Betrag an uns gibt, dann können wir das auch weiter machen. Und jetzt sage ich einfach: vielen herzlichen Dank fürs Zuhören.“<

Was im Mittelmeer durch die sogenannte libysche Küstenwache passiert ist nicht legal

Thomas Kunkel aus München war in den letzten eineinhalb Jahren mit *Sea-Watch* und *Sea Eye* als Arzt auf privaten Seenotrettungs-Missionen im Mittelmeer unterwegs. Im Gespräch berichtet er von seinen Erfahrungen aus Sicht eines Allgemeinmediziners und was ihn dabei so wütend macht. Von Agnes Andrae.



Wie lief dein letzter
Rettungseinsatz ab?

Der letzte Rettungseinsatz war Anfang Juni 2018, das war zugleich auch die vorläufig letzte Mission zu der die *Sea-Watch-3* ausgelaufen ist. Wir waren zwei Wochen vor der libyschen Küste unterwegs, als unser Kapitän uns weckte, weil er morgens beim Wachwechsel irgendetwas am Horizont gesehen hatte. Letztendlich hat sich das als Schlauchboot entpuppt. Es war mit knapp 130 Leuten vollkommen überfüllt. Wir sind dann als Crew mit dem Schnellboot ins Wasser gegangen und haben Kontakt zum Schlauchboot aufgenommen,

Rettungswesten und Wasser verteilt und die Leute an Bord genommen. Da ging es schon los mit den politischen Querelen, es dauerte mehrere Tage, bis uns Italien einen Hafen zuwies. Wir brachten die Gäste dann nach Reggio Calabria. Unterwegs nahmen wir noch Schiffbrüchige auf Anweisung der Leitstelle in Rom zusätzlich auf, die zunächst von einem zivilen Frachter aufgenommen worden waren. Der zivile Frachter war ein Bohrselversorger und konnte die Menschen nicht versorgen, geschweige denn irgendwo hinbringen.

Wie viele Geflüchtete habt ihr dabei insgesamt auf der *Sea-Watch* aufgenommen?

Es waren etwa 255 Menschen bei uns an Bord. Im Notfall kann die *Sea-Watch 3* – je nach Wetterlage – etwa 350 bis 450 Menschen aufnehmen.

Wie viele Menschen seid ihr im Team und wie setzt sich die Crew zusammen?

Wir waren mit 20 Leuten an Bord der *Sea-Watch*. Darunter befand sich die Brückencrew, also Kapitän*in und jeweils erster oder zweiter Offizier, Leute, die klare nautische Funktionen haben. Des Weiteren gab es ein Team von drei Maschinist*innen, da der Maschinenraum 24 Stunden besetzt sein muss. Darüber hinaus die Deck-Crew, sowie Personal für Küche, kulturelle Mediation und eben uns als medizinisches Team. Jedes Team hat im normalen Betrieb seine Aufgaben und Funktionen und wenn es zu einem Rettungseinsatz kommt, haben alle zusätzlich andere Funktionen. Sind Gäste mit an Bord, belastet das die gesamte Crew stärker, da diese versorgt werden müssen. Fast durchgehend haben wir als medizinisches Team Kranke zu behandeln und zu betreuen. Die gesamte Crew teilt sich je nach Bedarf und je nachdem, wie die einzelnen Teams beansprucht sind, bei den Schichtdiensten auf. Wir helfen uns gegenseitig. Zum Beispiel packen alle mit an, wenn das Essen fertig ist und ausgeteilt werden muss.

Wer sind die Kranken, die an Bord versorgt werden müssen?

Auf meinem letzten Einsatz mussten wir zum Glück keine Toten beklagen oder Leichen aus den Booten bergen. Es war relativ warm, so dass die Menschen nicht

unterkühlt waren. Aber fast alle werden an Bord mindestens einmal seekrank. Diese Seekrankheit hat verschiedene Ausprägungen. Viele Personen sind da verletzlich, zum Beispiel Kinder oder schwangere Frauen. Sehr viele sind durch die Verhältnisse in den libyschen Lagern mangelernährt und geschwächt. Da kann so eine Seekrankheit schnell ins Kippen geraten und die Menschen werden bewusstlos. Andere sind von langanhaltender, quälender

letztendlich an Bord verstorben. Ein anderer Patient hatte sich eine Schusswunde in Libyen zugezogen, die dort dilettantisch versorgt worden war. Infolgedessen hatte er eine Entzündung am Fuß. Die Situation auf den Schlauchbooten führt ebenfalls zu enormen Verletzungen: Die Benzinkanister sind nicht dicht, die Leute können sich auf dem Boot nicht bewegen und müssen den Urin laufen lassen. Daher sammelt sich in der Mitte des Bootes zusammen mit dem

Niemand konnte ahnen, dass die Schiffe irgendwann so viele Menschen an Bord nehmen und medizinisch behandeln müssen

Übelkeit geplagt, müssen ständig erbrechen und verlieren darüber viel Flüssigkeit und Energie. Da ist die Betreuung eher zeitaufwändig und intensiv, aber weniger medizinisch komplex. Die Herausforderung ist, diese vulnerablen Personen, bei denen die Wahrscheinlichkeit für eine Komplikation im Rahmen der Seekrankheit hoch ist, zu identifizieren und engmaschig zu überwachen. Meistens geht das auch gut.

Und wenn es nicht gut geht?

Bei meiner ersten Mission mit *Sea-Eye* an Ostern 2017, hatten wir gleich mehrere medizinische Notfälle. Es war April und das Wasser noch sehr kalt. Die Menschen, die wir geborgen hatten, waren unterkühlt und viele in einem desolaten Zustand. Ein Patient hatte beispielsweise aufgrund der Kälte Krämpfe und eine schwangere Frau war so unterkühlt, dass sie nicht mehr ansprechbar war. Sie wurde reanimationspflichtig und ist

Salzwasser eine sehr saure Mischung an Flüssigkeiten. In der Mitte sitzen meist die Frauen und Kinder. Wir haben Frauen gesehen, die dadurch sehr großflächige, 2gradige Verbrennungen an den Oberschenkeln, Genitalien, am Gesäß und Bauch aufweisen.

Wo kommt ihr da medizinisch auf dem Schiff an eure Grenzen?

Das kommt ein bisschen darauf an, wie das jeweilige Schiff ausgestattet ist. Auf der *Sea-Watch* besteht das medizinische Team aus vier Personen, meist zwei Ärzt*innen und zwei Krankenpfleger*innen sowie entsprechend geeigneten Räumlichkeiten. Kleinere Schiffe wie die *Sea-Eye* sind provisorischer ausgestattet. Hier war neben mir kein anderes medizinisches Personal an Bord. Man darf nicht vergessen: Die meisten NGOs sind aus rein privat finanzierten Initiativen von einigen wenigen engagierten Menschen entstanden und dementsprechend improvisiert waren auch die Bedingungen auf

Seebrücke statt Söder. Weil eine allgemeine Abschottungsmentalität zur politischen Handlungsmaxime der EU geworden ist, können die auf den Schildern genannten Schiffe und Flugzeuge ihrer Bestimmung, der Rettung von Menschenleben, nicht mehr nachkommen.

Foto: Michael Trammer



DR. MARKUS SÖDER

14. Oktober 2018



LIFELINE

MARKUS SÖDER

DR. MARKUS SÖDER

14. Oktober 2018



AQUA

MARKUS SÖDER

den Schiffen. So ging man anfangs auch eher davon aus, dass medizinische Interventionen an Bord nur vereinzelt notwendig werden. Also, dass zum Beispiel mal eine Person wegen Seekrankheit versorgt werden muss oder eine schwangere Frau Beobachtung braucht. Niemand konnte ahnen, dass die Schiffe irgendwann so viele Menschen an Bord nehmen und medizinisch behandeln müssen. Alle Organisationen haben da eine bemerkenswert schnelle Professionalisierung erfahren – und das trotz politischer Behinderung und rein spendenbasiert. In diesem Zusammenhang werden dann auch Diskussionen geführt, wie weit an Bord medizinisch gegangen werden soll und gegangen werden kann. Braucht es zum Beispiel eine Beatmungsmaschine an Bord? Mit einer Beatmungsmaschine allein ist es nicht getan. Da braucht es zusätzlich ein Monitorsystem und Personal, das dafür ausgebildet ist. Das ist dann schon ein hochspezialisierter medizinischer Bereich, jedoch auf einem Schiff nicht gleichzeitig auch praxistauglich

von den personellen Ressourcen ganz abgesehen.

Unter extremen Bedingungen wie an Ostern 2017 kommt man zwangsläufig an einen Punkt, an dem wir sagen müssen: Wir haben alles getan, was in diesem Rahmen möglich ist. Das ist nicht immer leicht zu akzeptieren. Oft dachte ich: Vielleicht hätte ich dieses und jenes noch machen sollen und hätte die Patientin dadurch noch retten können. Aber das sind Gedanken, die wahrscheinlich normal sind. Hier müssen wir als medizinisches Personal akzeptieren, dass in diesem Teil, ebenso wie in einem Großteil der Welt, nun mal keine High-Tech Medizin zur Verfügung steht.

Das Ausfliegen lassen von Bord ist ebenfalls keine Option. Es gab zwar in der Vergangenheit Fälle, in denen kritisch kranke Menschen mit dem Hubschrauber abgeholt oder von der italienischen Küstenwache evakuiert wurden. Aber in Situationen wie an Ostern 2017, als an einem Wochenende mehr als 8000

Wo kommst du da an deine persönliche Grenze? Macht dich das als Arzt hilflos oder wie erträgst du das?

Es ist eher Wut, die ich mit mir trage, aufgrund der politischen Situation. Ich bin nach dem ersten Einsatz nach Hause gekommen und dachte: Wenn ich den Leuten daheim erzähle, wie menschenunwürdig und unhygienisch die Verhältnisse auf den Schlauchbooten und den Schiffen zwangsläufig sind – ich dachte, wenn wir das berichten –, wird hier auf die politisch Verantwortlichen schon Druck aufgebaut und diese sehen ein, dass das inakzeptabel und gegen alle menschenrechtlichen Standards verstößt. Aber, was ich lernen musste zu verstehen, ist, dass genau das politisch gewollt ist. Das ist die Logik der Abschottungs-politiker*innen. Die bedienen mit ihrem Handeln diese absurde, ideologische Wahnwelt, in der Menschen allen Ernstes denken, dass wenn auf See Leute sterben, dann schreckt das wiederum Menschen in Libyen ab, in die Schlauchboote zu steigen. Aber so läuft das nicht! Das macht mich am meisten wütend: Da stellen sich deutsche Politiker*innen hin und sagen: Ach, ist das alles schlimm, man muss ja dringend die Fluchtursachen bekämpfen! Aber eigentlich ist die Abschottung schon viele Jahre Leitmotiv der deutschen und europäischen Außenpolitik. Die ertrinkenden Menschen im Mittelmeer sind da der Kollateralschaden. Allein die Tatsache, dass wir als private Organisation aushelfen müssen, ist ein Unding. Ich will da gar nicht hin. Ich bin in Vollzeit berufstätig und würde lieber in den Urlaub fahren, als zur Seenotrettung auf das Mittelmeer. Aber wenn die Schiffe der NGOs nicht da sind, macht den Job niemand. Und das ist die Entwicklung, die von der Regierung nicht nur so

Es gibt niemand mehr, der vor Ort die Menschenrechtsverstöße dokumentiert

und sinnvoll. Alle Schiffe haben medizinisches Equipment, um im Notfall Menschen zu stabilisieren. Doch alles, was in Richtung Narkose und maschinelle Beatmung geht, da hört es schon auf. Wir befinden uns an Bord in einem Krisengebiet und nicht in einer mitteleuropäischen Intensivstation, wo wir noch die letzten technischen Feinheiten auffahren können,

Menschen auf der zentralen Mittelmeerroute unterwegs waren, fehlten dafür einfach die Kapazitäten.

Nicht zuletzt deshalb übrigens, weil die professionellen Akteure wie die Schiffe von Frontex und der EUNAVFOR-Med Mission Sophia ihre Kapazitäten nur punktuell für die Seenotrettung zur Verfügung stellen.

gewollt sondern auch aktiv gefördert wird.

Was im Mittelmeer durch die sogenannte libysche Küstenwache und aktuell die italienische Politik passiert, ist nicht legal. Die Politiker*innen fallen hier hinter ihre eigenen legalen Maßstäbe zurück. Da gilt auf einmal internationales Recht nicht mehr. Da ist es egal, ob gegen die Flüchtlingskonvention verstoßen wird. Das wird akzeptiert und im Prinzip bekommt es – außer ein paar NGOs mit ihren Schiffen – niemand mit. Durch die – rechtswidrigen – Blockaden der NGO-Schiffe in Malta und Italien ist das Mittelmeer momentan eine Black Box: Es gibt niemand mehr, der vor Ort die Menschenrechtsverstöße dokumentiert und damit ist es aus den Augen, aus dem Sinn.

Was machst du mit deiner Wut, wenn du in Deutschland bist?

Ich versuche weiter, zu diesem Thema aufzuklären. Ich habe in den letzten Monaten viele Vorträge gehalten über Themen, von denen ich vorher ganz weit weg war. Letzte Woche habe ich über die Situation in Libyen geredet, das hätte ich früher so im Detail gar nicht mitverfolgt. Was passiert da eigentlich? Kriegen die das hin, eine libysche Rettungsleitstelle zu installieren? Kriegen die das hin, in Libyen die sogenannte Küstenwache aufzubauen? Steckt die EU noch mehr Kohle in eine Verbrechermiliz hinein, die sie dann der Öffentlichkeit als vermeintlich seriösen Partner bei der Migrationsbekämpfung präsentiert? Das sind Dinge, da war ich vorher nicht so nah dran und dadurch, dass ich live vor Ort war, interessiert mich das jetzt stärker.

Wie kommt man als Arzt aus München eigentlich auf die Idee, auf Seenotrettungsmission im Mittelmeer zu fahren?

Für meine erste Mission an Ostern 2017 habe ich bei *Sea-Eye* angeheuert. Ich hatte Resturlaub und habe das Sterben im Mittelmeer mitbekommen. Mich hat das empört. Nach einem Vorbereitungstreffen in Regensburg bin ich einfach an Bord gegangen. Ich dachte, das mache ich jetzt zwei Wochen, ich fahre da runter, halte Ausschau und verteile im Ernstfall ein bisschen Wasser und Rettungswesten. Ich habe das eher als humanitäres Engagement aufgefasst, als ein politisches. Am Osterwochenende 2017 ist die Situation im Mittelmeer aber dann total eskaliert. Sowohl wir als auch die *Iuventa* von *Jugend rettet e.V.* mussten so viele Leute an Bord nehmen, dass letztendlich unsere beiden Schiffe Mayday rufen mussten. Wohlgemerkt, nachdem ein Versorgungsschiff der Bundeswehr, der Tender *Rhein*, trotz mehrerer offener Positionen an Schlauchbooten in Seenot abgedreht ist. Ab da war es nicht mehr nur humanitäre Arbeit. Als ich danach nach Hause kam, dachte ich: Das ist politisch ein totales Unding, was da abgeht. Das wird als Teil der europäischen Abschottungspolitik akzeptiert. Nach der Mission war das für mich Aktivismus und nicht mehr, dass ich da jetzt runter fahre und als Arzt humanitäre Hilfe leiste. Es war klar, dass ich das nicht mehr so weiter hinnehmen kann.

Wann stichst du wieder in See?

Wenn die Organisationen wieder fahren dürfen, versuche ich wieder mit raus zu fahren. Also, sobald sich die Situation wieder entspannt – wovon ich aber nicht so schnell

ausgehe. Mittelfristig sollte das politische Ziel sein, dass es eine staatliche Seenotrettung und legale Fluchtrouten gibt. Es kann nicht sein, dass eine libysche Verbrechermiliz vor der Küste die Boote abfängt, die von der EU ausgebildet und finanziert sind und dann Landratten, wie ich, da unten arbeiten, um auszuhelfen. Da gehören Profis hin. Da gehört eine ausgebildete Küstenwache hin, wie die italienische zum Beispiel, die all die Jahre professionell und gut gearbeitet hat und jetzt wahrscheinlich auch unglücklich mit dem neuen Innenminister und seiner Politik ist. Salvini hat selbst einem Schiff der italienischen Küstenwache vor wenigen Wochen die Einfahrt in die eigenen Häfen verweigert, weil es gerettete Migrant*innen an Bord hatte. Das ist total absurd. Ich könnte es gut verstehen, wenn die Mitarbeiter*innen der italienischen Küstenwache angefressen sind. Die haben viele Jahre über ihre Verhältnisse gearbeitet und da gehört die Kohle hin. Solche Einheiten gehören eigentlich gestärkt. Nicht eine libysche Miliz, die unter Bruch menschenrechtlicher Standards dafür sorgt, dass die Menschen Afrika nicht verlassen. Das kann es nicht sein. Man kann sich nicht das Recht auf Asyl als demokratische Errungenschaft umhängen, dann aber sagen: Okay, Asylrecht gibt es schon – aber es gibt keinen legalen Weg da ranzukommen. So läuft es hier in Deutschland im Prinzip und das ist eine Farce.<



Länger her: Eine Impression aus den Tagen, als die Rettung noch möglich war. Die Juventa noch bei einer Rettungsaktion im Mittelmeer.



„Gäbe es legale Einreisemöglichkeiten, wären die Schlepper arbeitslos“

Mit der *luventa* sind seit Juli 2016 mehr als 14 000 Menschen aus dem Mittelmeer gerettet worden, bevor die italienischen Behörden das Schiff im August 2017 beschlagnahmten. Der im Sommer 2018 angelaufene Dokumentarfilm *luventa* von Michele Cinque über diesen Kutter zeigt die Aktionen aus vielschichtiger Perspektive. Der Kapitän Benedikt Funke spricht über die private Seenotrettung, den Film und die aktuelle Debatte. Ein Interview von Matthias Weinzierl.

Als Kapitän hast Du an mehreren Rettungsversuchen teilgenommen. Wie wird man denn Kapitän?

Um Kapitän in Deutschland zu werden, studiert man acht Semester lang bis zum Diplom. Praktika, auch an Bord eines Schiffs, gehören dazu. Ich selbst fuhr auf Kreuzfahrt- und Containerschiffen. Danach habe ich mein nautisches Patent gemacht und heuerte beispielsweise bei der AIDA als Offizier an. Nach ein paar Jahren auf See habe ich mein Kapitäts-patent erhalten.

Die *luventa* ist ein Schiff, das momentan häufig in den Medien auftaucht. *Jugend rettet e.V.* ist der Betreiber. Wie bist du dazu gekommen?

Auf *Jugend rettet* bin ich aufmerk-

sam geworden, weil ich in der Süddeutschen Zeitung einen Artikel über die Organisation gelesen hatte, als sie sich gerade gründete. Ein Schiff gab es da noch nicht. Das Interview mit Jakob Schoen, dem Gründer, ja, der gesamte Artikel, hat mich mitgerissen. Jakob Schoen selbst ebenso. Er ist auch heute einer meiner besten Freunde, weil er wahnsinnig viel Energie hat. Den Verein gründete er, als er sein Abitur machte. Über Crowdfunding hat er Geld eingeworben, um ein Schiff zu kaufen. Für die Spender brauchten wir Nachweise, dass wir das Unternehmen ernst meinen. Die Großspender wollten auch sehen, dass wir tatsächlich Leute haben, die ein Schiff fahren können. Hinzu kam eine Handvoll, die sagten: Wir sind auf jeden Fall interessiert und

stehen zur Verfügung. Von Anfang an war ich mit dabei, bin jedoch kein Mitglied des Vereins. Als es losging, das Schiff zu suchen und zu kaufen, beriet ich mit.

Was ist das für ein Schiff? Wie kann ich mir so einen Kauf vorstellen?

Ursprünglich war das ein Fischkutter, den aber der Betreiber schon als Sicherheitsschiff für Ölplattformen umgerüstet hatte. Das sind eine Art Stand-by-Schiffe, die dort fahren, falls etwas passiert. Wir haben den holländischen Fischtrawler erworben und nach Deutschland in eine Werft überführt. Obwohl er schon umgebaut war, haben wir das Krankenhaus darin weiter ausgebaut. Ein bisschen passten wir es auch unseren Bedürfnissen an. Im Juli

2016 ging es an den Start.

Warst du da auch schon dabei?

Ich war der erste Kapitän.

Dann kamen eure Rettungsmissionen. Was habt ihr da genau gemacht?

Rund zwei bis drei Wochen dauert so eine Mission, inklusive Vor- und Nachbereitung auf Malta. Konkret fuhren wir in die Einsatzzone vor den libyschen Gewässern. Dort gaben uns entweder die Italiener eine Position eines Schiffs in See-not weiter oder wir sichteten selbst eins. Dann teilten wir zunächst meist Rettungswesten aus, die so gut wie immer fehlten. Anschließend übernahmen wir zusammen - gefasst in kleinen Gruppen die Menschen.

Wie viel Leute habt ihr aufnehmen können?

Wir können etwa 200 bis 250 Leute an Bord nehmen, danach wird es kritisch für die Stabilität des Schiffs. Anfangs probierten wir aus, wie viel eigentlich geht. Im Dokumentarfilm *Iuventa*, der im vergangenen Sommer in ausgewählten Kinos deutschlandweit lief, gibt es

eine schöne Szene dazu. Wir stehen auf der Brücke und zählen, wie viel Menschen wir an Bord haben. 460! Teilweise kamen knapp 500 an Bord. Rummelvoll. Zumindest für 2016 galt, dass wir ziemlich gut mit den Italienern zusammenarbeiten konnten. Die haben Kapazitäten zur Verfügung gestellt und fuhren mit ihren Schiffen der Küstenwache und der Marine oder anderen privaten und sorgten so für den Transfer von der



Einsatzzone nach Italien.

Das heißt, ihr habt die Menschen aufgenommen, habt gewartet, bis ein Schiff der Küstenwache kam, um die Leute an Land zu bringen. Ihr selbst seid auf See geblieben?

Genau. Das war 2016. Anders hätten wir das gar nicht leisten können. Für so eine lange Überfahrt fehlte uns die Kapazität. Dafür waren wir effektiver im Retten als ein großes Schiff.

Was heißt lange Überfahrt?

Zwei Tage dauerte die, in denen man die vielen Menschen auch versorgen können muss.

Die Italiener haben die private Seenotrettung am intensivsten betrieben, etwa mit *mare nostrum* und zahlreiche Menschen gerettet.

Toll. Die Italiener sind heute noch

sackstolz auf dieses *mare nostrum*. Die hätten 2014 gerne damit weiter gemacht, erhofften sich bloß Unterstützung von der EU. Damals stellte Italien sogar den Ratspräsidenten der EU. Die EU sollte sich auf eine solidarische Linie einigen, was nicht gelungen ist. Danach folgte die Frontex-Mission, total beknaakt. Tausende Menschen sind ab April 2015 in einer Woche gestorben. Damals haben sich die zivilen Organisationen gegründet. Es waren die direkten Reaktionen auf diese Großereignisse. Für mich

Im Einsatz

Kapitän Funke auf der Brücke der Iuventa

übrigens auch emotional.

Wie meinst Du das?

Zu der Zeit arbeitete ich als Seemann in München am Schreibtisch. Ich sah die ganze Zeit die Bilder und dachte: Das geht jetzt nicht, dass ich in Versicherung mache. Ne! Sofort kündigte ich meinen Job und fuhr los. Selbst heute noch gibt es die Italiener und die Seeleute in Italien, die Men-

Sofort kündigte ich meinen Job und fuhr los

schen retten wollen. Übrigens auch in Sizilien und Lampedusa leben viele Menschen, die wahnsinnig stolz darauf sind, was sie geleistet haben, die auch das Problem sehen, es annehmen und bekämpfen.

Als Reaktion auf den beschämenden Rückzug der EU folgte der Einsatz von privaten Seenotretter*innen. Wie viele Schiffe waren damals unterwegs und woher?

Zu Höchstzeiten waren zehn bis zwölf Schiffe von privaten europäischen Organisationen im Einsatz, fünf bis sechs davon aus Deutschland, etwa *Sea Watch*, *Sea-eye*, *Jugend rettet*, *Lifeline*. Daneben die großen wie *Ärzte ohne Grenzen* und *Save the children*. Bis Ende September 2018 war *Ärzte ohne Grenzen* und *SOS Mediterranee* mit der *Aquarius* noch dabei. Jetzt hat Panama auf Druck Italiens selbst diesem Schiff die Registrierung entzogen. Damals ist uns der Hafen von Malta entgegengekommen. Es gab oft zollfreien Sprit und anderes. Wir durften beispielsweise dort anlegen. Auch das hat sich radikal geändert.

Gibt es überhaupt noch private Rettungsschiffe, die aktuell auslaufen dürfen?

Nicht wirklich. Fast alle Schiffe werden aus verschiedenen, oft nicht nachvollziehbaren Gründen festgehalten. Da gibt es beispielsweise wegen Gefahrenaufgaben keinen Treibstoff fürs Schiff. Beschafft man es sich selbst auf Umwegen, darf man plötzlich nicht auslaufen. Oder von einem Tag auf den anderen ist die Flagge, unter der man fährt, nicht mehr gültig. Auch dann ist kein Auslaufen mehr möglich.

Das klingt ja wie aus einem autoritären Staat.

Hätte man vor zwei oder drei Jahren vorausgesagt, wie uns nach und nach Steine in den Weg gelegt werden, wäre man als Verschwörungstheoretiker ausgelacht worden. Die Geschichte der *Iuventa* ist wirklich gruselig. Wo fange ich da jetzt an? Die Ermittlungsakte, die gegen uns vorliegt, als die Behörde das Schiff arrestierte, es also festsetzte, besteht aus Abhörprotokollen: Man hatte unsere Telefone abgehört, auf dem Schiff verdeckt Wanzen angebracht. Bei verschiedenen Hafenanläufen kamen Leute an Bord, die Aufnahmegeräte auf der Brücke installierten. Verdeckte Ermittler wurden auf einem anderen Schiff von *Save the Children* eingeschleust. Später legten diese Fotos vor, mit denen sie meinten, dokumentiert zu haben, dass wir mit Schleppern zusammenarbeiten. Allein die Aussagen der beiden Ermittler sind komplett widersprüchlich. Obendrein gibt es beispielsweise falsch beschriftete Fotos, etwa ein Schlauchboot mit Pfeil drauf. Da steht: *Iuventa* Schnellboot. Das ist aber überhaupt nicht unseres, sondern gehört *Save the Children*.

Noch immer machen sich Menschen auf die gefährliche Überfahrt. Wie sieht die aktuelle Situation aus?

Als die privaten Seenotrettungsschiffe auf einen Schlag festgehalten wurden, begannen die tödlichsten Monate, die je aufgezeichnet wurden. Die Sterberate im Mittelmeer schoss nach oben. Genaue Zahlen haben wir jetzt nicht mehr. Niemand überprüft die Todesraten. Wir kennen sie nicht.

Wie viele Menschen von Afrika aus ablegen, wissen wir also auch nicht, oder?

Genau. Es gibt Zahlen vom Hochkommissar der Vereinten Nationen der Flüchtlinge (UNHCR), soweit der UNHCR da Zugriff hat. Im Prinzip sind das Zahlen, die uns die Libyer melden. Die libysche Küstenwache und die Schlepper arbeiten aber zusammen, das ist nachgewiesen. Dazu gibt es UN-Berichte. Das UNHCR, die UN appellieren regelmäßig an die EU, diese Zusammenarbeit bitte kritisch zu hinterfragen. Aber es kommt nicht an.

Du kannst den Zahlen überhaupt nicht trauen. Abgesehen davon gehen die Zahlen runter, weil mittlerweile schon in der Sahara mehr Menschen sterben als im Mittelmeer. Für die, die eine Überfahrt noch wagen, bedeutet das: Erstens, sie haben ein wesentlich höheres Risiko. Zweitens, bei denjenigen, die gerettet werden, übernimmt das zu großen Teilen die libysche Küstenwache. Für die Aufgegriffenen heißt das, dass sie entweder gleich bei der Rettung erneut Gewalt ausgesetzt sind oder spätestens dann, wenn sie zurückgebracht worden sind. Denn sie kommen in die gleichen Lager, aus denen sie geflohen waren. Das Auswärtige Amt in Deutschland sprach selbst von KZ-ähnlichen Zuständen, die dort herrschen. Berichte davon sind grauenenerregend. Absolut unvorstellbar, was da passiert.

Ein rechtsfreier Raum?

Willkürliche Erschießungen, Pfählungen. Abartig. Willkürlicher Missbrauch. Missbrauch übrigens nicht nur von Frauen sondern auch von Männern. Vielfach geht es darum, den Willen zu brechen. Teilweise werden Hierarchien unter denen aufgebaut, die da festsitzen. Sklaverei.

Es muss schon viel passieren, dass jemand alles zurücklässt, sich in eine ungewisse Zukunft aufmacht. Das hat mit „Asyltourismus“, wie Herr Söder sagte, nichts zu tun.

Dieses Wort will ich schon gar nicht mehr verwenden. Ich will es gleich wegwatschen, ekelhaft.

Seenotrettung nur sehr verhalten optimistisch bin. Ich glaube nicht, dass morgen alle Schiffe wieder losfahren. Völlig ausschließen würde ich es ebenso wenig. Würde man den Italienern, ebenso wie den anderen Anrainerstaaten am Mittelmeer einen vernünftigen Mechanismus anbieten – eben der gesamten EU, wie man gemeinsam mit der Herausforderung umgehen möchte, dann würden sich die Italiener nicht mehr so querstellen.

sollen das machen. Erstens legale Einreisewege ermöglichen, zweitens eine zivile staatlichen Seenotrettung.

Also, wenn es legale Einreisemöglichkeiten gäbe ...

... dann wären die Schlepper arbeitslos. Ferries, not Frontex! Schaut man sich die Flüchtlingszahlen weltweit an, wissen informierte Menschen durchaus,

Die libysche Küstenwache und die Schlepper arbeiten zusammen

Wie geht es mit der *luventa* weiter?

Momentan ist unser Schiff nach wie vor arrestiert. Ein präventiver Arrest, weil ein laufendes Ermittlungsverfahren stattfindet. In diesem Verfahren passiert seit einem Jahr gar nichts. Deswegen gingen wir im letzten Jahr in Trapani, auf Sizilien, gerichtlich dagegen vor. Abgewiesen. Es geht ums Verschleppen und Zeitschinden. Am 2. August 2017 wurde das Schiff festgesetzt. Bis das Gericht uns das erste Mal gehört hatte, meine ich, war Oktober. In diesem Frühjahr gingen wir vor den Obersten Gerichtshof in Rom, um nochmals gegen das Festhalten zu wirken. Ohne weitere Begründung wies man uns erneut ab. Jetzt bleibt uns nur noch die Möglichkeit, vor ein europäisches Gericht zu gehen. Das bereiten wir im Moment vor.

Unter dem Überbegriff Seebrücke gab es europaweit Proteste. Welche Perspektive siehst Du?

Ich finde es total geil, dass jetzt das Thema private Seenotrettung so breit auf die Straße getragen wurde, wobei ich für die zivile

Möglicherweise könnte man sogar wieder daran denken, die Schiffe erneut aktiv einzusetzen. Was ich aber an diesen Demos das Geilste und Wichtigste finde, ist, dass dieses Thema so politisiert ist. Es bringt Menschen auf die Straße. Hier in Bayern geschieht das im Zuge der Landtagswahl. Ganz klar stellen sich Menschen gegen die Politik der Landesregierung.

Die Rettung von Menschen in Seenot müsste doch eine staatliche Aufgabe sein, ähnlich wie Feuerwehr oder Polizei. Wieso ist das nicht der Fall?

Genau das war der Gründungsgedanke von *Jugend rettet*, der auf zwei Säulen basiert. Die eine: Wir retten Menschen in Seenot. Die andere galt der politischen Arbeit. Unsere Anfangsforderung war, die EU solle ein ziviles staatliches Seenotrettungsprogramm auf die Beine stellen. Diese Forderung verpuffte. Es geht nicht um unkontrollierte Aktionen, sondern allein darum, dass Menschen auf See nicht sterben! Um nichts anderes. Alle privaten Organisationen der Seenotrettung haben die ganz klare Forderung: Die Staaten

dass die meisten Geflüchteten in Nachbarländern bleiben, oft sogar im eigenen Land. Andere, wie auch ich glauben nicht, dass das fehlende Grenzregime dazu führen würde, dass plötzlich alle Menschen auf der Welt nach Europa kämen. Ein schönes Beispiel dafür ist mir kürzlich durch den Kopf gegangen: Selbst in der EU gibt es durchaus große Unterschiede im Wohlstand und in den Sozialsystemen. Und jeder kann frei entscheiden, wohin er ziehen will. Trotzdem ist es keineswegs so, dass jetzt große Teile der Bevölkerung in der EU innerhalb der EU wandert und wegzieht. Menschen bleiben schon gern daheim. Fast jeder, mit dem ich mich nach den Rettungen unterhalten habe, sagte mir: Sein Land sei das schönste auf der Welt. Aber er konnte da nicht mehr bleiben.<



SOLIDARITÄT IST

DIE ZÄRTLICHKEIT

DER VÖLKER

ДЕЯ ЛЮДЕЙ

DIE ZÄRLICHKEIT

So nah und doch so fern

Solidarität in der EU

Viel gebrauchter Begriff, wenig Klarheit über Inhalt und Reichweite, zuweilen auch mit Einschränkungen versehen. Was heißt Solidarität in Bezug auf das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS)? Ein Versuch, in fünf kurzen Abschnitten die Karriere der Solidarität in der Europäischen Union (EU) in den letzten Jahren nachzuzeichnen. Von Felix Ferenczy.

Solidarität verheißt Großes. Pathos schwingt zumeist mit, wenn von ihr die Rede ist. Es geht um Unterstützung, Beistand, ums Ganze. Seit der Französischen Revolution geistert der Begriff in den philosophischen und politischen Debatten und Diskursen herum. Dabei kam der theoretischen Ausdifferenzierung, der Ver-

feinerung und Erläuterung sehr viel weniger Aufmerksamkeit zugute als beispielsweise Begriffen wie Freiheit oder Gerechtigkeit. Kein Wunder, dass Solidarität zuweilen ziemlich beliebig daherkommt und sich einer klaren Definition entzieht.

1. Große Worte: Solidarität im Primärrecht der EU

Die EU hat einen hohen Anspruch an sich in Sachen Solidarität gestellt. In den Vertragstexten taucht Solidarität zum ersten Mal in der Präambel des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) auf. Die aktuell gültigen Fassungen des Vertrages über die Europäische Union (EUV) und des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) nennen Solidarität in den verschiedensten Kontexten: Unter anderem als Zielvorstellung zwischenmenschlicher Solidarität im europäischen *demos*; als Solidarität zwischen den Generationen und zwischen den Mitgliedstaaten; als Grundsatz der Bestimmungen über das auswärtige Handeln der EU; in den Bestimmungen zum Raum der Freiheit, der

ihre Vorgänger*innen) den Staaten mit einer europäischen Außengrenze durch das Prinzip des Ersteinreistaates strukturell mehr Verantwortung für schutzsuchende Menschen auferlegt als Staaten, die keine Außengrenze der EU ihr Eigen nennen. (Die Aufnahme von Geflüchteten ist ohne Zweifel mit finanziellen Aufwendungen für Versorgung und Integrationsmaßnahmen verbunden. Die größte Bürde, den Zwang die eigene Heimat zu verlassen, tragen aber die Geflüchteten mit sich. Das sollte überall dort erwähnt werden, wo von Belastungen *durch* Geflüchtete die Rede ist.)

Einige Rechtswissenschaftler*innen gehen daher davon aus, dass die Dublin III Verordnung durch diesen eklatanten Verstoß gegen die in Artikel 80 AEUV ge-

Es bleibt bei Appellen der EU Kommission an die Mitgliedstaaten

Sicherheit und des Rechts; als Prinzip für in Not geratene Staaten sowie in der Solidaritätsklausel.

Die Charta der Grundrechte der EU widmet dem Thema Solidarität ein ganzes Kapitel. In den Artikeln 27 bis 38 benennt sie vor allem wohlfahrtsstaatliche Grundrechte wie Gesundheitsschutz und soziale Sicherheit. Spezifischen Bezug zum europäischen Flüchtlingsregime besitzen Artikel 67 und 80 des AEUV. Artikel 67 thematisiert die Politik der EU im Bereich Asyl, Einwanderung und Kontrolle an den Außengrenzen. Diese solle „sich auf die Solidarität der Mitgliedstaaten gründe[n] und gegenüber Drittstaatsangehörigen angemessen [sein].“

2. Versagte Solidarität: Das Dublin-System

Die europäischen Staaten führten das Dublin-System aufgrund der voranschreitenden ökonomischen Einigung und der damit einhergehenden Notwendigkeit der Auflösung der Binnengrenzen ein. Um das Phänomen der „Refugees in Orbit“ zu verhindern, sollte eine klare Regelung dafür sorgen, dass jeweils nur ein Staat für einen Asylantrag zuständig ist.

Das geschaffene System der Zuständigkeit widerspricht eklatant der in Artikel 80 AEUV aufgestellten Forderung, eine gerechte Aufteilung der Verantwortung vorzunehmen. An dieser Stelle soll kein Votum für eine Quotenlösung, eine Freizügigkeitslösung oder Ähnliches geschehen. Es soll hier die Feststellung genügen, dass die Dublin III Verordnung (wie auch

nannten Prinzipien als europarechtswidrig anzusehen sei.

3. Erzwungene Solidarität: Der interne EU-Relocation Mechanismus

Ob man es als indirektes Schuldeingeständnis, beziehungsweise als Eingeständnis des Versagens bezüglich des Dublin-Systems werten sollte, dass der Rat der EU im September 2015 durch zwei Beschlüsse eine Umverteilung (Relocation) von besonders schutzbedürftigen Personen aus den am meisten beanspruchten Ländern Italien und Griechenland beschloss, sei dahingestellt. Die Entscheidung kann als außergewöhnlich bezeichnet werden, da er mit Mehrheitsentscheid gefasst wurde – Rumänien, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei votierten dagegen, Finnland enthielt sich.

Die Ergebnisse der Umsetzung dieser Beschlüsse sind äußerst dürftig: Die Umverteilung lief zuerst äußerst schleppend an, anschließend korrigierte man die angepeilte Anzahl von 160.000 nach unten. Im Endeffekt erreichte nur Malta innerhalb von zwei Jahren das Ziel, die im Rahmen des Beschlusses vorgesehene Anzahl an Schutzsuchenden aufzunehmen. Ungarn und Polen weigerten sich gänzlich, an der Umsetzung teilzunehmen. Tschechien (12 Umverteilungen) und die Slowakei (16 Umverteilungen) beteiligten sich in sehr geringem Ausmaß. Eine Klage der Slowakei und Ungarns vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen den Beschluss blieb zwar erfolglos, in der

Rechtsdurchsetzung ist die EU bis heute aber ein zahnlöser Tiger. Es bleibt bei Appellen der EU-Kommission an die Mitgliedstaaten, ihrer Schuldigkeit auch nach der mittlerweile seit knapp einem Jahr abgelaufenen Frist zur Umsetzung des Ratsbeschlusses nachzukommen.

4. Flexible Solidarität

Im Nachgang der Debatte um die Umverteilungspläne schälte sich eine Begrifflichkeit heraus, die zuerst von Politikerinnen und Politiker*innen der vier Visegrád-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) verwendet wurde. Nach einiger Zeit machten sich Vertreterinnen und Vertreter europäischer Institutionen die Sache zu eigen: Die Rede ist von flexibler Solidarität. Staaten sollen demnach selbst entscheiden, ob sie lieber Geflüchtete aufnehmen oder sich diesem Schritt verweigern. Im Falle einer Verweigerung sollen Geldleistungen oder andere unterstützende Maßnahmen aus diesen Staaten erfolgen. Daraus ergeben sich problematische Konsequenzen.

Erstens bietet ein solches Prinzip der flexiblen Solidarität Rechtspopulist*innen in den verschiedenen europäischen Staaten eine Grundlage für Wahlwerbung. Jede dieser Parteien könnte dann mit dem Slogan in den Wahlkampf ziehen, dass man sich als gewählte Vertreter*in sofort dafür einsetzen werde,

legitimiert wird. (Ratsbeschlüsse stellen Sekundärrechtsakte dar, die von den Mitgliedstaaten umzusetzen sind. Der EuGH hat die Klage gegen den Ratsbeschluss zurückgewiesen, womit der Beschluss nach höchststrichterlicher Rechtsprechung Geltung besitzt.)

5. Quo vadis Solidarität?

Das europäische Geflüchtetenregime ist nicht der einzige Politikbereich in der Europäischen Union, in dem ein eklatanter Mangel an Solidarität festzustellen ist. Die Fokussierung auf nationale Politik und Abschottung ist kein europäisches Phänomen, sondern ein Zeichen unserer Zeit.

Vielleicht liegt des Pudels Kern in der Anlage des Projektes der EU. Bis in die 2000er Jahre konnte das Elitenprojekt der europäischen Einigung auf den stillhaltenden Konsens der Bürger*innen vertrauen. Solange die Einigung geräuschlos voranschritt und auch noch positive Effekte, beispielsweise Wohlfahrtsgewinn durch Abbau von Handelshemmnissen und den Wegfall der Binnengrenzen, zeigte, hielt der europäische *demos* still.

Spätestens seit der Ablehnung der EU-Verfassung in verschiedenen Plebisziten im Jahr 2007 und in den folgenden multiplen Krisen stellt sich die Situation als

Felix Ferenczy
*ist Politikwissen-
schaftler und lebt
seit zwei Jahren in
Norddeutschland,
wo er in der freien
Wohlfahrtspflege
arbeitet.*

Wenn es so einfach ist, sich aus dem Wertekanon der EU zu schleichen, nimmt das gesamte Konstrukt der Europäischen Einigung Schaden

keine Geflüchteten mehr aufzunehmen, beziehungsweise sich dafür feiern lassen, dass man den ‚Kampf‘ gegen die EU in dieser Angelegenheit gewonnen habe. Im Zweifel könnten in einem weiteren Schritt die Leistungen, die statt der Aufnahme erfolgen sollen, aufgrund der oben schon angesprochenen schwierigen Durchsetzbarkeit des europäischen Rechts angezweifelt werden.

Zweitens hätten mit einer solchen Regelung die viel beschworenen Werte der EU (erneut) schweren Schaden erlitten (man rufe sich nur in Erinnerung, dass die EU Trägerin des Friedensnobelpreises ist). Wenn es einzelnen Staaten zu einfach gemacht wird, sich durch flexible Solidarität aus dem Wertekanon der EU zu schleichen, nimmt das gesamte Konstrukt der europäischen Einigung Schaden. Ganz zu Schweigen von der Tatsache, dass ein Rechtsbruch im Nachhinein

eine andere dar. Teile der europäischen Bevölkerung beziehen Stellung, es werden Netzwerke geschaffen. Menschen gehen in verschiedenen Städten Europas auf die Straße, um die Kriminalisierung von Seenotrettung anzuprangern, die Sparpolitik zu geißeln und eine größere Aufnahmebereitschaft für Geflüchtete zu fordern. Im Hinblick auf die Thematik dieses Artikels geht von diesem Befund die Hoffnung aus, dass sich zukünftig der Solidaritätsgedanke in der EU besser verankern und vor allem durchsetzen lässt, wenn europäische Bürger*innen, nicht nur europäische Staaten, ein Interesse am gemeinsamen, solidarischen Handeln haben.<



Die Zukunft des Europäischen Asylsystems

Eine neue Studie zeigt, was auf Geflüchtete zukommt. Von Barbara Lochbihler.

Der Blick auf die griechischen Ägäis-Inseln ist ein Blick in die Zukunft des Europäischen Asylsystems. Lager wie hier soll es bald in vielen europäischen Ländern und EU-Nachbarstaaten geben. Von den katastrophalen Bedingungen, vor allem im Camp Moria auf Lesbos, ist viel berichtet worden. Über die Verletzung der Rechte von Geflüchteten in den speziellen Schnellverfahren, die dort durchgeführt werden, ist dagegen wenig bekannt.

Die Grüne Fraktion im Europaparlament hat deshalb zwei griechische Asylrechtsanwält*innen mit einer Studie beauftragt, die im Juni unter dem Titel „The EU-Turkey Statement and the Greek Hotspots – A failed European Pilot Project in Refugee Policy“ erschienen ist („Die EU-Türkei-Vereinbarung und die griechischen Hotspots – Ein gescheitertes Pilotprojekt der europäischen Flüchtlingspolitik“). Erstmals werden hier die Auswirkungen der EU-Türkei-Vereinbarung auf die Asylverfahren in den griechischen Hotspots untersucht.

Politische Bedeutung

Das hört sich sehr nach juristischem Spezialwissen an, ist aber von großer politischer Bedeutung. Gescheitert ist das Pilotprojekt nämlich insbesondere in Bezug auf die Einhaltung von Völkerrecht und Rechtsstaatsprinzipien einerseits, sowie andererseits in Bezug auf sein Hauptziel: effiziente und schnelle Rückführungen in die Türkei. Effizient sind die Verfahren nicht, und sie

haben bisher auch nur zu wenigen Rückführungen von syrischen Geflüchteten geführt. Das informelle politische Ziel – Abschreckung – wird zur Zeit nicht durch Rückführungen, sondern durch die katastrophalen Lebensbedingungen auf den Inseln erreicht. Das Sinken der Zugangszahlen ist die Folge der Abschottung der türkischen Grenze nach Syrien und der Überwachung der türkischen Ägäisküste. Trotz alledem wird an dem Hotspot-Konzept, so wie es in Griechenland umgesetzt wird, als Modell festgehalten.

Hotspots wurden 2015 konzipiert und in Italien und auf fünf griechischen Inseln in der Ägäis eingerichtet. Ursprünglich waren sie als Zentren konzipiert worden, in denen mit Hilfe der Agenturen Frontex und EASO (Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen) Ankommende gesammelt, registriert und dann zur Durchführung der Asylverfahren weiter verteilt werden. In der Folge des EU-Türkei-Deals haben sich Ziel und Struktur der griechischen Lager grundlegend geändert. Es geht nicht mehr um Weiterverteilen, sondern um Festhalten und Zurückschicken.

Sämtliche Verfahren werden vor Ort durchgeführt. Die europäischen Agenturen sind nicht mehr nur an der Registrierung, sondern auch an der Durchführung der Verfahren beteiligt. In erster Linie sind es Zulässigkeitsverfahren, in denen es nur darum geht, festzustellen, ob in die Türkei zurückgeführt werden kann. Eine Prüfung von Fluchtgründen findet dabei nicht statt. Rechtliche Grundlage dafür ist die Behandlung

der Türkei als ‚Sicherer Drittstaat‘. Bis zur Rückschiebung, oder der sehr seltenen Erlaubnis zur Weiterreise aufs Festland, werden die Menschen in den Hotspots festgehalten. Es sind dementsprechend Lager mit unterschiedlichen Stufen der Bewegungseinschränkung, in denen Geflüchtete zeitweise interniert und zunehmend auch inhaftiert werden. Diese Entwicklung der griechischen Hotspots von Registrierungs- zu Internierungslagern mit höchst fragwürdigen Schnell- und Zulässigkeitsverfahren wird in der Studie gut beschrieben.

Alle Maßnahmen im Zuge des Deals weisen Mängel auf

Solche Lager sollen demnächst überall entstehen, wo Geflüchtete ankommen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU. Im letzten, bislang unveröffentlichten Vorschlag der Kommission werden diese Lager folgerichtig nun nicht mehr Hotspots, sondern „Controlled Centers“ genannt. Von hier aus soll zurückgeschoben werden. Dafür werden derzeit im Rahmen der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) die rechtlichen Grundlagen geschaffen. Zurückschiebungen sollen, wenn es nach dem Willen der EU-Kommission geht, in alle Länder möglich werden, die auf dem Weg nach Europa durchquert wurden. Dazu müssen die Kriterien für die Einstufung eines Landes als sicherer Drittstaat drastisch abgesenkt werden. Zulässigkeitsverfahren sollen Standard werden und die eigentlichen Asylverfahren ersetzen.

Die Verfahren auf den griechischen Inseln sind also in jeder Beziehung modellhaft und die Ergebnisse der Studie wichtig für die Argumentation gegen diese Politik.

Verletzung von Geflüchtetenrechten auf allen Ebenen

Für die Studie wurden 40 Fallakten syrischer Geflüchteter untersucht, von denen 30 bereits in zweiter Instanz abgeschlossen waren. Analysiert wurden Interviewprotokolle, Verwaltungs- und Gerichtsentscheidungen. Die Studie bezieht auch andere Quellen zur rechtlichen und politischen Entwicklung mit ein. Die Hotspot-Verfahren nach der Umsetzung der EU-Türkei Vereinbarung können so sehr gründlich bewertet werden.

Die extrem schnellen Verfahren, ausgelegt auf die Abwicklung in nur wenigen Tagen, verletzen das Recht der Antragstellenden auf ein ordentliches Verfahren. Alle Maßnahmen, die im Zuge des EU-Türkei-Deals eingeführt wurden, weisen erhebliche demokratische, rechtliche und verfahrenstechnische Mängel auf. Sie stellen in erster Linie einen Mechanismus für die Externalisierung von Schutzverpflichtungen in die Türkei dar, einem Drittland, in dem ein Rechtsanspruch auf Schutzgewährung nach Genfer Flüchtlingskonvention nicht besteht.

Besonders eindrücklich wird in der Studie dargelegt, wie Rechtsnormen durch politisch gesteuerte Verfahren ersetzt werden. Ihnen liegt folgende Prämisse zugrunde: Da die EU die Rückführung von Syrer*innen in die Türkei finanziert, sind die griechischen Behörden nachdrücklich aufgefordert, die Asylverfahren einem festgelegten Endergebnis entsprechend durchzuführen, auf der Grundlage politischer anstatt rechtlicher Erwägungen. Die Aktenanalyse zeigt, dass entsprechend der politischen Vorgaben der rechtliche Status von Syrer*innen in der Türkei von den meisten EASO Mitarbeitenden und denen der griechischen Asylbehörde überschätzt und missverstanden wird. Die Beamt*innen verwechseln zum Beispiel den vorübergehenden Schutz, der Syrer*innen in der Türkei gewährt wird, systematisch mit dem Internationalen Schutzstatus, den sie in der EU erhalten würden.

Zwischen den griechischen Behörden und den Mitarbeitenden von EASO zerfällt das Asylverfahren außerdem in zusammenhanglose Einzelteile. Es ist nach Nationalitäten diskriminierend, für alle Betroffenen undurchsichtig und ohne einen formellen, rechtlich bindenden Regulierungsrahmen; es fehlt an klarer und transparenter Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen beteiligten Stellen.

Während des Asylverfahrens werden – abhängig von der Nationalität der Antragstellenden – unterschiedliche Formen und Methoden der Prüfung auf der Grundlage der Verfahrensstandards des EASO durchgeführt. EASO-Mitarbeitende führen bei syrischen Geflüchteten die Anhörungen im Zulässigkeitsverfahren durch und geben ihre Stellungnahme zum jeweiligen Fall auf der Grundlage ihrer internen Regelungen und Anweisungen ab. Anschließend erlässt die griechische Asylbehörde eine Entscheidung – ohne die Antragstellenden anzuhören. In zweiter und letzter Instanz wird die Verwaltungsbeschwerde gegen abgelehnte Anträge geprüft – ebenfalls ohne die Antragstellenden anzuhören.



Direkt nach Ankunft erlässt die griechische Polizei – automatisch, ohne individuelle Beurteilung und auch bei registrierten Asylbewerber*innen – Rückführungsentscheidungen in die Türkei, die zu einem späteren Zeitpunkt, nach Abschluss der Zulässigkeitsprüfung (oder des Asylverfahrens) ohne weitere Prüfung aktiviert wird. Aufgrund fehlender Verfahrensgarantien wissen die Geflüchteten nicht, dass sie nach ihrer Ankunft in der EU den Status von Rückkehrenden in

Statt einem ‚burden sharing‘, auf die die Hotspots als Registrierungszentren noch ausgerichtet waren, werden die Hotspot-Verfahren zu einem ‚burden dumping‘ der Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen – wie Griechenland – und der an die EU angrenzenden Drittländer – wie der Türkei – führen.

Wir denken, dass die Studie nicht nur für den parlamentarischen Kampf gegen die Abwälzung des Flüchtlingsschutzes auf Drittstaaten und die Entrechtung von Geflüchteten hilfreich ist und betrachten sie als Beitrag zur Unterstützung der wertvollen Arbeit, die von NGOs, Aktivist*innen und Rechtsbeiständen auf den griechischen Inseln geleistet wird.<

Personen mit Schutzbedarf werden weder identifiziert noch unterstützt

die Türkei haben und nicht den von Schutzsuchenden. Widerspruchsverfahren setzen die umstrittene Rückkehr in die Türkei nicht aus.

In der Praxis ist die Inanspruchnahme von Rechtsmitteln im Hotspot-Schnellverfahren auch aufgrund von geografischen und finanziellen Barrieren begrenzt. Die Studie hebt außerdem hervor, dass im Berufungsverfahren die Mindeststandards der Rechtsstaatlichkeit nicht eingehalten werden, zum Beispiel, weil keinem der Antragstellenden in den 40 Fallstudien eine Anhörung gewährt wurde, obwohl die Voraussetzungen dafür sowohl nach europäischem als auch nach griechischem Recht erfüllt waren. Darüber hinaus ist der Zugang zu kostenlosem Rechtsbeistand, der gesetzlich für das Berufungsverfahren vorgesehen ist, nur teilweise realisiert. Die Studie macht auch deutlich, mit welchen praktischen und rechtlichen Hindernissen Asylsuchende beim Zugang zu den Verwaltungsgerichten konfrontiert sind.

Personen mit besonderem Schutzbedarf werden in den Hotspots weder identifiziert noch angemessen unterstützt, und der individuelle Schutzbedarf wird auch im Laufe der Verfahren von den nationalen und EU-Akteuren nicht angemessen bewertet. Infolge davon werden besonders schutzbedürftigen Personen die Verfahrensgarantien vorenthalten, die das EU-Recht und das nationale Recht für sie vorsehen. Die Analyse der Fallbeispiele zeigt deutlich, dass die Identifikation besonderer Schutzbedürftigkeit in Schnellverfahren, wie sie im Hotspot Konzept vorgesehen ist, nicht gelingen kann.

Barbara Lochbihler
ist Vizepräsidentin
des Menschenrechts-
ausschusses im EU-
Parlament und
außen- sowie
mensenrechtspoli-
tische Sprecherin der
Fraktion Die
Grünen/EFA.

Die gesamte Studie
liegt nur in Englisch
vor. Gedruckte
Exemplare können
kostenlos mit einer
Mail an eu-presse-lochbihler@gruene-europa.de bestellt
werden.

„Wohlfahrtschauvinismus“ und die Neue Rechte in Europa

Mechanismen und Auswirkungen

Nicht erst seit gestern gewinnen in Europa rechtspopulistische beziehungsweise rechtsextreme Parteien und Bewegungen immer mehr an Zulauf. Im Zuge dessen finden sich diese Parteien vermehrt in den Regierungen, so auch in Italien. Hier ist die rechtsextreme *Lega* seit Juni 2018 an der Regierung beteiligt. Im Folgenden sollen die Gründe und Mechanismen beleuchtet werden, welche unter anderem zu dieser Entwicklung im politischen Klima geführt haben. Von Thomas Bollwein.

Der Begriff Wohlfahrtschauvinismus bezeichnet eine Rhetorik, die den bereits vorhandenen Sozialstaat als eine exklusive Institution beschreibt, welcher vor ‚den anderen‘ zu schützen beziehungsweise zu verschließen ist. So greift die Neue Rechte die alltägliche Erfahrung vieler Lohnabhängiger auf, dass es trotz zunehmenden Wohlstands nicht mehr für alle zu reichen scheint. Meist völkisch-populistisch formuliert so der Wohlfahrtschauvinismus, dass Wohlstand, ein gutes Leben und Arbeitsmöglichkeiten für ein homogenes Volk der ‚Einheimischen‘ sich allein durch Geburt, Blutsbande, Kultur sowie Tradition definiert und legitimiert – es entsteht nach dieser Ideologie eine Solidargemeinschaft mit fragwürdiger Zielsetzung: „Eine Solidargemeinschaft braucht Grenzen und einen Nationalstaat, der dieses Solidarsystem begrenzt und verwaltet“, schreibt Björn Höcke Ende 2017 in Erfurt und bezieht sich ausschließlich auf das ‚deutsche Volk‘. Bei seinen Auf-

tritten wendet er sich gegen den Neoliberalismus, Großkonzerne, den Staat und setzt auf sozialpopulistische Redewendungen nationalistischer und völkischer Prägung ähnlich vieler anderer Redner*innen der Neuen Rechten in Europa. Während seine Ansichten innerhalb der *AfD* beim wirtschaftsliberalen Flügel umstritten sind, bewegen sich andere Parteien in Europa mit ihrem Sozialprogramm schon länger in eben diese Richtung. So setzt der *Front National* seit der französischen Präsidentschaftswahl 2012 auf einen ebensolchen kapitalismuskritischen und wohlfahrtschauvinistischen Sozialpopulismus - auf Kosten von Minderheiten. Eine einheitliche Linie zwischen den Parteien und Bewegungen gibt es dennoch nicht.



Die Schlangen werden länger, der Ton wird aggressiver. Deutscher Kaffee und deutsche Doughnuts nur für deutsche Arbeitslose – die extreme Rechte spielt alleingesessene Arme gegen neu hinzugekommene Arme aus.

Wen und wie exkludiert der Wohlfahrtschauvinismus

Um dieses Ideengut zu begreifen, muss erst betrachtet werden, was im Herzen des Arguments steht: Der Sozialstaat, der eine soziale und ökonomische Grund- und Absicherung verspricht. In den meisten europäischen Staaten stellt dieses Sozialsystem einen wichtigen Bestandteil des Wohlfahrtsstaates dar und ist für die meisten Menschen nicht mehr wegzudenken. Zunehmend verbinden die neuen rechten Parteien und Bewegungen eine Kritik am Sozialstaat mit Fragen der Migration. Es verschmelzen die beiden Bereiche, so dass argumentiert wird, die ökonomischen und sozialen Vorteile des Sozialstaats dürften ausschließlich

der Grenzen zwischen dem ‚wir‘ und ‚den anderen‘ kommen. Getrennt wird nicht mehr nur zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen, sondern zusätzlich zwischen dem ‚wir‘ und den ‚sozial noch Schwächeren‘. Prädestiniert hierfür sind Gruppen wie Migrant*innen oder Langzeitarbeitslose. Diese zusätzliche Trennung kann das ‚eigene Ich‘ angesichts der geschürten Ängste vor Abstieg aufwerten. So kann eine Weltsicht, die auf einer Ausgrenzung von als ‚anders‘ festgelegten Gruppen basiert, entstehen. Daher fallen die Argumente der Neuen Rechten hier oftmals auf fruchtbaren Boden und es kann zu einer Radikalisierung kommen. Vor allem diejenigen Menschen aus der Mittelschicht, die sich einen gewissen Wohlstand aufbauen konnten, tendieren zu solchen

Ihre Anhänger*innen stammen ebenfalls aus sozialdemokratischen und linken Teilen der Gesellschaft

nur für die ‚eigene Bevölkerung‘ gültig sein. Ansonsten, so die Logik, laufe das System Gefahr, aufgrund einer vermeintlichen Überlastung zu scheitern. Begründet wird dies oftmals mit der ‚Einwanderung in die Sozialsysteme‘ sowie dem ‚es reicht nicht für alle‘ Argument, wobei der ‚kleine Mann‘ zu kurz kommt. Dabei können sich die Parteien aber auch der Stimmung in dem jeweiligen Land anpassen, um Menschen jeglicher politischer Gesinnung abzuholen. Denn ihre Anhänger*innen stammen nicht nur aus dem rechten und konservativen Milieu, sondern ebenfalls aus sozialdemokratischen und linken Teilen der Gesellschaft. So konnten neue rechte Parteien in Europa unter diesem Argument des Wohlfahrtschauvinismus immer mehr Anhänger*innen gewinnen.

Welche Menschen sind für diese Rhetorik und Programmatik besonders empfänglich?

Nicht nur Menschen in prekären Lebenslagen, sondern auch Beschäftigte in gesicherten Verhältnissen tendieren dazu, den Kampf um Statuserhalt und -verbesserung mittels Vorurteilen auszufeuchten. Insbesondere in einem vom Neoliberalismus geprägten System, das von einer ökonomischen und sozialen Schere gekennzeichnet und derzeit vor allem in Westeuropa vorherrschend ist, sind Klassenverhältnisse und Verteilungskämpfe von Konkurrenz geprägt. Hinzu kommt das zunehmend sinkende Wirtschaftswachstum, dem der Aufstiegsmythos nicht mehr standhalten kann. In Folge dessen kann es zu einer Verschiebung

Ängsten und greifen daher oftmals zu den entsprechenden Abwertungsstrategien, um das eigene ‚Ich‘ wieder aufzuwerten.

Bringt eine Umsetzung des Wohlfahrtschauvinismus die erhoffte Sicherheit?

Wie bereits erwähnt, sitzen inzwischen, vom Aufwind der Bewegung getragen, vermehrt rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in europäischen Parlamenten. Doch durch eine besondere Arbeitnehmer*innenfreundlichkeit scheinen sie sich auch bei einer Regierungsbildung nicht auszuzeichnen. Das jüngste Beispiel der österreichischen ÖVP-FPÖ-Regierung bezeugt vielmehr das Gegenteil. So erhöhte die Regierung die maximale Arbeitszeit pro Tag von 10 auf 12 Stunden. Vor allem die FPÖ hatte dieses Vorhaben zuvor in der Opposition noch kritisiert. Ältere Beispiele zeigen Ähnliches: In Dänemark unterstützte die rechtspopulistische *Dänische Volkspartei* in den 2000ern mehrere Minderheitsregierungen aus der *Konservativen Volkspartei* und der konservativ-liberalen *Liberale Partei Dänemark*. Die *Dänische Volkspartei* ist zwar, zumindest ihrem Programm nach, eher sozialdemokratisch geprägt, vertritt aber im Gegensatz zu den Sozialdemokraten ein eher wohlfahrtschauvinistisches und somit ein auf Ausschluss des ‚anderen‘ basierendes Programm. Im Zuge dieser Regierungen wurden die in Dänemark traditionell starken Gewerkschaften deutlich geschwächt und eingeschränkt. Außerdem wurde der Schutz vor Arbeitslosigkeit vor

allem gegenüber Migrant*innen gelockert. Beispielsweise wurde die sogenannte ‚Start-Hilfe‘ eingeführt, wobei Personen in ihren ersten sieben Jahren in Dänemark nach ihrer Migration nach Dänemark nur noch 65 Prozent der Sozialhilfe erhalten. 2010 wurde zudem gemeinsam mit der *Dänischen Volkspartei* ein Gesetz verabschiedet, welches die Dauer der Leistungen durch die Arbeitslosenversicherung für alle Betroffenen halbierten.

Parteien, die vorgeben, das nationale Sozialsystem vor Migrant*innen ‚schützen‘ zu wollen, stehen somit nicht für einen Ausbau des Sozialsystems, wie sie es oftmals

Deutschland ihren Ausdruck im Hartz IV - System gefunden hat. Diejenigen, die ihren ökonomischen und sozialen Status als bedroht wahrnehmen, suchen weiter nach Gruppen, die sie abwerten können, um ihr eigenes ‚Ich‘ aufzuwerten. Sozialer Ausschluss müsste abgebaut statt verstärkt werden, sodass die Gesellschaft nicht noch weiter auseinanderdriftet und damit der Neuen Rechten in die Karten gespielt wird. Eine Ausgrenzung von Migrant*innen hilft dabei nicht das Problem zu lösen, sondern verstärkt es.<

Sie spielen die von prekären Verhältnissen betroffenen Menschen noch weiter gegeneinander aus

gerne proklamieren. Vielmehr schaffen sie ein Stufen - system, welches die ‚Einheimischen‘ zwar hinsichtlich des Sozialsystems besserstellt, jedoch parallel den Wohlfahrtsstaat schrittweise abbaut. Somit verstärken sie das ohnehin bereits bestehende System der (ethnischen) Konkurrenz und spielen die von pre - kären Verhältnissen betroffenen Menschen dadurch noch weiter gegeneinander aus, um von tatsächlichen und anderen Problemen abzulenken. Selbst wenn eine neurechte Partei oder Bewegung Einfluss auf die Regierung ausüben kann, profitieren ihre Anhänger*innen von den Änderungen am Wohlfahrtsstaat also nicht.

Was tun?

Thomas Bollwein
arbeitet für den
Bayerischen
Flüchtlingsrat mit
dem Themenschwer-
punkt Sonderlager
und promoviert zum
Thema rechtsex-
treme Einstellungen
und Wohlfahrtsstaat
an der Uni Bamberg.

Wendet man den Blick von Dänemark nach Deutsch- land, so zeigt sich darüber hinaus, dass die von der CSU verfolgte Strategie, die Position von rechtspopulis- tischen Parteien zu übernehmen, kontraproduktiv ist: Eine Studie der *Konrad-Adenauer-Stiftung* bestätigte, dass eine Annäherung an die Programmatik rechtspo - pulistischer Parteien, wie beispielsweise Positionen der AfD vor allem diesen nützt, da sie so die Themen setzen können. Zudem müssen die Parteien und die Zivilgesellschaft sich klar gegen Ausgrenzungsstrate- gien positionieren und argumentativ entgegenwirken. Dies reicht aber letztendlich nicht. Denn momentan rächt sich auch die Stigmatisierung bestimmter Gruppen als ‚nutzlos‘, welche durch eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik vorangetrieben wurde und in



Die Internationale der Nationalisten.

*„Der Täter lächelt, lacht und tobt sich aus.“
„Nach dem exzessiven Lachen – dem
Ausbruchs- oder Durchbruchslachen beim
Morden [...] – schaltet er um auf „entspanntes
Lächeln“ [...]. Er ist im Lot.“ (Klaus Theveleit:
Das Lachen der Täter, Breivik u.a., Psycho-
gramm der Tötungslust)*



Die Strategien der autoritären Rechten in Europa

Autoritäre und völkische Bewegungen haben in vielen EU-Mitgliedstaaten ihr Machtpotential vergrößert oder sind sogar direkt an Regierungen beteiligt. Auch wenn die Ursachen für ihren Aufstieg unterschiedlich sind, so gibt es doch Gemeinsamkeiten zwischen den Strategien der autoritären Rechten. Von Maximilian Pichl.

Die autoritären Rechte in ihrer völkischen oder sogar faschistischen Form hat in den letzten Jahren beachtliche Erfolge errungen. Die Regierungsbeteiligungen der PiS-Partei in Polen, der Lega in Italien, der FPÖ in Österreich oder auch die beachtlichen Ergebnisse der AfD in Deutschland sind nur der parlamentarische Arm dieser Entwicklung. Hinzu kommen die extrem rechten Mobilisierungen und rassistische Hetze auf der Straße, wie sie zuletzt im sächsischen Chemnitz ausgebrochen sind. Ein Labor für den Aufstieg der autoritären Rechten ist Ungarn, wo die *Fidesz-Partei* unter ihrem Vorsitzenden Viktor Orbán bereits seit 2010 einen umfassenden Umbau der demokratischen Institutionen und der Zivilgesellschaft vorantreibt. Die Gestalt der autoritären Rechte mag sich je nach gesellschaftlichem Kontext unterscheiden, dennoch gibt es auffällige Gemeinsamkeiten in ihren Strategien.

Soziale Fragen werden völkisch umgedeutet

Damit die autoritären Rechte bei Wahlen Erfolg hat, muss es ihr gelingen, das politische Terrain in ihrem Sinne umzuformen. Zu diesem Zweck ist es besonders wichtig, soziale Fragen völkisch umzudeuten – das bedeutet, die eigentlichen Ursachen von gesellschaft-

lichen Problemen zu verschweigen. Die Soziologen Leo Löwenthal und Norbert Guterman beobachteten diese Strategie bereits in den 1930er Jahren am Beispiel von faschistischen Akteuren in den USA während des New Deal der Roosevelt-Regierung. In ihrer Studie *Falsche Propheten* schreiben die Autoren: „Der Agitator nährt die Idee einer permanenten Verschwörung gegen die ewig Betrogenen; er treibt sein Spiel mit ihnen und verstärkt die Tendenz, das eigene Mißgeschick feindlichen Machenschaften zuzuschreiben.“

An einer wirklichen Veränderung der sozialen und demokratischen Probleme sind autoritäre Rechte nicht interessiert. Sie sind nicht gegen den Staat und den Kapitalismus, sondern wollen beides in ihr völkisches Projekt integrieren. Statt die sozialen Bedingungen zu verändern, versuchen autoritäre Akteure laut Löwenthal und Guterman, ihr „Publikum zur Hinnahme gerade jener gesellschaftlichen Situation zu überreden, die diese Malaise hervorbringt.“ Aus diesem Grund betreiben autoritäre Rechte also konforme Rebellionen. Um dennoch den Anschein einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung zu wahren, verschieben sie die Probleme auf ihre 'Feindbilder', wobei die Konstruktion von Geflüchteten als 'Andere' besonders gut gelingt.

Dass Parteien der bürgerlichen Mitte Zugeständnisse an die autoritären Rechten durch Asylrechtsverschärfungen und härtere Abschiebungen machen, ist jedoch kein wirksames Gegenmittel. Die von rechts konstruierten Feindbilder sind schließlich austauschbar. Viktor Orbán ist besonders in dieser Strategie, indem wahlweise internationale Banken, liberale Medienschaf-

heißt. Dort, wo Nazis Jugendzentren übernehmen und rechte Bewegungen ohne Furcht vor Gegenprotest ihre rassistische Hetze auf die Straße tragen, geht ein Stück demokratischer Kultur verloren, um den Nährboden für ein völkisches Projekt vorzubereiten.

Die rechten Feindbilder sind austauschbar

fende, Sozialisten, Roma, Menschenrechtsaktivist*innen oder eben auch Geflüchtete für seine Angriffe herhalten müssen.

Zersetzung demokratischer Räume

Für die autoritäre Rechte sind demokratische Räume gefährlich, in denen ein zivilgesellschaftliches Engagement gegen ihre Politik gedeihen kann. Deswegen versuchen sie, sobald sie in Regierungsverantwortung sind, tendenziell zivilgesellschaftliche Räume zu zersetzen. Die ungarische Regierung hat auf diese Weise 2017 und 2018 Gesetze auf den Weg gebracht, die es Organisationen, die sich für Menschenrechte und Geflüchtete einsetzen, fast unmöglich macht, ihre Strategien weiterzuverfolgen. Durch das sogenannte Stop-Soros-Paket droht den Helfer*innen von Geflüchteten sogar unter Umständen eine Haftstrafe. In anderen Fällen bereiten rechte Politiker*innen einen Angriff auf die Zivilgesellschaft rhetorisch vor. Als der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt zum Anfang des Jahres 2018 zunächst den präfaschistischen Begriff der „Konservativen Revolution“ rehabilitierte und anschließend gegen eine angebliche „Abschiebeverhinderungsindustrie“ hetzte, ging es genau darum, die Unterstützer*innen von Geflüchteten öffentlich zu diffamieren und von ihrer wichtigen Arbeit abzu-schrecken.

Die militante extreme Rechte agiert indes fernab von Regierungsverantwortung, um demokratische Räume anzugreifen. In der Studie *Demokratieferne Räume* lieferten die Autoren Matthias Quent, Christoph Richter und Lukas Bösch interessante Einsichten zu den Erfolgen der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Die mittlerweile fast bedeutungslose NPD habe der AfD in vielen Wahlkreisen den Weg bereitet: „Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland, besonders in wirtschaftlich abdriftenden, aber auch in prosperierenden Regionen profitiert die AfD von einer lokalen politischen Kultur, in der sich Demokratieverdrossenheit und Rechtsextremismus normalisieren konnten“, wie es in der Studie

Autoritäre Bewegungsparteien

Ein wesentlicher Baustein zur Zersetzung demokratischer Räume besteht aus Sicht autoritärer Akteur*innen darin, den Aufbau einer völkischen Bewegung zu befördern, die den Druck 'von unten' organisiert. Auf dieser Strategie basierte auch ein wesentlicher Bestandteil des Erfolges von Viktor Orbán in Ungarn. Als Orbán nach seiner ersten Amtszeit zwischen 1998-2002 abgewählt wurde, begann die *Fidesz-Partei* damit, lokale Bürgerkreise zu gründen. In diesen Bürgerkreisen organisierten sich die Anhänger*innen von *Fidesz* und knüpften Netzwerke, auf die nach dem Aufstieg zur Macht zurückgegriffen werden konnte. In dieser Zeit entstanden auch neue Medien, um den Kampf um die Öffentlichkeit für *Fidesz* zu gewinnen. Die Bürgerkreise sollten in den kommenden Jahren die sozialistisch-liberale Regierung durch politische Aktionen massiv von rechts angreifen.

Gerade die Bewegungspolitik der alten und der neuen Rechten wird oft unterschätzt. Als bei den jüngsten Wahlen in Italien die faschistische *Lega* unter Matteo Salvini an die Macht gelangte, behaupteten viele Journalist*innen ernsthaft, für den Rechtsruck in Italien seien auch die privaten Seenotrettungsorganisationen mitverantwortlich, die im Mittelmeer Geflüchtete retten und auf das italienische Festland bringen. Die Wahl von Salvini sei ein Protest der Bevölkerung gegen diese aufgezwungene Form, der 'grenzenlosen Einwanderung'. Diese vollkommen unhistorische Darstellung unterschlägt den langen Vorlauf des Wahlsieges von 2018. Die *Lega* war bereits zuvor zweimal an Regierungen in Italien unter Silvio Berlusconi beteiligt, was zu ihrer Normalisierung beigetragen hat. Zudem gelang es Salvini, die ursprünglich secessionistische Nord-Partei in ganz Italien strategisch aufzustellen. Dabei schreckte er auch nicht vor Kooperationen mit der faschistischen *Casapound* zurück.

Auch der AfD-Politiker Björn Höcke will in Deutschland eine dezidierte Bewegungspolitik innerhalb der autoritären Rechten durchsetzen. Bei seiner sogenannten Dresdner-Rede vom 17. Januar 2017 sagte er: „Und um ihren historischen Auftrag nicht zu verraten, muss die AfD Bewegungspartei bleiben, das heißt, sie muss selbst immer wieder auf der Straße präsent sein und sie muss

Gegenteil lässt sich beobachten. In Italien, Ungarn und Polen ist die autoritäre Rechte sehr geschickt darin, langfristig zu denken und Veränderungen einzuleiten, die selbst ein linkes Regierungsbündnis nicht ohne Weiteres rückgängig machen könnte. Vor diesem Hintergrund ist es sehr wichtig, die autoritäre Rechte nicht zu unterschätzen.

Durch rassistische Hetze geht ein Stück demokratischer Kultur verloren

im engsten Kontakt mit den befreundeten Bürgerbewegungen stehen.“ Spätestens seit den rechten Mobilisierungen rund um Chemnitz ist Höckes Strategie aufgegangen: Dort marschierten AfD-Politiker*innen aller Strömungen, PEGIDA-Aktivist*innen, Anhänger*innen der Identitären Bewegung, rechte Hooligans, Personen aus organisierten Nazi-Netzwerken und 'besorgte Bürger*innen' gemeinsam nebeneinander.

Umbau von demokratischen Institutionen

Dort, wo Rechte an der Macht sind, verlieren sie in der Regel keine Zeit, um grundlegende und nachhaltige Transformationen in Gang zu setzen. Bereits kurz nach seinem Wahlsieg brachte Viktor Orbán eine Verfassungsreform auf den Weg, wechselte Personen in den Gerichten und staatlichen Kulturinstitutionen aus und ließ die Unabhängigkeit der Medien beschneiden. Gerade die Personalpolitik ist für die autoritäre Rechte von besonderer Bedeutung. Durch die Besetzung wichtiger Ämter durch regierungs- oder parteitreue Akteur*innen kann sie Institutionen auf Jahre prägen, selbst wenn sie nicht mehr an der Macht sein sollte. Beispielhaft hierfür ist auch die Frühverrentung der polnischen Verfassungsgerichtspräsidentin Małgorzata Gersdorf durch die PiS-Regierung. Auf diese Art und Weise baut die autoritäre Rechte die Staatsapparate zu eigenen Bastionen um.

Doch nicht nur in Ungarn und Polen macht die Rechte auf diese Art und Weise Politik. Während seiner kurzen Amtszeit als Innensenator der Stadt Hamburg (2001-2003) hievte auch der rechte Politiker Roland Schill besonders autoritäre Personen in die Staatsapparate. Dazu zählt Hartmut Dudde, der damals zum Leiter der Bereitschaftspolizei ernannt wurde. Als Leiter des Polizeieinsatzes für den G-20-Gipfel von 2017 war er für zahlreiche grundrechtswidrigen Eingriffe in die Versammlungsfreiheit verantwortlich. Viele Vertreter*innen der bürgerlichen Mitte sind davon überzeugt, dass sich die autoritäre Rechte in den Parlamenten oder in Regierungsverantwortung entzaubern lasse. Das

Nächster Schritt; Entwicklung linker Gegenstrategien

Die autoritäre Rechte will mit ihren Strategien ein völkisches Projekt durchsetzen, das alle gesellschaftlichen Lebensbereiche umfasst. Auf dem politischen Terrain werden ihre parlamentarischen und aktivistischen Vertreter*innen zu Unrecht unterschätzt. Viele Ansätze von erfolgreichen Strategien der autoritären Rechten finden sich auch zunehmend in Deutschland. Die rechte Politik ist gerade deshalb gefährlich, weil sie erstens auf historisch gewachsenen Strukturen aufbauen kann, zweitens anschlussfähig ist an politische Konstellationen, die ohnehin gegenüber Geflüchteten und Minderheiten ausgrenzend wirken und drittens, weil ihre Politik mitunter auf einer klugen Verknüpfung zwischen Partei und Bewegung basiert. Die Umrisse von linken Gegenstrategien mögen nicht Gegenstand dieses Beitrags gewesen sein, sie müssen aber in der theoretischen wie praktischen Auseinandersetzung mit dieser völkischen Politik entwickelt werden.<

Maximilian Pichl
bat Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft studiert. Er forscht an der Uni Kassel zur EU-Migrationspolitik.



Das Gerücht über George Soros

Der Antisemitismus der europäischen extremen Rechten wird so sehr durch deren offensichtlichen Rassismus überdeckt, dass er aus dem Blickfeld verschwindet. Doch beide bedingen sich gegenseitig. Ein paar Beispiele antisemitischer Muster in den Ideologien rechter europäischer Regierungen – von antisemitischen Verschwörungstheorien in Ungarn bis zum völkischen Antisemitismus der FPÖ. Von Pit Kühnöl.

Neben Rassismus, Antiziganismus und antimuslimischer Agitation sind auch antisemitische Muster und Stereotypen verschiedenster Prägung essentieller Bestandteil der Ideologie der extremen Rechten. In den meisten Fällen kommt dieser Antisemitismus codiert, aber dennoch offensichtlich daher. Gewaltsame Übergriffe auf Jüdinnen und Juden oder auf jüdische Einrichtungen, wie zuletzt nach einem rechtsradikalen Aufmarsch in Chemnitz, sind nur der Gipfel des antisemitischen Eisbergs. Das rechtspopulistische und das rechtsradikale Ticket sind ohne (strukturellen) Antisemitismus sogar schlicht unmöglich, basieren ihre gesamte Rhetorik und Agenda doch auf dem Konstrukt einer völkischen Einheit, aus der das Andere getilgt werden soll; sowie auf Verschwörungstheorien, in denen eine internationale und als ‚heimatlos‘ dargestellte Elite angeblich dieses natürlich gewachsene Volk unterdrücken oder sogar auslöschen möchte. Die von den Nazis ersponnene Mär der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung in neuem Gewand. Im Antisemitismus spielen Realität oder Fakten keine Rolle: „Antisemiten glauben ihr Weltbild nicht obwohl, sondern weil es falsch ist – es dient ihren emotionalen, höchst aggressiven Bedürfnissen“, schreibt der Antisemitismusforscher Samuel Salzborn, „jede ökonomische Krise, jeder politische Konflikt wird antisemitisch gedeutet“.

Dazu muss man zunächst einen kleinen Umweg gehen und einen Blick auf die rhetorische Wandlung werfen, die bei einem Großteil der extremen Rechten in den letzten Jahrzehnten in Bezug auf ihr nationalistisches und rassistisches Weltbild stattgefunden hat. Innerhalb der meisten rechten Gruppierungen – bis auf wenige bekennende Neonazis – wird offiziell nicht mehr von einer angeblichen Höherwertigkeit des eigenen Volkes gesprochen, sondern davon, dass Völker unveränderliche kulturelle Identitäten besäßen, die vor fremden Einflüssen zu schützen seien. Eine Gruppe von Menschen, so das Grundargument, sei umso besser und stärker, je ähnlicher sich ihre Angehörigen seien – kulturell, genetisch und religiös. Dieses Theoriekonzept nennt sich Ethnopluralismus. Ziel ist die Schaffung kulturell homogener Räume und Nationen, also die strikte Trennung aller Ethnien, Kulturen und Religionen – was aber letztendlich wieder auf die klassisch-rassistische Forderung nach einem ‚reinen‘, ‚weißen Europa‘ hinausläuft.

Interessanterweise erklärt dieses Konzept nebenbei auch, weshalb die europäische extreme Rechte mit dem Islamismus, ihrem angeblichen Hauptfeind, in der arabischen Welt selber so wenig Probleme hat, denn dort sei er ja verwurzelt. Dass Islamismus und Rechtsextremismus in ihrer antimodernen wie antiliberalen

Haltung, also ihrem veralteten Geschlechterbild, ihrer Misogynie und Homophobie, ihrem Antisemitismus sowie in ihrem totalitären Anspruch und der Feindlichkeit dem Individuum gegenüber, durchaus ideologische Geschwister sind, wollen beide Akteure allerdings nicht wahrhaben.

„Der Große Austausch“

Eine weitere Behauptung des Konzepts des Ethnopluralismus ist, dass Menschen auf Grund ihrer angeblichen Verwurzelung nicht migrieren wollen – selbst dann nicht, wenn sie von Krieg, Verfolgung oder Hunger bedroht sind. Es müsse also eine äußere Kraft die einzelnen Individuen zur Migration antreiben – und genau in dieser Behauptung findet sich der

Europas arbeitet. Gleichzeitig entmenschlicht diese Theorie die angekommenen Geflüchteten, macht aus Menschen Werkzeuge und Waffen, die bekämpft werden müssten – Kriegsmetaphorik ist ja ein beliebtes Stilmittel der extremen Rechten. Nun können sich die Rechtsextremist*innen durch diese Theorie als Opfer inszenieren – so wie es die Nazis schon gemacht haben – als die ‚Verteidiger des Abendlandes‘ als die sie sich fühlen, können ihre auf die Anderen pathisch projizierte eigene Aggression, ihren Rassismus und ihren Antisemitismus als angebliche Notwehr deklarieren und guten Gewissens auf Menschenjagd gehen. In Ermangelung der Greifbarkeit der angeblichen jüdischen Initiatoren, jetzt eben meist nur auf deren vermeintliche Werkzeuge. „Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden“ schrieb Theodor W.

Diese Theorie entmenschlicht Geflüchtete

verschwörungstheoretische und somit (strukturell) antisemitische ideologische Unterbau der extremen Rechten: Die Imagination einer geheimen Gruppe, die die Dinge lenkt und etwas Böses will.

Der französische Ideologe der extremen Rechten, Renaud Camus, prägte 2013 die Verschwörungstheorie des „Großen Austauschs“, wonach ein geheimer Plan einer geheimen Elite existiere, die „Urbevölkerung“ Mittel- und Nordeuropas („das Volk™“) durch Migrant*innen auszutauschen. Dieser „Bevölkerungsaustausch“ geschehe aus der Profitgier globaler Player, die einen großen Bedarf an billigem, austauschbarem und leicht zu beherrschendem Humankapital hätten – denn die Kinder von Migrant*innen oder aus gemischte Beziehungen seien nicht zum selbstständigen Denken fähig und würden daher nicht gegen die Ausbeutung rebellieren. Diese absurde Theorie ist bei den Rechtsextremist*innen der sogenannten Identitären Bewegung und bei *Pegida* grundlegend, aber auch bei Mitgliedern europäischer Regierungsparteien, wie in Ungarn, Italien oder Österreich, äußerst populär.

Diese Verschwörungstheorie ist nicht nur rassistisch, sondern im Kern auch zutiefst antisemitisch; nicht nur strukturell, sondern konkret. Denn als Initiatoren des angeblichen Austausches wird oftmals eine jüdische, oder zumindest jüdisch kontrollierte, Elite ausgemacht – wenn nicht sogar explizit jüdische Einzelpersonen wie der US-amerikanische Investor George Soros, der angeblich seit Jahren an einem Plan zur ‚Umvolkung‘

Adorno – die Theorie des „großen Austauschs“ ist das Gerücht über den Juden George Soros.

Der „Feind des Volkes“

Besagter George Soros wurde 1930 in Budapest in eine gebildete jüdische Familie geboren und schaffte es, während der Shoah der Vernichtungsmaschinerie der Nazis zu entkommen. Mit 17 Jahren emigrierte er nach London, wo er beim Wiener Philosophen Karl Popper promovierte. Poppers Ideen über eine offene Gesellschaft prägten Soros und lieferten die ideelle Grundlage für seinen späteren politischen Aktivismus. 1956 ließ sich Soros in New York nieder und arbeitete an der Wall Street als Finanzinvestor, wo er sein Vermögen aufbaute. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks begann er in dessen ehemaligen Ländern Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu gründen, um die dortigen jungen Demokratien zu fördern. Bis heute setzt sich Soros für Transparenz, Demokratisierung und Liberalisierung ein, sowie gegen jede Form von Autoritarismus und Nationalismus – womit er sich in vielen Regierungen des ehemaligen Ostblocks Feinde geschaffen hat.

Doch nicht nur dort: Soros bietet als äußerst erfolgreicher Finanzinvestor eine perfekte Zielscheibe für eine verkürzte Kapitalismuskritik, die sich nicht mit systemischen und strukturellen Problemen des Kapitalismus befasst, sondern stattdessen personifizierte ‚Schuldige‘ sucht. Er gilt, damit verbunden, auch vielen rechten wie

linken Verschwörungstheoretiker*innen weltweit als Symbol einer ‚gierigen Finanzelite‘ und – neben anderen Juden wie den Rothschilds – als Kopf der sogenannten „Neuen Weltordnung“ (NWO), einer angeblichen globalen Verschwörung zur Unterwerfung der Menschheit durch eine totalitäre Weltregierung. Eine Weltregierung, die übrigens so schlimme Sachen wolle wie Gleichberechtigung für Frauen, Migrant*innen und Homosexuelle oder gar Demokratie und Meinungsfreiheit. Und zur Umsetzung dieser NWO steuere Soros angeblich ganz alleine die Migrationsbewegungen nach Europa, um die dortigen Völker zu vernichten – also um den „Großen Austausch“ zu bewirken.

In genau diese verschwörungstheoretische Stoßrichtung geht die Politik des ungarischen Präsidenten

Denn Hitler sprach besonders seit Kriegsbeginn immer wieder davon, dass der „lachende Jude“ bald „vernichtet“ sei und dass „[den Juden] überall das Lachen vergehen“ werde; explizit 1942 in einer Rede im Münchner Löwenbräukeller. Ob bewusst oder nicht, die Assoziationen, die Orbáns Kampagne auslöst, sind eindeutig. Gerade von einem Regierungschef, der kurz zuvor erst Miklos Horthy als „außergewöhnlichen Staatsmann“ geehrt hatte, schockiert das umso mehr; Horthy war das autoritäre Staatsoberhaupt Ungarns während der Zeit des Zweiten Weltkrieges, war ein Verbündeter Hitlers und trug die Verantwortung für den Mord an über 500.000 ungarischen Jüdinnen und Juden, an Sinti und Rom*nija sowie an Mitgliedern der nur kurz existierenden ungarischen Räterepublik.

Hofers Hang zu Verschwörungstheorien ist nicht neu

Victor Orbán – dem Präsidenten des Landes, in dem George Soros geboren wurde. Im Wahlkampf erklärte Orbán Soros auch, anstelle der einheimischen Opposition, zum größten Gegner und sparte dabei nicht an antisemitischen Klischees, als er ihn als „Feind des Volkes“ bezeichnete, der mit Geld spekuliere und kein Heimatland kenne – Klischees, die schon die Nazis verwendeten. Zudem unterstellte er Soros einen „Plan“, der vorsehe, jährlich eine Million Einwanderer in die EU zu bringen, die pro Kopf 15 000 Euro erhalten sollten. Es ist somit auch wenig verwunderlich, dass das im Juni verabschiedete Gesetzespaket zur Kriminalisierung der Geflüchtetenhilfe den eindeutigen Namen „Stop-Soros-Gesetz“ trägt.

Der „Soros-Plan“

Die Agitation Orbáns gegen Soros begann bereits 2017, als die ungarische Regierungspartei *Fidesz* eine hetzerische Plakatkampagne mit dazugehöriger Umfrage startete. In der suggestiv gestellten Umfrage durfte die ungarische Bevölkerung darüber abstimmen, ob sie dem „Soros-Plan“, der angeblich durch Massenumsiedlung die europäische Kultur zersetzen wolle, zustimme. Ein angeblicher „Plan“, der aus Orbáns Fehlinterpretation eines Interviews, in dem Soros die europäische Geflüchtetenpolitik kritisierte, entstammte. Das Motto dieser Kampagne lautete: „Lassen wir es nicht zu, dass es Soros ist, der zuletzt lacht“ – ein Motto, das Assoziationen an den Nationalsozialismus weckt.

Doch nicht nur in Ungarn wird gegen Soros gehetzt und die Verschwörungstheorie des „Großen Austausches“ mit ihm in Verbindung gebracht. Auch in Österreich. So behauptete der FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus im April 2018 in einem Interview, dass es „stichhaltige Gerüchte“ gebe, dass George Soros daran beteiligt sei, „gezielt Migrantenströme nach Europa zu unterstützen“ – natürlich ohne Quellen zu nennen. In einem anderen Interview mit dem verschwörungstheoretischen Magazin *Alles Roger?* konnte auch der FPÖ-Vize Norbert Hofer, der gescheiterte Bundespräsidentenkandidat und ehemalige deutschnationale Burschenschaftler, nicht an sich halten: „Soros steuert mit Sicherheit einiges auf der Welt, auch die Flüchtlingsströme. Das weiß man.“ Allerdings war es Hofer dabei auch wichtig, explizit festzustellen, dass diese Aussage keinesfalls antisemitisch gemeint sei – der völkische Nationalist redet zwar antisemitisch, will aber kein Antisemit sein. Nun, auch Hofers Hang zu Verschwörungstheorien ist nicht neu, 2013 stellte er in einer parlamentarischen Anfrage die Behauptung auf, dass die Wolken am Himmel in Wirklichkeit sogenannte „Chemtrails“ seien.

Die Liste von Staatschefs und Regierungsparteien, die in Soros ein Feindbild gefunden haben, lässt sich erweitern. In Mazedonien sagte Ex-Premier Nikola Gruevski, der im Mai nach elf Jahren wegen Korruptionsvorwürfen zurücktreten musste, er sei ein Opfer einer von Soros geführten „Hexenjagd“. In Serbien behauptet der im April wiedergewählte Präsident

Aleksandar Vučić, die Proteste gegen seine Regierung seien von Soros und dem amerikanischen Geheimdienst gesteuert. Und im Januar erklärte Ankaras Bürgermeister Melih Gökçek, ein Anhänger des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan auf Twitter: „Es ist bekannt, dass Soros weltweit Aufstände und Proteste organisiert.“ Und auch der Posterboy der europäischen extremen Rechten, Wladimir Putin – vor dessen Einfluss auf Europa Soros wiederholt gewarnt hat – warf bereits 2015 alle von Soros unterstützten NGOs aus dem Land. Antisemitische Unterstellungen sowie die Projektion des eigenen Größenwahns auf andere dienen auch hier wieder einmal dem eigenen Machterhalt. „Im Bild des Juden [...] drücken sie ihr eigenes Wesen aus. Ihr Gelüste ist ausschließlich Besitz, Aneignung, Macht ohne Grenzen, um jeden Preis“ (Theodor Adorno und Max Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung*).

Volksgemeinschaft und völkischer Antikapitalismus

Zusätzlich zu den erwähnten Verschwörungstheorien – oder auch zu solch absurden, mit dem Tierschutz begründeten Plänen des niederösterreichischen FPÖ-Landesrats Waldhäusl, alle Juden, die koscher essen wollen, registrieren zu lassen – existiert in der österreichischen FPÖ noch eine weitere Form des Antisemitismus: der völkische. Dieser hat dort Tradi-

ist per definitionem schon antisemitisch – denn „der Antisemitismus [ist] ein verzweifelter Versuch [...], gegen die Schichtung der Gesellschaft in Klassen eine nationale Union zu verwirklichen“ (Jean-Paul Sartre, *Betrachtungen zur Judenfrage*), also der Versuch, den Klassenwiderspruch in der künstlichen Gemeinschaft aufzuheben.

Schon beim Aufkommen der frühen nationalistischen und völkischen Bewegungen im Europa des 19. Jahrhunderts waren die Jüdinnen und Juden – neben dem Fremden von außen – das Andere im Inneren, das Volk und Nation als Hegelsche „Negation der Negation“ benötigt hat, um sich in Abgrenzung dazu konstituieren zu können. In Anlehnung an Hannah Arendt muss man dabei feststellen, dass dieser moderne Antisemitismus – anders als der Antijudaismus – nicht auf reale Jüdinnen und Juden abzielt, sondern auf ein fiktives, abstraktes Bild des Jüdischen, wodurch es für Jüdinnen und Juden „keine Möglichkeit mehr gibt, sich dem antisemitischen Wahn zu entziehen“ (Samuel Salzborn in der *Jungle World*). Die Nazis schließlich vollendeten diesen Wahn in der Vernichtung des Anderen, in der Shoah, dem industriellen Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden.

Und trotzdem reden sie plötzlich vom ‚christlich-jüdischen Abendland‘

tion, seit sie 1956 aus dem „Verein der Unabhängigen“ hervorging, dem österreichischen Sammelbecken für Alt-Nazis. Sie pflegt bis heute enge Verbindungen zur rechtsextremen Szene, besonders zu Burschenschaften, in denen die NS-Zeit verherrlicht wird; sie „ist der politische Arm der deutschnationalen Burschenschaften und heute sind mehr deutschnationale Burschenschafter in der FPÖ-Führungsriege als je zuvor“ berichtet Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kulturgemeinde Wien, im Gespräch mit der *Jungle World*.

Im *Handbuch freiheitlicher Politik*, einem Leitfadens für FPÖ-Politiker*innen, findet sich neben der „Maxime“ der „Bewahrung unserer Identität“ – ganz im Sinne der neo-rassistischen Ideologie des Ethnopluralismus – auch das Bekenntnis zur „deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft“. Diese affirmative Verwendung des Begriffes der „Volksgemeinschaft“, einem zentralen Schlagwort des Nationalsozialismus,

Jeder positive Bezug auf die „deutsche Volksgemeinschaft“ trägt auch den positiven Bezug auf die nationalsozialistische Vernichtungsmaschinerie in sich. Und diese homogene Volksgemeinschaft – oder der Wunsch nach ihr – werde bedroht von den „destruktiven Folgewirkungen der von Marx bis zur ‚Frankfurter Schule‘ vertretenen linken Theorien“, die angeblich „zu einer Entwurzelung [...] aus jeglicher Gemeinschaft – wie dem Volk“ – führe, so das *Handbuch freiheitlicher Politik*. Zufälligerweise sind Marx und die wichtigsten Theoretiker der Frankfurter Schule jüdisch und wurden schon von den Nazis als Teil der vermeintlichen sogenannten jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung bekämpft. Die FPÖ bleibt damit ihrer Tradition treu.

„Das Gerücht über die Juden“

Neben dem Marxismus war auch das sogenannte ‚Finanzjudentum‘, die rhetorisch von der Produktionssphäre abgekoppelte Zirkulationssphäre, Ziel der antisemitischen Agitation der Nazis und ist es heute als „internationale[s] Spekulantentum“ (Heinz-Christian Strache) oder als „Zocker von der Ostküste“ (Harald Vilimsky) für die FPÖ. Mittels dieser implizit an die antisemitische Unterscheidung zwischen ‚schaffendem‘ und ‚raffendem‘ Kapital anknüpfenden verkürzten Kapitalismuskritik kann die FPÖ ihre neoliberale Agenda kaschieren – will sie doch vorgeblich den Klassenwiderspruch in der Volksgemeinschaft aufheben –, kann Sündenböcke für die wirtschaftliche Ungleichheit denunzieren, Ressentiments schüren und sich als „Anwalt der kleinen Leute“ (Strache), die sich immer und überall als zu kurz gekommen sehen, inszenieren.

Dieser völkische ‚Antikapitalismus‘ kritisiert kapitalistische Strukturen nicht als ein komplexes gesellschaftliches Verhältnis, sondern diffamiert sie als den dunklen Plan von angeblich hinter den Kulissen herrschenden bösen Charakteren. Aus der strukturellen Herrschaft des Systems wird ein feindliches Subjekt, gegen welches die ganze Unzufriedenheit sich richten soll. Ein klassisch antisemitisches Schema.

Und trotz all dieser „Gerüchte über die Juden“, trotz aller antisemitischer Verschwörungstheorien, die in der extremen Rechten umhergeistern, reden sie plötzlich vom ‚christlich-jüdischen Abendland‘ – ein Abendland, dass zwei Jahrtausende lang Jüdinnen und Juden verfolgt, ausgegrenzt und ermordet hat. Eines zumindest hat die Erziehung nach Auschwitz bewirkt: So wie all die anderen Antisemit*innen (Elsässer, Naidoo, KenFM, Kollegah), wollen auch die Antisemit*innen in den europäischen Regierungen offiziell keine sein. Sie reden antisemitisch, hetzen gegen Jüdinnen und Juden, wollen aber nicht als das bezeichnet werden, was sie sind: antisemitisch.<

Pit Kühnöl

ist Politikwissenschaftler und befasst sich vorwiegend mit den Bereichen Nationalismus, Antisemitismus und Verschwörungstheorien.

Daheim in Europa

Im Umgang mit Geflüchteten hätte die Europäische Union längst Standards setzen können. Diese Chance hat sie ignoriert. Von einem, dem die Heimat immer unheimlicher wird. Von Peter Tischler.

Ich bin in der Grenzregion zu Österreich aufgewachsen. Die Familie lebt und lebte in zwei Ländern und der Schlagbaum an der Grenze war Normalität, seit ich denken kann. Die Häuschen für die Zoll- und Grenzbeamten sind heute ebenso Geschichte wie das imposante wilhelminische Brückentor.

Adolf Hitler fuhr mit seinem Tross hier durch, um Österreich ans Deutsche Reich anzuschließen. Nachdem diese Union fulminant gescheitert war, wurden die Brücke und das Tor gesprengt.

Für eine Zeit war die Familie durch einen breiten Fluss getrennt. Die Alten erzählen, man habe sich von Ufer zu Ufer Nachrichten zugerufen.

Es war ein wirklicher Gewinn für viele, als Europa dieses Grenzregime überflüssig machte, das ein gemeinsam gewachsenes Siedlungsgebiet 1789 nach dem Bayerischen Erbfolgekrieg teilte. Der Handel blühte auf, es entstanden gemeinsame Strukturen, etwa in der Gesundheitsversorgung. Eine durchgehende Bahnverbindung von München nach Linz verkürzte Reisezeiten und verbesserte Anbindungen. Vieles ist schon wieder historisch, wie die länderübergreifende Zusammenarbeit im Krankenhaus, manches weiter utopisch – wie etwa ein grenzüberschreitender öffentlicher Nahverkehr, der die wachsende Belastung durch den Individualverkehr verringern könnte. Das Bier ist günstiger in Bayern, das Benzin in Österreich. In Braunau wurde vor wenigen Jahren gleich nach der Brücke eine alte Kaiserbüste wieder aufgestellt. Auf der bayerischen Seite – wo die Grenzgebäude früher standen – ist ein Denkmal dem vorchristlichen Flussgott Aenus errichtet worden.



Dramatische Szenen an der Grenze

*Eine illegale Grenzgänger*in. Vorsicht, es wird scharf geschossen.*

Peter Tischler

ist Bildbauer und leitet seit 2001 ein künstlerisches Projekt in Münchner Kinderkliniken. Die Erfahrung mit der internationalen Klientel dort hat ihn zu den Kindern in einer Gemeinschaftsunterkunft geführt.

2015 war die Hilfsbereitschaft groß

Diesen Grenzübergang erreichte im Spätsommer 2015 ein anschwellender Strom Geflüchteter, die weite Strecken zu Fuß über den Balkan gewandert waren. Hunderte Menschen standen bei Sonnenschein wie bei strömendem Regen auf einem schmalen Streifen Bürgersteig, warteten auf Abfertigung und Aufnahme. Daneben ging der kleine Grenzverkehr mehr schlecht als recht weiter und das Publikum staunte. In den Tagen als Dorothee Bär im Bundestag Deutschland als Logistik-Weltmeister feierte, konnte man erahnen, dass sie damit einer stark verengten Weltsicht Ausdruck gab.

Nicht nur mir hat es Angst gemacht, wie hier tagelang eine nicht abreißend wollende Prozession von Menschen über diese Innbrücke kam. Menschen, die untergebracht und versorgt werden wollten. Die ihre Notdurft verrichten mussten, frische Kleidung brauchten.

Wie die Gemeinschaftsunterkunft plötzlich bis in den letzten Winkel belegt wurde, der Gemeinschaftsraum, die Küche ... Die ‚Alteingesessenen‘ klagten, dass niemand den neu Angekommenen erklären konnte, wie die Gemeinschaftstoiletten zu benutzen seien.

Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung war groß, damals, als die Bilder von Aleppo und Idomeni die Nachrichten beherrschten.

Und meine Hoffnung auf Europa.

Auf ein Europa, das Standards setzt im Umgang mit den Geflüchteten. Das sich des Nobelpreises würdig erweist und alle Partnerstaaten der Union vereint, um im Geist der allgemeinen Menschenrechte, im Geist der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, dieser Not, diesem Elend entgegenzutreten.

Trotz legalem Aufenthalt fehlen gute Konzepte der Integration

Viele der geflüchteten Menschen haben inzwischen einen legalen Aufenthalt, auch hier in unserem nie-derbayerischen Idyll. Die Bundesrepublik hat ihre Geschichten geprüft und hat sie als schutzbedürftig und schutzberechtigt anerkannt. Die Politik spricht leider mehr und mehr eine Sprache, in der die Not der Anderen zu einer unlauteren Ausbeutung unseres Wohlstandes umgedeutet wird. Ich spüre dieses schleichende Gift schon in mir zu wirken, fühle die eigene Würde in diesem würdelosen Spiel angegriffen.

Die Chancen, die aus der Begegnung mit dem Neuen, dem Fremden wachsen können, werden ignoriert.

Nun zeigen sich Probleme: Die Sprachkurse sind nicht ausreichend, ebenso wenig der Wohnraum. Anstatt Integration zielführend und tatkräftig anzugehen, werden publikumswirksam Detailfragen skandalisiert und beispielsweise Züge nach Deutschland überprüft: Soweit ich beobachten kann, kontrolliert die Polizei sporadisch. Mit wenig Erfolg. Wenn der Zug aus Österreich im Simbacher Bahnhof einfährt, sehe ich immer wieder eine Abordnung der Bundespolizei aufmarschieren: sehr sportlich, in Zivil, mit offen getragener Waffe. Nach zwei Minuten gehen sie wieder, weil niemand aussteigt. Man fühlt sich nicht wirklich sicherer, wenn man diese Waffen an den jungen Menschen sieht. Egal, die Fahrgäste nehmen wahr – es wird gehandelt.

Landesweite, bundesweite, europäische gute Konzepte gibt es nicht. Auf allen Ebenen Streit, Zerwürfnis und Uneinigkeit. Europa scheint bald nicht mehr als eine geographischer Begriff zu sein und der Bayerische Erbfolgekrieg erlebt eine traurige Wiedergeburt.

Die Heimat wird mir von Tag zu Tag unheimlicher.

Die Hoffnung stirbt zuletzt, sagt man.<

Plattform „Brennersee“.

Grenzüberwachung der Güterzüge durch das österreichische Bundesbeur.



„Quadrante Europa“ in Verona: Der zweitgrößte Güterzugbahnhof Europas wird als einer der Ausgangspunkte bezeichnet, von dem aus Geflüchtete versuchen, mit dem Güterzug die Alpen Richtung Österreich und Deutschland zu überqueren.



Am italienisch-österreichischen Grenzübergang. Demonstration gegen den „Zaun am Brenner“.



„Vorsicht – sie hat keine Papiere“

Graffiti auf einem Güterzug am Bahnhof Brenner. Seit Sommer 2016 stiegen die Fälle der Migration mit dem Güterzug entlang der Brenner-Route.





Politisches Wandern in den Alpen

Rund 80 Personen aus Italien, Österreich und Deutschland fanden sich am 16. September 2018 zu einer gemeinsamen, symbolischen Grenzüberschreitung auf Höhe des Brenners zusammen.

Europa

am Beispiel Brenner

Mit dem „Masterplan Migration“ will Horst Seehofer die Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze weiter verschärfen – und festigt damit die Grenzkontrollen im Schengener Binnenraum. Von Matthias Schmidt-Sembdner.

Der Bahnhof im oberbayerischen Rosenheim, rund 30 Kilometer von der deutsch-österreichischen Grenze entfernt: Hier ist die erste deutsche Haltestelle der internationalen Züge, die täglich von Italien über Österreich nach Deutschland entlang der sogenannten Brenner-Route verkehren. Seit der Wiedereinführung der nationalen Grenzkontrollen im Herbst 2015 werden diese Züge nahezu ausnahmslos von der deutschen Bundespolizei kontrolliert – mit dem Ziel, Geflüchtete ohne gültige Reisedokumente in Rosenheim vorübergehend festzusetzen. Im Sommer 2018 kommt es nur noch selten vor, dass die Polizeibeamt*innen mit einer Person in Gewahrsam aus dem Zug steigen, ein Trend, der sich seit 2016 schrittweise fortgesetzt hat. Das hat viele Gründe: Deutlich weniger Geflüchtete schaffen inzwischen die Überfahrt nach Europa, die Kontrollen der Ausreise in Norditalien und in Österreich sind sukzessive verschärft worden.

Zahlen alleine helfen also nicht, um zu erklären, warum auch in diesem Jahr die deutsch-österreichische Grenze wiederholt zum Schauplatz politischer Debatten und einer erneuten Ausweitung der Migrationskontrolle wurde: Mit der Einführung einer eigenen bayerischen Grenzpolizei als Kernprojekt des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder oder auch als Ort einer umfassenderen Politik der Zurückweisung von Geflüchteten an der Grenze, wie es der „Masterplan Migration“ des deutschen Innenministers Horst Seehofer vorsieht. Dieser Punkt aus dem Masterplan entwickelte sich im Juli 2018 bekanntlich

zu einer handfesten Regierungskrise. Er führte außerdem erstmals in dieser Form das Dublin-System und die Wiedereinführung der nationalen Grenzkontrollen auf eine bestimmte Art und Weise zusammen – waren sie doch bisher überwiegend diskursiv wie auch administrativ eher als zwei gegensätzliche Modelle zur Unterbindung der sogenannten ‚Sekundärmigration‘ von Geflüchteten in Europa verhandelt und umgesetzt worden. Mit einer Erläuterung zum Dublin-System und dem Prozess der Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen im Binnenraum Schengen am Beispiel der Brenner-Route möchte ich dieses ‚Zusammenfinden‘ etwas genauer in den Blick nehmen.

Ob Dublin-System oder Verteilung nach Quote: Was bleibt, ist Zwang

Die Dublin-III-Verordnung ist ein System, das auf Zwang beruht. Dem sogenannten „Verursacherprinzip“ folgend, greift in nahezu allen Fällen das Kriterium des „Ortes der illegalen Einreise“, und die Verantwortung für die Durchführung eines Asylverfahrens fällt dem Land zu, das die Einreise „zugelassen“ hat. Das soll zum einen Staaten an der europäischen Außengrenze zu einer möglichst harten Abwehrpolitik an der Außengrenze disziplinieren. Zum anderen soll es Geflüchtete dazu zwingen, ihren Asylantrag auch in dem Land der Ersteinreise zu stellen. Gehen sie in ein anderes Land, wird ein Dublin-Verfahren eingeleitet und versucht, die Person in das Land der Ersteinreise abzuschieben. Asylsuchende von dem Recht der

Personenfreizügigkeit im Schengenraum auszuschließen, wurde also lange Zeit nicht mit Kontrollen an den nationalen Binnengrenzen, sondern durch den Zugang zu Asylverfahren bei den jeweiligen Behörden umgesetzt.

Mit dem Beschluss der Eurodac-Verordnung und der Einführung der gleichnamigen Fingerabdruckdatenbank wurden im Jahre 2003 die Weichen dafür gestellt, dass der Ort der Ersteinreise nachweisbar wurde. Mit dem Beschluss der EU-Kommission im Frühjahr 2015, sogenannte „Hotspots“ an den europäischen Außengrenzen zu installieren, wurden höhere Zahlen hin-

Grenzkontrollen und Grenzsicherungen für Geflüchtete im Schengenraum.

Seither ist die EU-Kommission darum bemüht, zurück zum ‚Normalzustand Schengens‘ zu gelangen. Eine wirkliche Reform Dublins wurde jedoch letztlich nicht vorgelegt, vielmehr zeugen die Gesetzesvorschläge der Kommission von einer Zementierung des Systems durch eine noch schärfere Anwendung seiner Regeln – was vor allem die Situation von Geflüchteten weiter verschlechtern würde. Darunter zählen Sanktionen bezüglich des Asylprozesses und die Kürzung von Sozialleistungen beim Verlassen des zuständigen

Der Weg zur Dublin-IV-Verordnung bleibt ungewiss

sichtlich der Registrierung Geflüchteter erreicht. Trotz dieser Versuche, das Dublin-System effizienter zu gestalten, und trotz der Tatsache, dass zahlreiche Biographien von Geflüchteten in Europa von permanenten innereuropäischen Abschiebungen geprägt sind, ist die Geschichte des Dublin-Systems auch eine Geschichte erfolgreicher Kämpfe gegen das System. Dazu gehören gewonnene Klagen gegen Abschiebungen oder auch die vielen Fälle des Kirchenasyls in Deutschland, das Asylsuchenden die Möglichkeit bietet, die sechsmonatige Frist für eine regelkonforme Dublin-Überstellung verstreichen zu lassen. Vor allem aber war es immer die Geschichte der Beharrlichkeit Geflüchteter, sich über das Dublin-System hinwegzusetzen, weiter zu migrieren und in andere europäische Länder zu gehen.

Als im Sommer 2015 schließlich tausende Geflüchtete am ungarischen Bahnhof Keleti in Budapest immer vehementer ihre Weiterreise nach Deutschland einforderten, konnte im Zuge der anschließenden Migrationsbewegungen erstmals von einem völligen Kollaps des Systems gesprochen werden. Das europäische Projekt war nun auch endgültig mit dem Blick auf seinen Umgang mit der internationalen Fluchtmigration im ‚Krisenmodus‘ angelangt. Zunächst geprägt von der Schaffung eines humanitären Korridors auf der Balkanroute (und damit im Gegensatz zu den heutigen, wirkmächtigen Narrativen des ‚Kontrollverlustes‘ und der ‚ungeordneten‘ Migration von 2015 eigentlich eine Zeit, in der zwar nicht die Verhinderung, aber die Kontrolle über Migrationsbewegungen mehr als vielleicht je zuvor in staatlichen Händen lag) und später von der Wiedereinführung nationaler

Mitgliedstaates, verschärfte Mitwirkungspflichten von Asylantragsteller*innen, sowie die Streichung der bisherigen Fristen zur Überstellung von Betroffenen – und damit eine Aushebelung von Strategien wie der Inanspruchnahme des Kirchenasyls.

Doch der Weg zu diesen Änderungen hin zur Dublin-IV-Verordnung bleibt ungewiss, denn neben den Protesten seitens der Zivilgesellschaft sieht auch das EU-Parlament noch erheblichen Veränderungsbedarf. Ähnlich in der Schwebe stehen nun auch schon seit langem Verhandlungen zur Verteilung von Geflüchteten nach dem Quotenprinzip und damit eine Korrektur der ungleichen ‚Lastenverteilung‘. Während ambitionierte Entwürfe, die eine dauerhafte und unmittelbare Umverteilung von Ankommenden vorgesehen hätten, bereits aus den Verhandlungsprozessen ausgeschieden sind, bleibt eine auf Quoten basierende Verteilung für Zeiten, in denen überproportional viele neue Asylsuchende Länder wie Griechenland und Italien erreichen. Dieses Modell scheitert aber weiterhin am Widerstand einiger osteuropäischer Mitgliedsstaaten. Gemeinsam mit den gewünschten Dublin-Veränderungen hätten aber auch alle diskutierten ‚Quotenmodelle‘, seien sie als Ergänzung oder Ersatz für das Dublin-System formuliert, eine Politik des Zwangs gegenüber Geflüchteten, die unweigerlich zu einem erneut repressiven System innereuropäischer Abschiebungen führen würden.

Abschließend zu diesem Punkt sei erwähnt, dass die Forderung nach einer anderen Verteilung nicht neu ist: Schon lange vor dem ‚Sommer der Migration‘ 2015 haben sich südliche Mitgliedsstaaten

zusammengeschlossen und etliche Forderungen formuliert, damals wurden sie allen voran noch von deutschen Regierungspolitiker*innen vehement zurückgewiesen. Erst nach dem Sommer 2015, als sich Deutschland nicht mehr als Profiteur des Systems aufgrund seiner Instabilität sah, änderte sich die Position der deutschen Regierung hinsichtlich einer „faireren Verteilung“ von Geflüchteten.

Die Wiedereinführung der nationalen Grenzkontrollen – der Fall Brenner-Route

Die immer wieder aufkeimende Forderung Italiens nach einer grundsätzlichen Änderung des Dublin-Systems war stets dem Umstand geschuldet, dass sich die Hauptankunftsländer nicht länger die Verantwortung für eine überwältigende Zahl von Asylanträgen von ihren europäischen Partner*innen zuschieben lassen wollten. So war es auch wenig erstaunlich, dass die italienischen Behörden an den nördlichen Grenzübergängen lange Zeit nur bedingt bemüht waren, die sogenannte ‚Sekundärmigration‘ zu stoppen: Die

Als sich Deutschland im Herbst 2015 für die Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen entschied und damit eine Kettenreaktion in Europa auslöste, wurde der Bahnhof Rosenheim zu einem zentralen Kontrollpunkt der deutschen Bundespolizei. Auch wenn zu diesem Zeitpunkt noch die Mehrheit der Geflüchteten über die Balkanroute Rosenheim erreichten, trafen die Kontrollen auch automatisch einen wichtigen Punkt entlang der Brenner-Route. Der Fokus von Politik, Medien und Aktivist*innen blieb jedoch die Balkanroute, die von europäischen Politiker*innen nach dem Inkrafttreten des EU-Türkei-Deals im März 2016 schon bald für geschlossen erklärt werden sollte.

Zu diesem Zeitpunkt war die österreichische Regierung im Schulterschluss mit bayerischen CSU-Politiker*innen bereits darum bemüht, die zu erwartende Verlagerung der Migrationswege auf die zentrale Mittelmeer-Route nach Italien argumentativ in Stellung zu bringen – und damit nun die gesamte Brenner-Route in den europäischen Fokus zu rücken. Schon im März 2016 stellte der damalige österreich-

Die Brenner-Route war über Jahre eine der wichtigsten Transitstrecken für Geflüchtete innerhalb Europa

Brenner-Route war über Jahre eine der wichtigsten Transitstrecken für Geflüchtete innerhalb Europas.

Im Herbst 2014 ließ sich Italien aufgrund des Drucks von Österreich und Deutschland darauf ein, eine trilaterale Polizeikooperation entlang der Brenner-Route einzuführen, die gezielt Geflüchtete kontrollieren sollte. Seither werden immer wieder internationale Züge auf italienischer Seite von einer vierköpfigen Gruppe an Beamten kontrolliert – zwei aus Italien und jeweils eine Person der österreichischen und der deutschen Polizei. Ein weiterer Versuch also, den italienischen Staat zu stärkeren Maßnahmen zu disziplinieren. Da es allerdings noch keinen umfassenden Kontrollapparat an den Schengener Binnengrenzen gab, wurde mit dieser Maßnahme die Transitmigration schlimmstenfalls verzögert – der dominierende Effekt der Kooperation kann daher lediglich eine größere Zahl an Registrierungen gewesen sein, um mit dem Abgleich von Fingerabdrücken spätere Dublin-Verfahren effizienter gestalten zu können.

ische Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil ein neues „Grenzkontrollmanagement“ für den Brenner vor: Das österreichische Bundesheer, mobile Schwenkgitter und der Aufbau eines Zaunes könnten binnen kurzer Zeit nördlich des Brenners in Stellung gebracht werden.

Während neben zivilgesellschaftlichen Kräften auch Politiker*innen wie EU-Kommissionschef Juncker und Bundeskanzlerin Merkel sich gegen den Bau eines Zaunes im Herzen Schengens aussprachen, signalisierte die bayerische CSU umgehend volle Kooperationsbereitschaft. Es war vielleicht das erste deutliche, öffentlich ausgetragene Auseinanderklaffen von CSU und CDU-Positionen in der Migrationsdebatte. In den folgenden Wochen und Monaten wurden Teile des neuen „Grenzkontrollmanagements“ am Brenner in die Wege geleitet, für den bis heute nie errichteten Zaun wurden Einlassungen am Boden und Befestigungen an den Seiten platziert.

Seither dient der Zaun, der sich noch immer in einem Container auf der österreichischen Seite der Ortschaft Brenner befindet, als Faustpfand der österreichischen

Regierung, um auf Italien Druck auszuüben, umfassende Kontrollmaßnahmen zu ergreifen. Kannte ich bis dahin den auf der italienischer Seite gelegenen Bahnhof am Brenner als einen Ort, an dem sich in der Regel eine handvoll Beamt*innen der italienischen Bahnpolizei *Polfer* aufhielten, bot sich in den folgenden Monaten das Bild eines massiven Sicherheitsapparats: *Guardia di Finanza*, *Carabinieri*, *Alpini* (italienische Gebirgsjäger), *Policia di Stato* und *Polfer* (Bahnpolizei) kontrollierten in den Zügen, an den Bahnsteigen und patrouillierten durch das Dorf.

Die Transmigration verlagerte sich auf andere Wege und Verkehrsmittel

Gemeinsam mit den gestiegenen Kontrollen auf deutscher und österreichischer Seite und der Ausdehnung der italienischen Kontrollen entlang der Zugstrecke Richtung Süden über Bozen bis nach Verona war die Wiedereinführung der nationalen Grenzkontrollen im Schengenraum gleichzusetzen mit einer umfassenden Militarisierung der Brenner-Route.

Matthias Schmidt-Sembdner
ist Ethnologe und promoviert an der Georg-August-Universität Göttingen. Er forscht zur Brenner-Route und zum Dublin-System.

Für die Transmigration über den Brenner hatte diese Militarisierung erhebliche Folgen. Grenzüberschreitende Züge werden seither auf der Strecke zwischen Bozen und Rosenheim lückenlos und mehrfach kontrolliert: In den „Eurocities“ sind vier Ausweiskontrollen innerhalb von zwei Stunden Fahrt für Menschen, die in das rassistische Fahndungsprofil der Polizeien passen, die Regel. Das Phänomen der Transmigration über die Alpen wurde damit jedoch nicht zum Erliegen gebracht. Aber im Gegensatz zu den Jahren zuvor, als viele Geflüchtete an den Bahnhöfen anzutreffen waren, wurde es unsichtbar und entschleunigte sich.

Die Transmigration verlagerte sich auf andere Wege und Verkehrsmittel: Im Sommer 2016 veröffentlichte die deutsche Bundespolizei erste Pressemitteilungen, in denen über das Auffinden von Geflüchteten berichtet wurde, die sich in Güterzügen versteckt hielten, um die Grenzen zu überqueren. In den aufliegenden LKW-Containern oder auch in den Hohlräumen zwischen Waggon und Containern versteckt, ist die Nutzung der Güterzüge seither zu einer risikoreichen und traurigen Normalität geworden, mit bis zu 80 monatlichen Aufgriffen allein in Bayern – in Sommer wie im Winter. Männer, Frauen, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Schwangere

und Familien mit Kleinkindern und Babys wurden schon in Güterzügen versteckt gefunden. In allen drei Ländern gab es bereits Todesfälle und schwere Verletzungen.

Was unweigerlich auf die politische Entscheidung einer Grenzausrüstung in der Alpenregion zurückzuführen ist, wurde in den vergangenen zwei Jahren mit weiteren Kontrollverschärfungen beantwortet. Seither sind rund um Rosenheim Helikopter mit Wärmebildkameras im Einsatz, nördlich des Brenners ist auf einer neu gebauten Plattform namens „Brennersee“ das österreichische Heer auf einem Wachturm positioniert, um Güterzüge zu inspizieren. Ende 2017 wurde schließlich noch die Ausweitung der trilateralen Kooperation auch auf die Sichtung von Güterzügen am Bahnhof Brenner beschlossen.

Europas Lernunfähigkeit

Während also eine Reform Dublins noch nicht absehbar ist und Verhandlungen über ein anderes Verteilungsprinzip von Geflüchteten in Europa bereits zwischenstaatlich scheitern, haben sich die Binnengrenzen Schengens zunehmend militarisiert, wie auch das Beispiel der Brenner-Route zeigt.

Und genau an diesem Punkt buhlt Innenminister Seehofer getreu seines Masterplans um Abkommen mit den Hauptankunftsändern, um Geflüchtete auf Grundlage eines Eurodac-Treffers bei einer Grenzkontrolle auch trotz eines Asylbegehrens – andernfalls werden Geflüchtete aktuell bereits an der Grenze nach Österreich zurückgewiesen – möglichst unmittelbar in diese Länder abzuschieben.

Während ein ‚besserer Schutz der Außengrenzen‘ leider einen breiten und von Lernunfähigkeit zeugenden Konsens in Europa findet, visiert eine Gruppe um Juncker und Merkel mit einer konsequenteren Anwendung und Modifizierung Dublins ein ‚zurück zum Normalzustand Schengens‘ an und will die nach wie vor als provisorisch geltenden Grenzkontrollen auf absehbare Zeit zurückfahren. Bayern – wie auch Österreich – arbeitet jedoch mehr an einer Zementierung der Binnengrenzkontrollen, im Zuge derer die Kernlogik des Dublin-Systems zu einem integrealem Bestandteil der nationalen Grenzkontrollen werden soll.<



Guter Rat ist teuer.

Der Europäische Rat setzt in Migrationsfragen auf Abschottung, anstatt konstruktive Antworten auf die migrationspolitische Realität zu suchen.

Der Despotismus der Grenze

Der Europäische Rat einigte sich am 28. Juni 2018 auf zwölf Schlussfolgerungen zu Fragen der Migration. Weitere Maßnahmen sollen die Abschottung Europas vorantreiben und eine Wiederholung des Anstiegs der Flüchtlingszahlen in 2015 verhindern. Eine Darstellung und ein Kommentar der Ergebnisse der Tagung vom Europäischen Rat. Von Bernd Kasperek.

Das Problem der Migrationspolitik, und daher auch das Problem der meisten Grenzpolitik, ist, dass sie immer reaktiv ist, und nie von einer positiven Vision für die Gesellschaft geleitet, oder gar inspiriert wird. Nahezu drei Jahre nach dem Sommer der Migration könnten wir einfach zusammenfassen, dass die Ankunft einer Million Menschen weder die soziale noch die wirtschaftliche Ordnung Europas und ihrer Gesellschaften mit rund 500 Millionen Bürger*innen in Gefahr gebracht hat. Zurückblickend würde die Dramatik des Sommers der Migration ausklingen, und die Geschehnisse Teil der zahllosen Geschichten der Migration und der Mobilität werden, die diesen Kontinent seit Jahrhunderten geformt haben, und die oftmals nur noch in schwachen Spuren, wie etwa dem Gebrauch hugenotischer Nachnamen in Berlin, erkennbar sind.

Leider funktioniert so weder Migrationspolitik, noch der Diskurs über die Migration. Denn obwohl weder die soziale noch wirtschaftliche Ordnung der Europäischen Union durch die Migrationen des Jahres 2015 in Gefahr geraten ist, so wurde doch die politische Ordnung, und der politische Diskurs durch ein

Aufkommen von rechten, nationalistischen und offen rassistischen Positionen massiv verschoben. Diese missbrauchen die Frage der Migration, um jene Errungenschaften des Europäischen Projekts rückgängig zu machen, mit denen sich auch eine progressive und emanzipatorische europäische Linke identifizieren, und auf der sie eine soziale, demokratische und inklusive Vision für Europa errichten könnte.

Schengen und die Vorahnung Balibars

Die Schengener Verträge sowie ihre Einbeziehung in das Vertragswerk der Europäischen Union in Amsterdam 1997 haben überhaupt erst eine Migrations- und Grenzpolitik der Europäischen Union geschaffen. Von Anfang an waren diese durch eine versicherheitslichte Einstellung zu Migration gekennzeichnet: Migration wurde vor allem als Sicherheitsrisiko und Bedrohung konstruiert. Die neu erfundene europäische Außengrenze entwickelte sich dabei zum Instrument der Wahl, um Migration zu kontrollieren, zu regulieren, zu regieren. Im Laufe dieser Entwicklung verwandelte sich die Grenze von einer gedachten Linie, die Europa vom Rest der Welt abgrenzte, zu einem eigenständigen

politischen Raum. Er breitete sich und seine Mechanismen in Herkunftsstaaten aus, intervenierte in Transitländern und in der Nachbarschaft der Europäischen Union und transformierte die Außengrenze selber durch Befestigungen, verstärkte Überwachung und Kontrolle und Schaffung neuer Datenbanken, ja drang sogar ins Innere des Territoriums der Europäischen Union vor.

Schon 1993, zu Beginn der Ära des Schengener Systems, sagte der französische Philosoph Étienne Balibar mit Weitsicht vorher, dass „sobald die Grenzen sich wie ein Raster über den neuen sozialen Raum legen, und aufhören, einfach nur eine Begrenzung zum Außen darzustellen - dann liegt die Alternative zwischen einer autoritären und tatsächlich gewalttätigen Intensivierung aller Formen der Segregation einerseits und einem demokratischen Radikalismus, der darauf abzielt, die Institution der Grenze zu dekonstruieren andererseits“ (meine Übersetzung).

Der 12-Punkte-Plan im Krieg gegen „illegale Migration“

Die Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates am 28. Juni 2018 bestätigen die Diagnose Balibars. Verglichen mit dem letzten Europäischen Rat im Oktober 2017, der sich mit der Frage der Migration

Flüchtlingen, verschwunden sind die wiederholten Erklärungen des Imperativs, Leben auf hoher See zu retten, verschwunden ist die übliche Analyse der „gemischten Migrationsströme“, unter denen sich auch Flüchtlinge befinden könnten. Es gibt nur noch die „illegale Migration“, und die Schlußfolgerungen halten nur kurz davor inne, ihr eine ausdrückliche Kriegserklärung zu machen.

Ihr Krieg gegen die „illegale Migration“ soll an vielen Fronten gekämpft werden. Bezüglich der Ägäis dringen die Schlußfolgerungen auf „zusätzliche Anstrengungen [...], um die EU-Türkei-Erklärung vollständig umzusetzen“ mit dem Ziel, „neuen Überfahrten aus der Türkei vorzubeugen“ und ruft dazu auf, dringend mehr zu tun, um rasche Rückführungen zu gewährleisten. Bezüglich des Südwestens der Europäischen Union verspricht der Europäische Rat, Spanien und Marokko zur Verhinderung der illegalen Migration zu unterstützen – „finanziell und auf andere Weise“.

Ihr Krieg gegen die „illegale Migration“ soll auch mit Hilfe von Söldner*innen geführt werden, denn der Europäische Rat verspricht, die Unterstützung für die „libysche Küstenwache“ zu erhöhen, und warnt gleichzeitig alle „im Mittelmeer verkehrenden Schiffe“, also die aktivistischen und

Von Anfang an waren diese durch eine versicherheitlichte Einstellung zu Migration gekennzeichnet: Migration wurde vor allem als Sicherheitsrisiko und Bedrohung konstruiert

befasste, sprechen die Schlußfolgerungen in der Tat eine intensivierte Sprache des Autoritarismus, und sind von einem nur oberflächlich verhülltem Appetit für Gewalt gekennzeichnet. Sie beginnen mit der Bekräftigung, dass ein „umfassendes Migrationskonzept“ notwendig ist, welches „eine wirksamere Kontrolle der Außengrenzen der EU, verstärktes auswärtiges Handeln und die internen Aspekte“ kombiniert, und demonstrieren die Entschlossenheit, „diese Politik fortzusetzen und zu verstärken, um eine Wiederholung der unkontrollierten Migrationsbewegungen des Jahres 2015 zu verhindern und die illegale Migration über alle bestehenden und neuen Routen weiter einzudämmen“. Verschwunden sind die üblichen Verweise auf internationale Verpflichtungen zum Schutz von

zivilgesellschaftlichen Schiffe, die in den letzten Jahren die Lebensrettungsmaßnahmen durchgeführt haben, welcher die Europäische Union sich verweigert hat, „die Einsätze der libyschen Küstenwache nicht [zu] stören“.

Ihr Krieg gegen die „illegale Migration“ wird Gefangene nehmen. Trotz der gegenwärtigen Bemühungen Italiens und Maltas, die Lebensrettungseinsätze im Mittelmeer zu sabotieren, geht der Europäische Rat davon aus, dass es auch weiter zu Such- und Rettungseinsätzen kommen wird. Um die Ankunft der geretteten Personen in der Europäischen Union zu verhindern, schlagen die Schlußfolgerungen „regionale Ausschiffungsplattformen“ (oftmals auch als regionale

Anlandungsplattformen bezeichnet) vor. Wird ernsthaft davon ausgegangen, dass eine solche Wortneuschöpfung reichen wird, um um das Verbot von Zurückweisungen als zentrale Komponente der Genfer Flüchtlingskonvention herumzukommen? Jene, die dennoch in die Europäische Union gebracht werden, sollen in „kontrollierten Zentren“, die in den Mitgliedsstaaten eingerichtet werden sollen, interniert werden, in denen eine „rasche und gesicherte Abfertigung“ es erlauben soll, zwischen „irregulären Migranten“, denen dann die Abschiebung droht, und „Personen, die internationalen Schutz benötigen“ zu unterscheiden, die dann innerhalb der Europäischen Union, aber außerhalb des Dublin-Systems verteilt werden sollen.

Europäische Union verspricht.
Saat für neue Eskalationen

Diese neue gewalttätige und autoritäre Rhetorik der Schlussfolgerungen ist für sich selbst genommen schon ein gefährliches Ergebnis, und es zeigt, wie extrem der Europäische Rat den Weg weiterverfolgt, der vor mehr als dreißig Jahren eingeschlagen wurde. Aber wie wahrscheinlich ist es, dass diese neuen Architekturen des Europäischen Grenz- und Migrationsregimes, also Inhaftierungs- und Abfertigungszentren innerhalb und außerhalb der Europäischen Union, tatsächlich umgesetzt werden?

Alle in Frage kommenden Länder in der direkten Nachbarschaft der Europäischen Union haben sich

Ihr Krieg gegen die »illegale Migration« wird Gefangene nehmen

Ihr Krieg gegen die „illegale Migration“ wird teuer sein, und soll nicht durch Rechenschaftspflichten oder Budgettransparenz eingeschränkt werden. „[F]lexible Instrumente, die eine rasche Auszahlung der zur Bekämpfung der illegalen Migration erforderlichen Mittel ermöglichen“ sollen nach dem Willen des Europäischen Rates geschaffen werden. Und trotz der letzten Ausweitung des Mandats der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex im September 2016 durch die Schaffung der *Europäischen Grenz- und Küstenwache* verlangt der Europäische Rat erneut, dass ein „erweitertes Mandat“ notwendig sei.

Erst am Ende widmen sich die Schlussfolgerungen dem Binnenterritorium, und behaupten, dass „die Sekundärmigration von Asylbewerbern zwischen Mitgliedsstaaten die Integrität des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und des Schengen-Besitzstands zu gefährden [drohen]“. Diese Tatsachenverdrehung ist selbstverständlich falsch, denn Schengen und das Asylsystem sind vielmehr durch re-nationalisierende Politiken, die kaltschnäuzig geltendes europäisches Recht ignorieren oder verbiegen, bedroht. Erst in der letzten Schlussfolgerung gibt der Europäische Rat zu, dass die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems aktuell in einer Sackgasse steckt, und drängt daher darauf, nun schnell die Dublin-Verordnung zu reformieren, und endlich die neue Asylverfahrensverordnung einzuführen, die ein schnelleres und härteres Asylsystem für die gesamte

schon geweigert, solche Zentren zu errichten, und selbst wenn ein Land mit Geld überzeugt werden könnte: Wie dauerhaft und verlässlich würde eine solche „Zusammenarbeit“ sein? Der Präzedenzfall der Zusammenarbeit mit Libyens Gaddafi und die beständige Unbeständigkeit des EU-Türkei-Deals unterstreichen, dass solche Kooperationen eben keine stabilen Komponenten für eine europäische Migrationspolitik sein können, ganz abgesehen von den rechtlichen Einhegungen, die als Reaktion auf die bisherigen Kooperationen geschaffen wurden.

Bezüglich der Inhaftierungs- und Abfertigungszentren innerhalb der Europäischen Union: Prototypen dieser Zentren wurden schon durch den „Hotspot-Ansatz“ der Kommission 2015 geschaffen. Aktuell existieren fünf solcher Zentren in Griechenland und ähnlich viele in Italien. Diese Zentren verursachen absichtlich menschliches Leid. Besonders im Falle Griechenlands haben sie einen extra-legalen Raum geschaffen, in denen EU-Agenturen ohne Rechenschaftspflicht agieren, die wie am Fließband abschiebbare Personen herstellen, und damit die letzten Reste eines Asylsystems beseitigen, das auf den Schutz von schutzbedürftigen Personen abzielt, anstatt seine Instrumente dazu zu nutzen, immer wieder ein solches Begehren anzufechten. Das Wuchern dieser Zentren durch die Europäische Union wird lediglich dazu beitragen, auch die ihnen innenwohnende Gewalt weiterzuverbreiten.

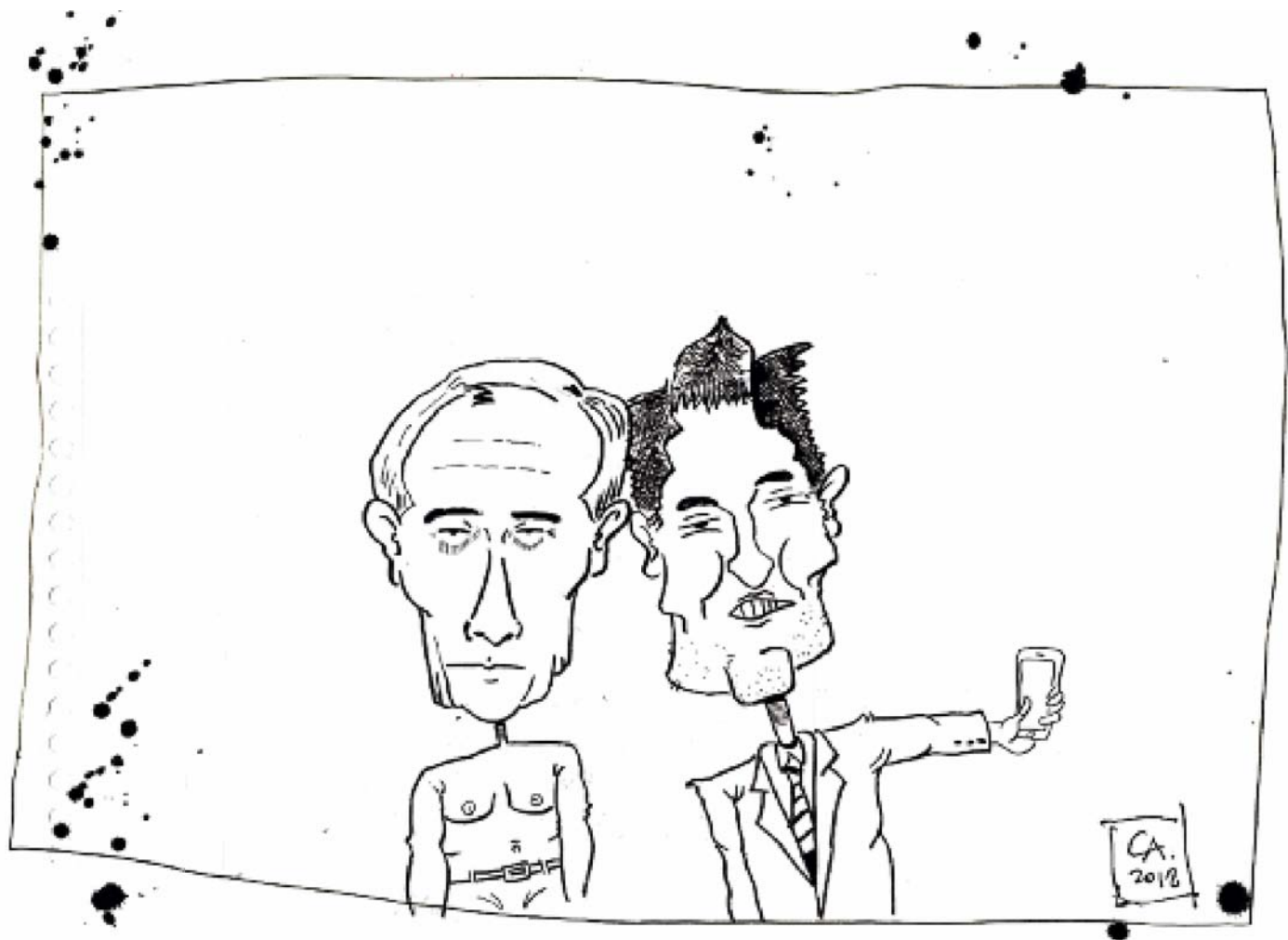
Dies wird eine politische Praxis institutionalisieren, die noch mehr als zuvor durch kurzfristige Lösungen, Notstandsmaßnahmen, halbgares Flickwerk, und Parallelmechanismen charakterisiert ist

Das größte Risiko für die Zukunft des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, des Schengener Systems und letztendlich des Europäischen Projekts besteht jedoch in der offensichtlichen Bereitschaft der im Europäischen Rat versammelten Staats- und Regierungschefs, den Despotismus der Grenze, ihrer „Kooperationspartner“ und des Hotspot-Systems freizusetzen. Dies wird eine politische Praxis institutionalisieren, die noch mehr als zuvor durch kurzfristige Lösungen, Notstandsmaßnahmen, halbgares Flickwerk, und Parallelmechanismen charakterisiert ist, und die nicht zu einem stabilen System führen wird. Die nächsten „Krisen“ werden dadurch nicht verhindert, eher: so wird die Saat für die nächste Eskalation gesät. Diese wird dann, um zu Balibar zurückzu-kehren, nur zu noch autoritäreren und gewalttätigeren Formen von Rassismus führen, der sich als Migrationspolitik verhüllt.

Der Europäische Rat hat Recht, wenn er bekräftigt, dass die Frage der Migration nur auf europäischer Ebene, und nicht mehr durch einzelne Mitgliedsstaaten gelöst werden kann. Er versteht jedoch nicht, dass Migration integraler Bestandteil des menschlichen Lebens auf diesem Planeten ist, und daher anerkannt werden muss, und dass eine Politik notwendig ist, die

die Bedingungen der Migration verbessert, und nicht versucht, diese auszulöschen. Dies ist genau jene Alternative, die Balibar uns allen, die den Autoritarismus, die Gewalt und den Despotismus der Grenze ablehnen, ans Herz legt: Ein demokratischer Radikalismus, der darauf abzielt, die Institution der Grenze zu dekonstruieren. Mehr denn je sollten wir diesem Aufruf folgen.<

Bernd Kasperek
ist Forscher und Aktivist und beschäftigt sich mit dem europäischen Migrations- und Grenzregime. Er ist Vorstandsmitglied bei der Forschungs-assoziaton border-monitoring.eu und in der Redaktion des Journals movements



Gute Autokraten, böse Autokraten:

Wieso bleibt der öffentliche Aufschrei aus, wenn Lothar Matthäus zu Besuch bei Vladimir Putin ist?

„Bio-deutsch“ versus „Ausweis-deutsch“?

Die Debatte um den ‚Fall Özil‘ zeugt von einem unbedingten Anspruch auf Loyalität, den Staat und Öffentlichkeit gegenüber den Bürgern geltend machen: Wie viel ‚Abweichung‘ darf in diesen rechten Zeiten noch sein? Und ist ‚bio-deutsch‘ der neue Maßstab für Deutsch-sein? Eine Polemik von Ina Schildbach.

*„Auch ich würd' sagen,
in einem Land, wo der Egoismus
grundsätzlich diffamiert wird,
ist was faul.“*

(Ziffel in Brechts *Flüchtlingsgesprächen*)

Seit sich die Fußballer Mesut Özil und Ilkay Gündoğan mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan getroffen haben, vergeht kaum ein Tag, an dem der ‚Fall‘ nicht thematisiert wird. Ging es anfangs primär darum, inwiefern sich an dem Treffen eine misslungene Integrationspolitik manifestiert, hat sich die Debatte, vor allem durch Özils Stellungnahme, zur Frage fortentwickelt, ob die Beschimpfungen Ausdruck von Rassismus sind – wobei sie kaum sachlich gestellt, sondern auf der Ebene der Be- oder Entschuldigung Deutschlands angesiedelt ist. Ich möchte im Folgenden darlegen, inwiefern die in der Debatte angelegten Maßstäbe von einer beängstigenden nationalistischen und rassistischen Gesinnung zeugen – und damit nicht Anlass zur moralischen Empörung geben sollten, sondern eine

Kritik der geltend gemachten Ansprüche dringend geboten erscheinen lassen.

Deutschlands Anspruch auf unbedingte Loyalität – und wer ihn vor allem zu spüren bekommt

Özil ist ein erfolgreicher Fußballspieler, der für Deutschland 2014 den Weltmeister-Titel holte. Insofern dient er diesem Land – was jedoch offenbar nicht ausreicht, um den Anspruch zu erfüllen, der ihm entgegengebracht wird. Treffend hat dies die CSU in einem Tweet zusammengefasst: „Mehr als ein Trikot. Ein Bekenntnis zu unserem Land“, so die Positionierung der Partei in der Debatte um das Treffen Özils und Gündoğans mit dem türkischen Präsidenten. Was heißt es also, dass Fußballspieler im Deutschland-Trikot ein Bekenntnis zu „unserem Land“ abgeben?

Das ‚Bekenntnis‘ stellt selbstredend die Forderung der CSU dar; dass es sich jedoch um mehr als nur ein T-Shirt handelt, ist tatsächlich zutreffend: Die Nationalspieler sollen Deutschland repräsentieren – sie werden von Politik und Medien als Symbol des Landes aufgebaut und inszeniert, sodass es bei einem Team

also nicht einfach um elf Spieler handelt, die mehr oder weniger gut Fußball spielen. Für die meisten Zuschauer stehen sie tatsächlich für die eigene Nation – doch was bedeutet das? Stehen sie für Hartz IV und die wachsende Armut bei zunehmendem Reichtum, 133.080 Fälle von häuslicher Gewalt im Jahr und dem Konsum von einer Badewanne voll reinen Alkohols? Für die mecklenburgische Seenplatte, Johann Sebastian Bach oder Bratwurst mit Kraut?

Natürlich für keines dieser einzelnen Phänomene, da vom tatsächlichen Charakter dieser Nation abstrahiert und sich dessen idealisierte Fassung vorgestellt wird: Die Spieler stehen irgendwie für ‚unser‘ Land, sie symbolisieren unsere gemeinsame Nation – und was dies dann genau bedeutet, kann sich jeder nach Gusto selbst ausmalen. Da stellen sich die einen ein weltoffenes Land vor, das ‚ein freundliches Gesicht‘ zeigt und gerade deswegen ganz besonders stolz ist auf seine Spieler ‚mit Migrationshintergrund‘. Andere hingegen verweisen zum Beispiel darauf, dass weiß „nicht nur

falschen Schein von einer positiven Identität der Menschen mit deutschem Pass repräsentieren, wollte die Debatte natürlich niemand verstanden wissen. Und auch der unbedingte Anspruch gegenüber Deutschen mit Migrationsgeschichte wurde von allen Diskutanten zu Unrecht als selbstverständlich unterstellt. Deutlich wird an der Debatte um den Weltfußballer nämlich auch, dass nicht einfach erfordert ist, sein Können in der deutschen Nationalmannschaft zu beweisen und insofern in praktischer Hinsicht völlig integriert zu sein. Der Anspruch ist umfassender: Zur Diskussion steht die politische Gesinnung Özils, der der Illoyalität verdächtigt wird. Umgekehrt bedeutet dies, dass zwischen den Fußballer und das Land, für das er spielt, kein Blatt Papier passen darf. Es verträgt sich nicht mit diesem Anspruch, dass man sich einem anderen Land verbunden fühlt.

Die Kritiker Özils würden dem wohl widersprechen: Es ginge nicht um den Anspruch, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund assimilieren, sondern das

Zwischen den Fußballer und das Land darf kein Blatt Papier passen

eine Farbe“ (NPD) sei, akzeptieren vielleicht Boateng als guten Fußballer, aber wollen ihn nicht als Nachbarn (Gauland), weil ihnen dieses Deutschland dann doch zu multikulturell ist.

Entscheidend ist, dass es sich bei allen Varianten um die Konstruktion eines Bildes von dieser Nation handelt – einer Deutung, die die jeweilige Idealvorstellung dieses Landes ausdrückt und dabei von der Realität abstrahiert. Diese nämlich ist von ganz anderen Dingen als dem ausgemalten Deutschland-Bild geprägt und würde man sich den alltäglichen Lebenswelten zuwenden, würde schnell deutlich werden – Stichwort arm und reich – dass von ‚unserer‘ Nation kaum die Rede sein kann.

In der Debatte hat dies, unbeabsichtigt, Heiko Maas zum Ausdruck gebracht: Man könne an einem in England lebenden und arbeitenden Multimillionär nicht die Integrationsfähigkeit dieses Landes ablesen – was der Minister natürlich nicht als Ausdruck der Unterschiede und Gegensätze zwischen den Angehörigen dieser Nation und damit als Zurückweisung einer positiven Vorstellung von Deutschland verstanden wissen wollte.

Als Hinweis darauf, dass am ‚Fall Özil‘ also deutlich wird, dass die Repräsentanten Deutschlands einen

Vergehen bestünde darin, dass Özil sich mit einem Diktator ablichten ließ und dadurch sogar Wahlkampfhilfe betrieben habe. Natürlich stimmt es, dass Erdoğan ein Autokrat ist, der Kritiker wegsperrt, völkerrechtswidrige Kriege führt und sämtliche bürgerliche Freiheiten einschränkt bis abschafft. Dass sich die Aufgeregtheit jedoch nicht der Verteidigung der Menschenrechte verdankt, lässt sich der schlichten Tatsache entnehmen, dass der DFB die WM in Katar 2022 nicht boykottieren wird, Lothar Matthäus kürzlich Putin getroffen hat und Oliver Kahn circa zeitgleich zu Özils und Gündoğans Treffen mit Erdogan die saudiarabischen Herrscher getroffen hat. Manche haben auch diese Begegnungen kritisiert, aber niemand auch nur annähernd mit der Vehemenz, mit der sich die beiden türkischstämmigen Fußballer konfrontiert sehen. Legt man also die Menschenrechte als Maßstab an, hätte der Boulevard viel zu tun – nicht nur in Bezug auf Fußballer.

Und tatsächlich weiß ja auch jeder, dass es hier eben um den besagten ‚Migrationshintergrund‘ geht: Gefeierte als Vorbild gelungener Integration, scheitern die beiden Starfußballer nun an dem ihnen entgegengebrachten Anspruch. Dieser wird feindselig, da er sich in seinem Verdacht der Illoyalität bestätigt sieht – virulent ist er jedoch auch im Normalfall demokratischer Politik, wovon unter anderem die Integra-

tionstests Zeugnis ablegen. Kaum werden Menschen mit einer Migrationsgeschichte in ihrer Familie je den Verdacht los, nicht parteiisch für Deutschland zu sein, sondern nur aus materieller Berechnung in diesem Land zu leben.

Einen irgendwie erkenntlichen Migrationshintergrund zu haben, und sei es nur in der Familiengeschichte, gilt nach wie vor als ‚Armutsrisiko‘, die Skepsis bis Ablehnung der Deutschen gegenüber Menschen muslimischen Glaubens nimmt seit Jahren erwiesener-

Parteiisch soll man offenbar sein, ohne zu prüfen, was man davon hat

Dieser Vorwurf wurde auch gegenüber Özil und Gündoğan in zahlreichen Kommentaren und Leserbriefen ausgesprochen: Sie würden ja nur ihrer Karriere wegen für Deutschland spielen. Eine interessante Anklage: Parteiisch soll man offenbar sein, ohne zu prüfen, was man davon hat. Treffend hat dies Ziffel in Brechts *Flüchtlingsgesprächen* zum Ausdruck gebracht: „Auch ich würd sagen, in einem Land, wo der Egoismus grundsätzlich diffamiert wird, ist was faul.“ Sich aus materiellen Erwägungen heraus dafür zu entscheiden, in einem bestimmten Land leben beziehungsweise ‚nur‘ dort mit Fußball Geld verdienen zu wollen, gilt als Verstoß gegen die geforderte Gesinnung, weil es eine Prüfung unterstellt, die auch zu einem negativen Ergebnis kommen könnte. In diesem Fall liegt keine unbegründete und damit bedingungslose Parteilichkeit vor, die sich quasi-automatisch aus der Zufälligkeit der Geburt auf diesem Fleckchen Erde ergibt, sondern eine Reflexion und insofern auch eine Distanzierung, da die Parteinahme sich vom Vorhandensein guter Gründe abhängig macht.

Der Anspruch an sich ist – wie die angeführten Tests für Zugewanderte, das Integrations-Paradigma, das nach wie vor dominierende *Jus sanguinis* (Abstammungsprinzip, das die AfD wieder als alleinige Möglichkeit zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft einführen möchte), und zahlreiche andere Phänomene zeigen – dem deutschen Staat zu eigen und sollte unabhängig von allen Verschärfungen durch die in den letzten Jahren erfolgte Debattenverschiebung nach rechts kritisiert werden. Das Prinzip hat, wie in den letzten Monaten deutlich wurde, seine Konjunkturen. Udenkbar heute der berühmte Ausspruch des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann: „Ach was, ich liebe keine Staaten, ich liebe meine Frau; fertig!“ (*Der Spiegel* vom 13.01.1969), wenn heute sogar das Nicht-Singen oder gar ein vermeintlich ablehnender Blick beim Spielen der Nationalhymne zum Anlass aufgeregter Kommentare wird. Und der Anspruch macht sich nicht abhängig davon, wie ‚die Zugewanderten‘ behandelt werden.

maßen zu (siehe etwa die 2018 durchgeführte ‚Studie Christ sein in Westeuropa‘ des Meinungsforschungsinstituts *Pew*); die Türkei sollte nach Ansicht der meisten Deutschen nicht der EU beitreten dürfen (u. a. SZ vom 19.05.2017) etc. – und dennoch sollen die ‚Zugewanderten‘, die sich so vielen sozioökonomischen Benachteiligungen und Vorurteilen gegenübersehen, bedingungslos loyal erklären.

Auf den Punkt gebracht hat diese Fassungslosigkeit gegenüber einer vermeintlich fehlenden Loyalität für Deutschland die *Bild*-Zeitung. Im Stile der Frage ‚Warum‘ nach einer großen Katastrophe wie einem Amoklauf oder Terroranschlag fragte sie in ihrer Ausgabe vom 27.06.2018: „Sie leben in Freiheit und wählen einen Diktator. Warum?“. Nimmt man die Frage ernst und drückt darin nicht nur seine eigene Fassungslosigkeit aus, lässt sie sich leicht beantworten: Wie die von der *Bild* Befragten zu Protokoll geben, denken sie so, wie wohl die meisten Kritiker hierzulande: als Nationalisten, die Erdoğan dankbar dafür sind, dass seit seiner Machtübernahme die Türkei nicht mehr von USA und Deutschland ‚herumgeschubst‘ werde.

Zurück zum Rassismus mit Rassen?

Für Teile von Pegida und der AfD macht „ein Pass [...] noch keinen Deutschen“ (so der ‚philosophische Kopf‘ der AfD Mark Jongen in einem Interview mit der ZEIT vom 09.06.2016). Sie behalten sich also vor, selbst Kriterien anzugeben, wann jemand wirklich ‚deutsch‘ ist, und hierfür reicht ihrer Ansicht nach keineswegs aus, was faktisch die Zugehörigkeit zu einer Nation begründet: die Zuschreibung durch und damit Unterwerfung unter die deutsche Staatsgewalt, die ihren Ausdruck in der Ausstellung eines Passes findet. Und was macht die deutsche Seele nun aus? Die Debatte um ‚nationale Identität‘ ist beileibe kein Alleinstellungsmerkmal der politischen Kräfte rechts außen. So versuchte sich beispielsweise der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière an einer Definition des eigentlichen Deutschseins, was in ein

buntes Potpourri mündete: Wir seien nicht Burka, wir würden uns die Hand geben und es gehöre auch zu den Deutschen, Teil des *NATO*-Bündnisses zu sein (*Bild am Sonntag* vom 30.04.2017). Diese Eigenschaften – in diesem Fall eine Mischung aus gesellschaftlichen Konventionen, Teilen der gewaltsam gültig gemachten Staatsräson und symbolischen Abgrenzungen – käme uns als Eigenschaften irgendwie naturwüchsig zu. Es muss also nicht gleich immer der Rekurs auf eine ‚Rasse‘ oder Herkunft sein, an der man das vermeintlich Deutsche festmacht. Auch andere Fassungen, wie beispielsweise von einem vermeintlich hochkulturellen Land – wir als Land der Dichter und Denker –, bezwecken dasselbe: Es geht um die Konstruktion eines Merkmals, das das deutsche Volk eint und damit auszeichnet. Behauptungen, dass

zuzieht, nicht wahrhaft für die Nation zu sein – eben doch nur ‚Ausweis-Deutscher‘, wie die NPD sagen würde. Den Verdacht in die fehlende Loyalität scheint man inzwischen eben nur durch eine den Vorbehalt der Rassisten bedienende Herkunft loszuwerden.<

Es geht um die Konstruktion eines Merkmals, das das deutsche Volk eint und damit auszeichnet

mit einer solchen konstruierenden ‚Charakterisierung‘ nicht zugleich eine Wertung bzw. Abwertung der ‚anderen‘ verbunden sei, wie sie beispielsweise *die Identitären* auf ihrer Website aufstellen, sind schlicht nicht plausibel: Schließlich impliziert die Betonung bewahrenswerter Eigenartigkeiten die Erhebung über das vermeintlich Andere, ohne die die Angst der Identitären vor dem sogenannten ‚Großen Austausch‘ nicht verständlich wäre.

Dr. Ina Schildbach
*ist Politikwissenschaftlerin und
politische Bildungs-
referentin.*

Auch ohne rassistische Begründungen à la ‚bio-deutsch‘ sein, wie es eine *Dügida*-Aktivistin (‚Düsseldorf gegen die Islamisierung des Abendlandes‘) gegenüber der *ZDF-Journalistin* Dunja Hayali geltend machte (*FAS* vom 07.08.2016), gibt es also rassistische Denkmuster, bei denen gesellschaftlich gültig gemachte Umgangsformen etc. in das So-Sein der Menschen gelegt werden. Die Forschung spricht hier unter anderem von einem „Rassismus ohne Rassen“ (Étienne Balibar). Gemeint ist damit, dass sich die Definition von Zugehörigkeit und Ausgrenzung kaum mehr aufgrund von Kriterien der Herkunft und der Konstruktionen von Rassen verdankt, sondern andere Kategorien der Sortierung und Minderbewertung, wie vor allem die Kultur, wichtiger werden.

Hier scheint es nun ein ‚Roll-back‘ zu geben: Dass Özil so ins Schussfeuer der Kritik gerät, liegt schließlich darin begründet, dass er sich als Deutscher, dem ein Migrationshintergrund angedichtet wird, den Verdacht

Ein weißes Frettchen in Aufruhr



Erst das Schulter - zucken, dann die Hetzjagd

Die Beobachtung und Bekämpfung aller Formen von Rassismus in der deutschen Gesellschaft hat einen weiten Weg vor sich. Währenddessen darf nicht vergessen werden, dass es nicht nur der Rassismus ist, von dem das Problem ausgeht – es ist auch die weitreichende Unfähigkeit weißer Deutscher, damit klar zu kommen, wenn ihnen Rassismus vorgeworfen wird. Von Tom Reiss.

Weißer Menschen sind rassistisch

Erfahrungsgemäß löst diese Bemerkung bei weißen Menschen wie mir große Empörung, Kränkung und Wut aus, weswegen eine Erläuterung angebracht ist: Nicht alle weißen Menschen sind rassistisch, selbst wenn man auch (wie ich) die widerspruchslöse Akzeptanz von Rassismus als rassistisches Verhalten definiert. Darauf hinzuweisen, dass nicht alle weißen Menschen rassistisch sind, ist allerdings redundant und lenkt vom eigentlichen Problem ab. Der Journalist, Poet und Ökonom Michael Harriot findet im Tierreich eine wundervolle Analogie für die unsinnige Überflüssigkeit der Betonung, dass nicht alle weißen Menschen rassistisch seien und auch nicht alle weißen Menschen Rassismus akzeptieren:

„Einige Weiße sprechen sich manchmal gegen Rassismus aus, ebenso wie einige Fische fliegen und einige Bären Fahrrad fahren können. Aber wenn ein Biologe eine Vorlesung über die Mobilität von Wassertieren oder Grizzlybären hielte, dann wäre es idiotisch, ihn zu unterbrechen und auf die seltenen Fälle fliegender Fische oder Fahrrad fahrender Bären hinzuweisen.“ (The Root, 09.08.2018)

Dass weiße Menschen rassistisch sind, ist in erster Linie ein Resultat jahrhundertelanger Konditionierung. Die Kurzversion: Menschen erfinden das Konzept von Rasse, dann das Konzept der weißen Rasse, dann, ausgehend von dieser, eine Reihe anderer Rassen, die der weißen systematisch strukturiert untergeordnet sind. Alle Gesellschaften, die auf diesem Konzept basieren – und alle Gesellschaften, die auf solchen Gesellschaften basieren, und so fort – sind strukturell rassistisch, weil sie auf die Privilegierung weiß markierter Menschen ausgelegt sind. Diese weiß markierten Menschen werden nicht rassistisch geboren (im Grunde werden sie nicht einmal ‚weiß‘ geboren); aber allein durch ihre Sozialisierung werden sie rassifiziert und dadurch, als ‚Weiße‘, tendenziell rassistisch. Sie leben in einer Gesellschaft, die sie an die Spitze und in den Mittelpunkt stellt.

Dieser Prozess beginnt früh, geschieht größtenteils unbewusst und ist sozial universell und deswegen schwer zu vermeiden. Ihm kann entgegengewirkt werden – Menschen können lernen, nicht mehr rassistisch zu sein, genauso wie Bären lernen können, Fahrrad zu fahren. Einige wenige lernen es möglicherweise sogar ohne fremde Hilfe. Aber es wäre unsinnig, davon auszugehen, dass weiße Menschen einfach so und ohne weiteres nicht rassistisch sind.

Wie sich derzeit herausstellt, ist Rassismus zwar nach wie vor ein großes Problem in Deutschland, aber ein ebenso großes Problem scheint sich bei Reaktionen auf den Vorwurf des Rassismus zu etablieren – zumindest, wenn diesem Weiße zum ‚Opfer‘ fallen. Das ergibt viel Sinn, mehr und mehr Menschen beschwerten sich über den Rassismus, der ihnen seitens Weißer widerfährt, und diese sind es noch nicht so sehr gewöhnt, darauf zu reagieren. Plötzlich beschwerten sich weniger privilegierte Menschen darüber, wie die Privilegierten sie behandeln – und das verletzt diese, hier weißen, zarten kleinen Frettchen.

Es kann gar nicht genug betont werden, wie problematisch es ist, wenn Reaktionen auf den Vorwurf des Rassismus oder der Fremdenfeindlichkeit auf unreflektierte Ablehnung stoßen. Sicherlich ist der Rassismus das eigentliche Problem, sicherlich wären in dieser Hinsicht Diskussionskultur und Einsichtsfähigkeit gar nicht erst notwendig, wenn es keinen Rassismus gäbe. Und es mag sein, dass rassistische Übergriffe und Beleidigungen schlimmer sind als die passive Abwehr-

und an einem Ort, an dem es ein Leichtes ist, diesen Umstand an drei sehr verschiedenen, aber untrennbar zusammenhängenden Fällen zu illustrieren:

Fall 1: „Unprovoked Angriff ist die beste überflüssige Verteidigung“

Zu beobachten am Beispiel von Mesut Özil, der zur Kenntnis zu bringen versuchte, dass Teile der DFB-Führung „Menschen mit rassistisch diskriminierenden Haltungen“ seien. Nicht nur wiesen die tatsächlich angesprochenen Personen diesen Vorwurf unter Tränen der Entrüstung zurück – nein, auch ein Haufen wahllos beistehender weißer Menschen (Manuel Neuer, Toni Kroos, Thomas Müller) überschlugen sich geradezu, ihre Genossen Kartoffeln sofort von jedem Fehlverhalten zu absolvieren. Dumme Antworten also auf eine Frage, die nie gestellt wurde.

Wenn ich gemütlich im Schwimmbad meine Bahnen ziehe und vom Bademeister vernehme: „Hört auf zu rennen!“, nun, dann schwimme ich gemütlich weiter. Ich verlasse nicht das Becken, nähere mich nicht dem

Jede Differenzierung von Rassismus ist überflüssig

haltung von Menschen, die sich nicht aktiv oder aggressiv rassistisch verhalten, sondern lediglich passive Akzeptanz reaktionärer Umstände an den Tag legen. Aber auch diese Differenzierung ist überflüssig, wie jede Differenzierung von Rassismus überflüssig ist. Es verhält sich ähnlich mit Sexismus: Sicherlich ist eine Vergewaltigung in den meisten Fällen schlimmer als ein unerwünschter Klaps auf den Hintern, aber diese Differenzierung lenkt vom eigentlichen Problem ab; Beides ist übergriffig, beides ist inakzeptabel, und gegen beides muss vehement in Wort, Tat und System vorgegangen werden.

Hinzu kommt, dass auch die subtilen Randerscheinungen übergriffigen Verhaltens – sei es der Klaps auf den Hintern oder die Unfähigkeit, reflektiert auf Rassismusvorwürfe einzugehen – nicht im luftleeren Raum stattfinden, sondern längst schon eingebettet sind in ein festes System aus Übergriffigkeit. In einer Gesellschaft, die Weiß-sein (und Männlichkeit, aber das hier nur am Rande) privilegiert, ist die Akzeptanz des Rassismus im Kleinen ein Symptom des rassistischen Ganzen. In einem solchen System schlägt Übergriffigkeit Wellen, und leider befinden wir uns in einer Zeit

Bademeister und beschimpfe ihn nicht dafür, mich als Renner zu diskriminieren. Ich fühle mich gar nicht angesprochen. Sollte ich mich jeoch angesprochen fühlen, wäre das allerdings durchaus ein Anlass, mir Gedanken zu machen, statt zurück zu schimpfen.

Fall 2: „Das hat mit Rassismus nichts zu tun, ihr Rassisten!“

Zu beobachten am Beispiel der koreanischstämmigen US-amerikanischen Journalistin Sarah Jeong. Diese verwendete im Jahr 2014 Twitter, um in Reaktion auf rassistische Anfeindungen (vgl. Fall 1) sardonisch zu befürworten, dass weiße Menschen sich weniger und weniger fortpflanzen (#CancelWhitePeople). Diese Tweets wurden vor ein paar Wochen von rechtsnationalen Trollen ausgegraben, die argumentierten, Jeong sei – propagiere sie doch Genozid als Antwort auf Lappalien – die eigentliche Rassistin. Jeong wurde daraufhin von ihrer aktuellen Arbeitgeberin, der sehr weißen New York Times, zu einer Entschuldigung genötigt.

Tom Reiss

*ist Hinterland-
Redakteur, Literatur-
wissenschaftler,
Medientheoretiker
und Fanforscher in
München. Er weiß,
dass er weiß ist.*

Die New York Times beweist damit das Rückgrat einer Qualle, aber der Vorfall ist nicht lokal – Jan Fleischhauer, seines Zeichens ebenfalls quallengleicher Spiegel-Kolumnist und menschlicher Kartoffelsalat, zürnte über die „Heuchelei“ angesichts derartiger „Hate Speech“ (Der Spiegel, 09.08.2018) – entlassen gehöre die olle Rassistin Jeong, erst recht, nachdem es ihrer weißen Vorgängerin Quinn Norton nicht anders ergangen war. Dabei hatte diese doch bloß „ein paarmal das Wort 'Fag', also 'Schwuchtel' benutzt“ und war befreundet mit Mitgliedern neofaschistischer und rechtsnationalistischer Organisationen. Nichts darf man mehr als Weiße, aber ein kleines bisschen Ethnizität, und schon hat man Narrenfreiheit.

Liebe Idioten: Auf #CancelWhitePeople wird sich nie ein Mob von Koreaner*innen bilden, der Weiße durch die Straßen jagt. Ganz im Gegenteil zu ...

Fall 3: „Schnappt euch den Ausländer, die weiße Rasse ist in Gefahr!“


Zu beobachten am Beispiel der Naziaufmärsche und Menschenjagden in Chemnitz, Köthen et al. Dort, so der besorgte Thügida-Chef David Köckert, seien diese rechten Barbarenhorden lediglich die konsequente Antwort auf einen „Rassenkrieg gegen das deutsche Volk.“ (BuzzFeed, 09.09.2018).

Es liest das falsche Heft, für wen das kein Schwachsinn ist, ich spare mir den Text. Ich möchte aber die geneigten weißen Leser*innen auffordern, ganz genau über die Zusammenhänge zwischen Fall 1, 2 und 3 nachzudenken. Es ist leicht, zu sagen, man sei nicht rassistisch. Es ist leicht, zu sagen, man stünde gegen Rassismus. Es ist viel schwieriger, als weiße Person nicht – buchstäblich oder metaphorisch – eine nicht-weiße Person zu ohrfeigen und im selben Atemzug selbst zu entscheiden, wie weh es dieser zu tun hat. Schwierig für weiße Menschen wie mich, die früh schon weißgewaschen wurden, auf Vorwürfe des Rassismus nicht mit Wut oder Verständnislosigkeit oder Verletzung zu reagieren, sondern mit Gedanken darüber, ob nicht etwas dran sein könnte – und wo es hinführen könnte, wenn wir uns diese Gedanken aus Faulheit oder Scham oder Arroganz nicht machen.

Weiße Menschen sind rassistisch. Wenn sie das nicht sein möchten, dann müssen sie aktiv etwas daran ändern – oder zurück in den Wald, als Bär arbeiten.<

Ist das diese Gerechtigkeit ?

Comic-Dokumentation
Anna Heger



Einige Tage vor dem angesetzten ersten Verhandlungstag des NSU-Prozess versammeln sich 2013 über 5000 Menschen in München.

Bei diesem Prozess werden neun rassistische Morde, ein Mord an einer Polizistin, zwei Terroranschläge mit Bomben, 15 Banküberfälle und eine Brandlegung verhandelt. Diese Taten werden dem so genannten nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zugeschrieben. Es gibt fünf Angeklagte.

Die Demonstration soll Solidarität mit den Hinterbliebenen der getöteten Menschen und mit den zahlreichen Verletzten zeigen. Sie wendet sich gegen rechte Gewalt, gegen institutionellen Rassismus und gegen alltäglichen Rassismus.

Karlsplatz, 13. April 2013.

Der Münchner Stachus ist voll.

09:45

Am 345. Verhandlungstag ist der Platz vor dem Oberlandesgericht in München fast leer.

Jede Person mit Ausweis kann den NSU-Prozess besuchen. Es gibt einen separaten Eingang wegen der Brisanz der Verhandlung.



Nymphenburger Straße, 9. Februar 2017.

Die komplette Comic-Dokumentation des 345. Prozesstages gibts auf www.annaheger.de

Ein Jahrhundertprozess, bei dem die Aufklärung auf der Strecke blieb

438 Tage – drei Tage die Woche, fünf Jahre – so lange dauerte der NSU-Prozess, der gegen Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, André Eminger, Holger Gerlach und Carsten S. lief. Marianne Walther und Barbara Brandt saßen einmal die Woche mit im Münchner Gerichtssaal. Ihren Blick zurück in diese Zeit des Schreckens beschreiben sie im Gespräch und auch, warum sie finden, dass dieses Urteil in einem Rechtsstaat nicht das letzte Wort sein darf. Das Interview führten Katharina Martl und Matthias Weinzierl.

Matthias: Warum seid ihr überhaupt zum NSU-Prozess gegangen?

Marianne: So weit ich mich erinnere, hatte unsere Freundin Gabi über *a.i.d.a.* [die *Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München*; Anm. d. Red.] mitbekommen, dass beim Prozess Leute gesucht werden, die mitmachen. In welcher Form auch immer. Wir hatten eine Erinnerungsgruppe, in der es vor allem um die Nazizeit und Erinnerungskultur ging: Sechs bis sieben Frauen, die sich damit beschäf-

tigten. Zu dem, was real hier und jetzt passiert, haben wir uns in kurzen Aktionen zusammengeschlossen. Auf jeden Fall wollten wir zur Prozesseröffnung. Damals wusste ich sehr wenig darüber. Am 6. Mai 2013 bekamen wir vor dem Gericht Schilder in die Hand gedrückt, auf denen die Toten abgebildet waren. Ich kannte nicht einmal ihre Namen. Da dachte ich: Das kann nicht wahr sein. Ich lese darüber in der Zeitung, aber irgendwie hatte ich es wieder vergessen. Ich glaube, da war eine ziemlich große Scham.

Matthias: Also ihr wart dann eine Prozessbeobachtungsgruppe – oder einfach nur Einzelpersonen?

Marianne: Wir waren als Einzelpersonen dort, haben aber *NSU Watch* unterstützt, eine Gruppe, die aus *a.i.d.a.* und *apabiz* [das *antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin*; Anm. d. Red.] entstanden war, um eine permanente Prozessbeobachtung zu gewährleisten. Der Grund: Das Oberlandesgericht (OLG) ist nicht verpflichtet, ein wortwörtliches Protokoll anzufertigen. Der Antrag

ist zwar gestellt, jedoch abgelehnt worden. *NSU Watch* meinte, dass die Protokolle so wörtlich wie möglich, auch in Englisch und in Türkisch übersetzt sein müssten. Sie sollten sowohl für Journalist*innen als auch für die Anwalt*innen und Student*innen für zukünftige Arbeiten zur Verfügung stehen. Ein Jahrhundertprozess, der protokolliert gehört.

Barbara: Wir hatten uns vorgestellt, dass die Opferfamilien wahrscheinlich zu dem Prozess kommen. Weil wir selbst gar nicht so viel darüber wussten, dachten wir, wir können sie da nicht alleine sitzen lassen. Das war auch ein Grund zu sagen: Wir gehen mindestens einmal die Woche hin. Es waren pro Woche immer drei Verhandlungstage angesetzt.

Katharina: Als Impuls kann ich das total nachvollziehen, aber fünf Jahre lang jede Woche, das ist unglaublich. Wie habt ihr das durchgezogen?

Barbara: Wir wussten ja nicht im Voraus, dass der Prozess so lange dauert. Damit hat wohl kaum jemand gerechnet.

Marianne: Am Anfang schien es so, als ob der Saal immer voll sein würde. Da hieß es: „Kein Platz für Nazis“. Es war klar, wenn wir schon mal dort sind, gibt es zwei Plätze weniger für Nazis. Zum Teil waren es aber nur zehn Leute und die Journalist*innen. Nazis kamen immer dann, wenn etwas anstand, was für sie spannend war, oder als Unterstützung für die Angeklagten. Außerdem gründeten wir eine Crowdfunding-Gruppe, um die Arbeit von *NSU Watch* finanziell zu unterstützen. Protokolle und Abschriften, sowie Übersetzungen kosten Geld. Obendrein begleiteten wir über

NSU Watch Menschen, die den Prozess beobachten wollten. Es gab immer wieder Klassen, Studierende oder Einzelpersonen, die noch nie bei Gericht waren und sogar dachten, da komme man gar nicht rein. Die begleiteten wir und gaben ihnen Informationen.

Matthias: Wöchentlich zu diesem Prozess zu gehen, ist etwas Belastendes, ganz abgesehen von den unendlich langen Zeugenaussagen und Beweisaufnahmen.

Barbara: Manchmal war es unerträglich. Ich war zuvor noch nie bei einem Prozess gewesen. Es überaschte mich, was da alles gesagt oder nicht gesagt werden darf, vor Gericht. Dass der Richter dann nicht sagt: Das geht nicht.

Matthias: Hast du ein Beispiel?

Barbara: Da war jemand, der als Person des Verfassungsschutzes in diesem Prozess, im NSU-Komplex, mit drin war. Der wurde nach etwas gefragt und sagte darauf: „Nein, dazu kann ich nichts sagen, ich darf nur über diesen einen begrenzten Zeitraum berichten.“ Und das, was der Richter eigentlich wissen wollte, konnte er nicht sagen, weil er zum Verfassungsschutz gehörte.

Manchmal war es unerträglich

Katharina: Verstehe ich das richtig? Es irritierte dich, dass es um Aufklärung gehen sollte, dann aber aus formalen Gründen auf verschiedene Rahmen von Kompetenzen verwiesen wurde und die Aufklärung auf der Strecke blieb?

Barbara: Ja.

Marianne: Es gibt bestimmte Grundsätze, die beachtet werden müssen. Wenn der Richter das nicht macht, hat der sofort die Verteidiger der fünf Leute am Hals – dann kannst du das Ganze vergessen. Etwa bei den Aussagen der Opferfamilien, die sicherlich die schlimmsten Ereignisse waren. Da kann ich jetzt noch heulen, weil es einfach furchtbar war. Die eine Mutter sagte: „Ich hab’ das fünf Mal gesagt, ich hab’ das zehn Mal gesagt, ich weigere mich, es noch mal zu sagen.“

Der Richter war aber in der Kommunikation zum Teil so schwierig. Ein Jurist eben, der nicht erklären konnte, der also nicht sagte: „Passen Sie auf, Frau X, ich muss das von Ihnen noch mal hören, weil es den Grundsatz der Mündlichkeit gibt. Ich kann mein Urteil nur auf etwas berufen, was auch hier im Gerichtssaal gesagt worden ist, nicht was in irgendwelchen Akten steht.“ – Das hätte sie verstanden und hätte nochmals ausgesagt. So hat er es dann vorgelesen. Das war zum Teil unerträglich, was die Opferfamilien erneut erlebt haben, zwei Meter vor diesen Verbrechern, vor diesen Terroristen, die in ihre Laptops

geguckt haben. Die Angehörigen der Ermordeten sind am Durchdrehen vor lauter Traurigkeit, auch nach zehn Jahren, weil es einfach nicht vorstellbar ist. Bei den Nazis, wenn die aussagten, hieß es immer: „Ich erinnere mich nicht“, „ich erinnere mich nicht“, „ich erinnere mich nicht“ ... Das war der Hauptsatz, den die gesagt haben, sonst nichts.

Da ist diese Disziplin, die du brauchst, im Gericht, die ist für mich als langjährige Lehrerin unerträglich gewesen. Dass ich

nicht brüllen kann. Dass ich nicht schreien kann. Dass ich nicht sagen kann: du Schwein! Sondern ich muss mich benehmen, sonst flieg' ich raus. Und das hat uns manchmal innerlich fast zerfetzt. Also, wo du rauskommst, nochmal nach Luft schnappst, weil du denkst, das kann nicht sein ...

Matthias: Und wie habt ihr das für euch gelöst?

Barbara: Wir haben uns hinterher immer unterhalten. Erst ganz zum Schluss ging es um die Opferfamilien. Es hat Jahre gedauert, in denen sie überhaupt keine Rolle gespielt haben. Dass Zschäpe und wie sie alle da heißen, dass die nichts sagen brauchten – das hab' ich nicht kapiert.

Katharina: Man hört die Empörung noch ein bisschen raus.

Barbara: Unglaublich. Und, dass sie dann hinterher entlassen wurden, also jetzt der Wohlleben und der Eminger. Da ist ganz klar, dass die beiden das unterstützt haben, dass sie dazu gehört haben, also es ist einfach klar. Aber das ist dann abgehandelt worden.

Matthias: Und dann dieses Urteil ... hat es einen faden Beigeschmack für euch? Braucht ihr jetzt eine Therapie?

Marianne: Der Tag des Urteils, das war der schlimmste Tag.

Barbara: Ja.

Marianne: Das war ein Entsetzen draußen auf dem Platz – es kamen ja nicht alle rein. Ganz viele Nazis waren im Saal, die offen ihren Beifall bekunden konnten. Richter Götzl hat nichts gemacht.

Der hat das Urteil genau so gemacht, damit der Wohlleben und der Eminger – also Eminger sofort und Wohlleben ein paar Tage später – raus dürfen. Das heißt, mir kann passieren, dass ich dem Typen auf der Straße begegne. Das

ist unvorstellbar. Es war der schlimmste Tag für alle, die da waren. Der Rechtsanwalt Hoffmann und all die tollen Nebenklageanwält*innen, die so großartig waren, die sagten fast nichts mehr. Von der Behrens stellte nur fest: „Wir waren naiv, wir sind zu vertrauensselig.“ Dieser tiefe Schmerz, dieses Unrecht – und dann dieses Urteil. Ein Schlag ins Gesicht.

Katharina: Macht sich dann Frust breit und ihr sagt: Diese fünf Jahre, die ich mich jetzt da reingesetzt hab' waren umsonst?

Barbara: Nein. Das ist es nicht. Aber es öffnet einem noch mal die Augen auf unsere Gesellschaft. Es ist unglaublich, dass ein Prozess so ablaufen kann. Ich habe das nicht für möglich gehalten.

Marianne: Ich auch nicht. Angelika Lex, die viel zu früh verstorbene Rechtsanwältin aus München, hat es gleich am Anfang gesagt. Das ist kein Rechtsstaat, das wird nicht so klappen. Und das ist genau so passiert.

Matthias: Und wie waren die Sicherheitsbeamt*innen?

Marianne: „Ihre Freundin Barbara

ist schon da“, sagte immer eine der Sicherheitsbeamtinnen, wenn Barbara vor mir kam. Wir waren auch mal Essen mit ihr. Anfangs dachte ich, bloß kein freundliches Wort zu Polizist*innen oder Sicherheitspersonal. Mit der Zeit kannte man sich und grüßte immer. Zum Schluss jedoch, am letzten Tag der Urteilsverkündung, war wieder klar: Sie standen da, um das Gebäude vor uns Demonstrant*innen zu schützen. Da

habe ich wieder kapiert, Marianne, du bist immer noch blauäugig, du denkst immer noch, man kann sich irgendwie verschwestern, im Sinne: Die sind doch ganz nett. Wenn sie gerufen werden und sie sollen das Gebäude schützen, dann machen sie das. Dann sind wir die Gegner*innen und nicht mehr die netten Menschen, die man grüßt.

Katharina: Mich überrascht total, dass der Zuschauerraum nicht überfüllt war. Wisst ihr, woran das lag?

Marianne: Anfangs gab es um die Presseplätze viel Aufregung. Dann wurde der Prozessauftritt auf den 6. Mai verschoben. Ab da gab es genug Platz. Aber ich glaube, ein Gericht ist auch eine absolute Grenze für die meisten Menschen. So negativ und mit Angst besetzt. Kommt man denn da rein, einfach so? Wie? Geht das wirklich? Oder braucht es eine Sondererlaubnis wie im Knast?

Wie muss ich mir die Stimmung drinnen vorstellen? Gab es ab und zu mal Verhandlungstage, an denen es um Brisantes ging und da war es dann ...?

Marianne: ... da war es voller, das war vorher klar. Bei so einem

Es öffnet einem noch mal die Augen auf unsere Gesellschaft

Prozess gibt es viele Details. Etwa, ob die Brille da gelegen hat oder dort. Oft ist es nur ein juristisches Geplänkel. Da musst du schon auch diese spezielle Sprache beherrschen. Die Leute von *NSU Watch* waren immer da: Hochachtung! Welche Energie, Ausdauer und Kraft sie in diesen Prozess gesteckt haben.

Barbara: Sie waren zu Dritt oder zu Zweit und haben alles mitgeschrieben.

Marianne: Jedes Wort. Sie sind Expert*innen.

Barbara: Alleine die Tatsache, dass das Gesprochene vom Gericht nicht protokolliert wird, das war mir vorher überhaupt nicht klar.

Matthias: Kein Wort?

Marianne: Nee. Nur wer von wann bis wann da gewesen ist.

Barbara: Ja. Inhaltlich überhaupt nichts.

Marianne: Deswegen schrieben alle Richter mit. Ihre Protokolle, das, was sie wichtig fanden. Ein Witz bei so einem Prozess. Ich finde, es müsste immer protokolliert werden.

Katharina: Wenn ich mir vorstelle, ich sitze jetzt im Gerichtssaal, dann würde ich mir natürlich auch diese Person anschauen, der das vorgeworfen wird und versuchen, in dem Gesicht, in seinem Verhalten, in der Person etwas zu entdecken ... Habt ihr euch mit den Täter*innen auch befasst? Oder schaut man da bewusst woanders hin?

Barbara: Ja, man kann erhöht sitzen und die Angeklagten sitzen weiter unten. Deren Anwalt*innen sieht man sowieso nicht, weil die unter einem sitzen. Am liebsten habe ich mich so platziert, dass ich sie nicht sehen musste. Ich konnte die einfach nicht aushalten.

Marianne: Ich wollte den gesamten Überblick haben und alle sehen, weil ich wissen wollte, wie Anwalt*innen, Staatsanwaltschaft, Bundesstaatsanwaltschaft, die Richter*innen oder auch die Verteidiger*innen reagieren. Gerade als am Anfang ständig die Einwürfe kamen. Was ich schlimm bei mir fand: Du siehst im Normalfall nicht

Welche Energie, Ausdauer und Kraft NSU-Watch in diesen Prozess gesteckt hat

mehr die Handlanger der Mörder da sitzen. Du siehst einfach die Personen. Die gehören dazu wie der Fernseher zuhause oder wie der Richter. Da war kein Entsetzen in mir, wenn ich sie sah. Entsetzt hat mich, wenn ich den Eminger draußen getroffen habe. Wenn ich den Gerlach im Café getroffen habe und dem Personal sagte: „Sie wissen schon, wen Sie da bedienen?“ In dieser Situation dachte ich, alle Leute, die im Gericht sind, wir alle müssten pfeifen, buhen oder sonst was machen. Also draußen, vor der Tür sozusagen, fand ich es ganz schlimm. Drinnen gehörten sie zur Ausstattung. Außer es kam wieder etwas von den Anwalt*innen, was ganz schlimm war.

Katharina: Am Schluss haben ja die Opferanwält*innen gesprochen. Wie erlebt man das?

Marianne: Das war noch mal schlimm.

Barbara: Das war furchtbar.

Marianne: Die Opferanwälte haben uns mit ihren Plädoyers sehr beeindruckt. Diese letzten Prozessmonate waren besonders schlimm, extrem schlimm – die schlimmsten, die ich je erlebt habe. Da hast du die unfassbaren Morde in ihrem ganzen Ausmaß mit bekommen ...

Matthias: Die Schicksale, die Geschichten, die Familien, alles, was da zusammenhängt?

Marianne: Alles. Alles. Und vor allen Dingen, ganz klar: Einer der Anwälte hatte die Rolle übernommen, zu

zeigen, dass es kein Trio war, dass hinter den Morden nicht nur fünf Personen, sondern mindestens dreißig steckten. Die haben wir alle dann im Prozess in irgendeiner Form mitbekommen. Das hat er mit dem jeweiligen Namen in einer klaren PowerPoint-Präsentation deutlich gemacht. Doch damit sind die Nebenkläger*innen nicht durchgekommen. Nee! Das Urteil zeigt, es sind drei Leute und die anderen haben auch so ein bisschen was gemacht. Das stimmt nicht!

Barbara: Und die gehen auch noch in Revision.

Marianne: Ja, klar.

Katharina: Der Prozess hat sich vor allem auf die Person Zschäpe konzentriert, ein Dämonenbild von ihr entworfen. Eng damit verbundene strukturelle Probleme, ebenso wie gesellschaftliche blieben beinahe unerwähnt. Darüber habt ihr euch sicher auch Gedanken gemacht.

Marianne: Einer der Anwälte der Verteidigung sagte vor Gericht bei seinem Plädoyer, dass in diesem Prozess das Wort institutioneller Rassismus erfunden wurde. Diese Verteidiger*innen der Angeklagten haben keine Ahnung, was Rassismus ist. Sie haben keine Ahnung davon, was sowohl strukturell als auch institutionell passiert ist. Die verteidigen diese Säcke. Ohne die mehr als 60 Nebenklage-Anwält*innen wären manche Sachen vor Gericht gar nicht aufgetaucht. Die haben versucht, immer wieder mit wichtigen Informationen reinzugrätschen. Die Verteidiger*innen der Nazis, so ein Olaf Klemke etwa, der Ralf Wohlleben vertrat, das sind großartige Anwälte, da wird es dir schlecht. Wenn ich den auf der Straße sehen würde ...

Diese Verteidiger*innen der Angeklagten haben keine Ahnung, was Rassismus ist

Katharina: Was ich jetzt immer wieder rausgehört habe, ist ein Entsetzen über den Kontrast zwischen diesem Technisch-Juristischen, Nüchternen und diesem Wahnsinn, dieser krassen menschlichen Tragödien. Es gab nach dem Prozess eine größere Debatte, auch um die Rechtsstaatlichkeit. Wie geht man damit um, so etwas zu verfolgen und eine*n Verbrecher*in zu verteidigen?

Barbara: Klar, ein Verbrecher, eine Verbrecherin muss eine Verteidigung bekommen und die suchen sich die besten Anwält*innen, die sie kriegen können. Was du gesagt hast über den Verteidiger vom Ralf Wohlleben, der war unglaublich präzise, hat immer wieder neue Anträge gestellt und reingegrätscht. Da haben wir beide nur gedacht: Scheiße, wieso ist der formal so gut? Ich hätte das als Richter nicht akzeptiert.

Marianne: Also ich meine, Richter Götzl hätte manches nicht akzeptieren müssen. Was wir wollten, war, dass es ein politischer Prozess wird und nicht nur ein Strafprozess. Richter Götzl hat alles vermieden, was in diese Richtung hätte gehen können. Er war übervorsichtig mit den Angeklagten und den Verteidiger*innen. Also ich finde, dass man da manchmal hätte dazwischen gehen müssen und sagen: Jetzt ist gut.<

Empfohlene Literatur zum NSU Prozess:

Mehmet Daimagüler

Empörung reicht nicht!

Unser Staat hat versagt. Jetzt sind wir dran. Mein Plädoyer im NSU-Prozess

Lübbe Verlagsgruppe, Köln 2017

ISBN 9783785726105

Gebunden, 352 Seiten, 18,00 Euro

Antonia von der Behrens (Hrsg.):

Kein Schlusswort

Nazi-Terror, Sicherheitsbehörden,

Unterstützernetzwerk. Plädoyers im

NSU-Prozess

VSA; 328 Seiten; 19,80 Euro

Flüchtlingsgespräche

Staffel 1 - Folge 4: Bei der Sammelabschiebung am 3.7.2018 wird einer der Männer nach Afghanistan abgeschoben. Der andere stand anscheinend nicht auf der Abschiebeliste und verweilt immer noch in Deutschland. Sie nehmen über Skypekontakt auf ...

DER UNTERSETZTE: Scheiße Bruder, was haben sie mit dir angestellt?

DER GROSSE: Servus Bruder. Die haben mich aus dem Unterkunft mitten in der Nacht aus dem Bett geholt. Ich hatte nur eine Unterhose an und so haben sie mich in den Auto gezerrt. Nach eine kurze Fahrt haben sie mich in eine Arztpraxis gebracht ...

DER UNTERSETZTE: In dem Arztpraxis von Sepp Mengele, dem Todesengel?

DER GROSSE: Nein. Er hat mir dann irgendein Beruhigungsmittel eingespritzt. Völlig sediert kam ich dann am Flughafen an. Von München aus ging der Flug nach Kabul.

DER UNTERSETZTE: Schön verpackt haben sie dich aber nicht. Du warst doch einer der Geschenke für Mullah Horst. Haben sie euch eigentlich am Flughafen in Kabul abgegeben oder aufgrund der herumfliegende Raketen schon über Kabul aus dem Flugzeug geworfen?

DER GROSSE: Nein Bruder, die haben uns an unsere Henker übergeben, die uns dann in diese Hotel untergebracht haben. Für höchstens zwei Wochen dürfen wir hierbleiben. Danach können wir uns in einer der Hochschulen oder Ausbildungsbetriebe begeben und das Land wirtschaftlich vorantreiben.

DER UNTERSETZTE: Haben die dir im Flugzeug eine Gehirnwäsche verpasst, wirken die Beruhigungsmittel noch nach oder haben sie jetzt für die Abgeschobenen einen eigenen Land erfunden?

DER GROSSE: Stimmt alles nicht, in Kabul herrscht Bombenwetter und der wirtschaftliche Boom ist einfach überwältigend. Und tu nicht so, als ob Kabul unsicher wäre. Boris Palmer meinte doch New York sei unsicherer als Kabul.

DER UNTERSETZTE: Er kommt doch mit sein Elektro-rad noch nicht mal über der deutschen Grenze. Aber

das behaupten immer Leute, die noch nie in Kabul oder New York waren. Was hängt den eigentlich hinter dir an dem Querbalken?

DER GROSSE: Das sind Galgen, der Exportschlager von Pegida. Damit sind sie doch damals durch die Straßen gezogen und haben den Tod von Merkel gewünscht. Jetzt bekommen sowas die Abschiebekandidaten gratis mit. Damit wollen sie sicher auch, dass wir uns nicht in Deutschland erhängen, sondern in unsere gelobtes Land. Aber bitte nicht in die Luft sprengen, sondern erhängen, wenn ihr den Tod so sehr liebt, wurde uns noch am Flughafen Kabul mitgeteilt.

DER UNTERSETZTE: Du meinst das nicht Ernst, oder?

DER GROSSE: Ich schwöre auf Alles. Damit haben sie mich zuerst gefesselt und jetzt wurden die Galgen von eine afghanische NGO in den Zimmern angebracht.

DER UNTERSETZTE: Was soll das für ein NGO sein, etwa die Taleban? Die Taleban sind ja auch eine nichtstaatliche Organisation und haben sicher einen neuen Geschäftszweig entdeckt.

DER GROSSE: Nein, das sind von Deutschland finanzierte Reintegrationsprojekte.

DER UNTERSETZTE: Saß der Mesut Özil auch im Flugzeug?

DER GROSSE: Nein, Mözil, der Mobbingopfer hat eben mitgeteilt, dass er sich rassistisch an Pranger gestellt sieht und tritt aus der deutschen Fussball-Nationalmannschaft zurück, also nix abschieben aus dem Land. Er ist dem ganzen zuvorgekommen und wird bei der nächsten Sammelabschiebung auch nicht mehr dabei sein.

DER UNTERSETZTE: Ist ja auch Wurscht, Ausländer sind scheiße und müssen raus. Entweder abschieben, ausschließen oder abknallen. So wie es die NSU gemacht hat. NSU, DFB, BMI, OleOle. SOS, 110,



tatütata.

DER GROSSE: Ich bin echt froh, dass ich nicht mehr in Deutschland bin. Die NSU-Mörder laufen wieder frei rum. Der tiefe Staat wird immer größer, wie ein schwarzes Loch und saugt den ganzen Energie des Landes in sich. Es werden nicht nur in Chemnitz Menschen gejagt und der Rassismus darf einfach mal ausgelebt werden. Die Leute haben ihre Liebe zu Nationalismus und Menschenvernichtung knapp 70 Jahre verbergen müssen und haben sich für ihre Verbrechen geschämt. Bald können sie wieder stolz darauf sein. Dagegen behauptet der Verfassungsschutzchef, es hat keinen Hetzjagden gegeben

DER UNTERSETZTE: Genau, wie er auch behauptet, dass es die NSU gar nicht gegeben hat. Seine Behörde hat nur eine Schmalspur-SA aufbauen wollen. Jetzt ist er ja im Innenministerium und beobachtet mit sein Heinrich-Himmler-Brille alles ganz genau. Er wird sicher Afghanistanbeauftragter von Mullah Horst und schickt bei der nächsten Sammelabschiebung die Schlägertrupps, bestehend aus rechte Kameradschaften, Burschenschafter und Reichsbürger in Uniform, durch das Land um die Afghanen einzusammeln und zu deportieren. Was macht der Typ hinter dir, versucht er sich gerade zu erhängen?

DER GROSSE: Das klappt eh nicht, er hat auch in Deutschland versucht sich das Leben zu nehmen. Die Behörden haben dann behauptet, er tut nur so, er ist nicht krank. Haben ihn in ein Lager gesteckt und befohlen zu sterben. Er ist zu Schule gegangen und nebenbei gearbeitet. Irgendwann haben sie ihn nicht mehr erlaubt zu arbeiten und er ist auf der schiefen Bahn geraten und wurde immer stiller. Hier redet er auch nicht viel.

Die Reinkarnation Himmlers darf nun seine Reichsphantasien ausleben und die Behörden schön nazifizieren.

DER UNTERSETZTE: Dann kommt eben Trump und befreit die Deutschen. Von wem eigentlich? Ist ja auch Wurscht. 80 Millionen müssen umerzogen werden. USA, UdSSR, OleOle. SOS, 110, tatütata. Diesmal scheint es aber zu klappen, der zappelt schon mit den Armen und Beinen.

DER GROSSE: Laß ihn. Vielleicht ist das ganz gut für ihn, dass er in diese Scheißland nicht mehr raus muss. Außerdem interessiert es doch eh niemand, wie ein Flüchtling stirbt.

DER UNTERSETZTE: Doch, den Anti-Abschiebe-Industrie interessiert es schon.

DER GROSSE: Genau, solche Leute, die die Asyltouristen am Münchner Hauptbahnhof beklatschen. Ich frage mich, was den CSU-Granden in ihre Kindheit alles passiert sein muss, dass sie als Erwachsene so viel Bösartigkeit in sich tragen. Würden sie in ihre Kindheit missbraucht, geschlagen und vernachlässigt?

DER UNTERSETZTE: Ich vermute, sie haben schon in ihre Kindheit und Jugend die Schüler und Studierende gemobbt, ausgelacht und einfach gehetzt. Mullah Horsts Modelleisenbahn ist sicher aus den Gleisen gesprungen. Und er ist in Amok-Modus. Wie wäre es eigentlich, wenn er sich einfach vor sein Modelleisenbahn wirft, dann sind wir ihn los.

DER GROSSE: Vorher feiert er noch sein 69. Geburtstag. Und danach hat sich aber ausgehetzt.

DER UNTERSETZTE: Jetzt tauchen schon die ersten Fliegen und summen um den Typen im Hintergrund. Willst du niemanden rufen, der ihn losbindet und beerdigt.

DER GROSSE: Dann gehe ich mal runter. Gönne mir aber vorher noch ein Sweet Chai oder Latte Macchiato. Bei der Gelegenheit schnappe ich mir noch mein Rückkehrprämie und mache einen Agentur für die Selbstmordattentäter auf. Sie sollen sich in Luft sprengen und ich kassiere das Geld aus den Emiraten. Bin gespannt, was die Taleban dazu sagen. Ich werde für sie sicher keine Gefahr darstellen, weil sie sind ja jetzt gemäßigt und werden bald mitregieren.

Der Grosse geht raus und die Leiche fängt an zu singen:

*Ich halt's nicht mehr aus, verlass das sinkende Schiff
Geh raus aus Instinkt, sauf mich mit links untern
Tisch*

*Gar kein Problem, ich bin jung, hab Angst irgendwas
zu verpassen*

*Ich bin Ali, ich würde 8 Tage durchtanzen - würden
sie mich lassen*

*Doch die Geier kreisen, Gedanken verpackt in
Endlosschleifen*

*Von allen Seiten quietschende Reifen, ob mein Gott,
diese Welt lässt mich leiden*

*Ich stell mich hin und nehm' diesen Strick gegen
meinen Willen*

Und alles wird Still.

Human

*ist assimilierter
Ausländer, lebt an
der Deutsch-
Afghanischen
Grenze und darf in
Bayern junge
Männer in Lederhose
mit Kopftuch
unterrichten. Nix ist
dreckiger als seine
dreckige Lache.*

Fortsetzung folgt.

der bettler

es ist jahre her, daß er hier eingetroffen ist.
inzwischen haben chronisten seine daten gewissenhaft verzeichnet.
darauf reagiert er gelassen:
- ich bin unterwegs, da zählen keine daten und fakten.
er kann nicht einmal sagen, warum er gerade in unsere stadt gekommen ist.
er weiß nur, daß er hier bleibt –
mit seinem akzent, den er am revers trägt.
man munkelt, er sei geflüchtet vor einer diktatur –
oder vielleicht vor sich selbst?
den vielen fragern erzählt er:
- ja, täuschungen. ich würde sie hinnehmen wie eine schmerzpille.
wie ein blinder bettler, der immer etwas befürchtet, streift er durch die tage und murmelt:
- ich bleibe hier und lerne eine menge kleinigkeiten.
und er fragt, ob worte genügen, damit er hier bleibt.
die bäume schütteln ihre vögel ab, schauen noch nackter aus und wollen nicht antworten.
- ich bin beunruhigt, weil ich immer mehr dinge gleichzeitig wahrnehme.
wenn der schirokko weht, nimmt seine unruhe zu.
er setzt eine dunkle brille auf und bemüht sich um anonymität.
zuweilen flüstert er mit dem tagmond von seiner baldigen rückkehr.
dabei verscheucht er die fliegen, die seinem gedächtnis entflohen sind, und beschimpft sie in der muttersprache,
die sie verbindet.
dann zähmt er seine fantasie mit der einsicht, die er hier gelernt hat.
wenn er seine ruhe gefunden hat, weckt er die bäume auf und flüstert mit den blättern.
eine antwort erwartet er nicht mehr.

SAID

wurde 1947 in
Teberan geboren
und hat mit 17
Jahren seine Heimat
verlassen. Seit 1965
lebt er als freier
Autor in Deutsch-
land. Sein literari-
sches Werk wurde
mit zahlreichen
renommierten
Preisen ausgezeich-
net. Im Herbst 2017
erhielt er den Alfred-
Müller-Felsenburg-
Preis für aufrechte
Literatur.



„Das Ungeborene zählte nicht“

Die Lebensbedingungen von geflüchteten Familien und Kindern sind in Italien schlecht. Trotzdem gibt es vermehrt Abschiebungen dorthin. Wie sieht das richtige Maß bei der Umsetzung der Dublin-Verordnung aus – insbesondere für Mütter und schwangere Frauen? Gibt es das überhaupt? Eine weibliche Perspektive aus der Arbeit mit Schwangeren im Dublin-Verfahren. Von Jana Weidhaase.

Adama, 21 Jahre alt, sollte am 30. Mai 2018 gemeinsam mit ihrem fünfjährigen Sohn bereits zum zweiten Mal aus Deutschland nach Italien abgeschoben werden. Das war der Tag vor Beginn ihrer Mutterschutzfrist. Beim ersten Abschiebeversuch zwei Wochen zuvor widersetzte sie sich bereits, als Polizisten sie und ihren Sohn mitten in der Nacht aus einer Flüchtlingsunterkunft in Niederbayern herausholen wollten. Adama wurde wegen vermeintlicher Gefahr des Untertauchens in Abschiebehaft genommen. Ihr Partner und Vater des noch ungeborenen Kindes blieb in der Flüchtlingsunterkunft allein zurück. Adamas fünfjähriger Sohn wurde ihm nicht anvertraut, obwohl sie bereits seit mehr als einem Jahr zusammenlebten und auch ein gemeinsames Zimmer bewohnten. Der Junge wurde stattdessen vom Jugendamt in Obhut genommen.

Adama war aus ihrem Heimatland Sierra Leone über Libyen nach Italien geflüchtet und kam 2017 in Deutschland an. Aufgrund ihrer Flucht über Italien erhielt sie einen ‚Dublin-Bescheid‘, aus dem sie erfuhr, dass ihr Asylantrag unzulässig sei und sie nach Italien abgeschoben werden soll. Formell ist das gemäß der Dublin-Verordnung auch richtig, doch praktisch bedeutete es für Adama und ihre Kinder, perspektivisch ein Leben auf der Straße führen zu müssen. In Italien können Familien zwar vorrübergehend in einer

Familienunterkunft unterkommen, jedoch nur für maximal sechs bis zwölf Monate. Außerdem hätte die Abschiebung nach Italien die Trennung von ihrem Partner und Vater ihres zweiten Kindes bedeutet. Sein Asylverfahren wird in Deutschland bearbeitet, nachdem die Überstellungsfrist nach Italien ohne einen einzigen Abschiebeversuch abgelaufen ist. Keine Seltenheit.

Alleinerziehend mit zwei kleinen Kindern als Geflüchtete in Italien zu leben, war für Adama unvorstellbar. Am 30. Mai weigerte sie sich deshalb, ins Flugzeug zu steigen. Ihr Sohn sollte erst im Flugzeug wieder zurück in ihre Obhut übergeben werden. Doch dazu kam es nicht, denn die Abschiebung wurde wegen Widerstands abgebrochen. Adama wurde erneut inhaftiert, dann jedoch auf Intervention ihrer Anwältin noch am selben Tag freigelassen. Eine erneute Abschiebung am nächsten Tag wäre aufgrund von Meldefristen bei italienischen Behörden nicht mehr möglich gewesen. Danach trat die Mutterschutzfrist ein – und damit auch ein Abschiebehindernis.

Eine konkrete Zusicherung für eine Unterbringung in Italien, wie sie nach der aktuellen Rechtsprechung erforderlich ist, hatte Adama nie erhalten. Dennoch hielten Gerichte die Abschiebung für rechtmäßig, da



Kinderwagenblock in Manching: *Frauen protestieren vor dem Abschiebelager gegen ihre Unterbringung, gegen Dublin-Abschiebungen und gegen die Gefährdung des Wohls ihrer Kinder.*

Adama kein Kleinstkind unter drei Jahren habe. Das Ungeborene zählte nicht. Sie hätte in Italien also nach Ansicht der Gerichte irgendwie allein zurechtkommen müssen – alleinerziehend und hochschwanger – sechs Wochen später mit einem Neugeborenen.

Deutschland auf dem letzten Platz hinsichtlich Mutterschutz

Als Frau tausche ich mich wohl auch aufgrund meiner Lebensphase häufiger mit anderen darüber aus, wie die Mutterschutzfristen in unterschiedlichen Ländern geregelt sind. Dabei erstaunt es mich immer wieder, dass die Schutzfristen für Schwangere und Mütter nicht überall gleich lang sind. Grundsätzlich gilt: Der

nicht oder nur befristet. Häufig sind dies Gründe, warum Geflüchtete innerhalb der EU weiterwandern – aber auch, um Rassismus, Sexismus und sexueller Ausbeutung sowie Menschenhändler*innen zu entfliehen.

Deshalb gibt es Gerichtsurteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs (EMRK), denen zufolge bestimmte EU-Länder nicht mehr als sichere Drittländer gelten. In diese Staaten wird eine Abschiebung untersagt oder an Voraussetzungen gekoppelt. Seit dem *Tharakeel Urteil* aus dem Jahr 2014 (*Tharakeel* gegen die Schweiz) muss Italien eine Unterbringung vorher zusichern. Dieses Urteil verbietet zwar keine Abschiebungen, knüpft sie aber zumindest an die

Sie hätte nach Ansicht der Gerichte allein zurechtkommen müssen – alleinerziehend und hochschwanger

Mutterschutz dient dem Gesundheitsschutz von Mutter und Kind und einer höheren Chancengleichheit im Berufsleben. Das Mutterschutzgesetz (MuSchuG) betrifft zwar nur Frauen im Arbeitsverhältnis, Schülerinnen und Studentinnen, wird aber analog auf die Situation von Müttern im Asylverfahren übertragen.

Vergleicht man die Mutterschutzzeiten innerhalb der EU, gibt es große Unterschiede. Deutschland steht mit nur 14 Wochen oder 98 Tagen Mutterschutz auf dem letzten Platz. Damit hält sich Deutschland an das Mindestmaß einer EU-Richtlinie von 1992. In Italien sind es 20 Wochen. Auf Platz eins steht Bulgarien mit 45 Wochen oder 410 Tagen. Zwischenzeitlich diskutierte man innerhalb der EU, einen 18 bis 20-wöchigen Mutterschutz einzuführen, was aber am Widerstand einiger Staaten scheiterte.

Italien verliert im EU-Vergleich in punkto Lebensbedingungen für geflüchtete Familien und Kinder

Schaut man sich die Aufnahme- und Lebensbedingungen für Geflüchtete innerhalb der EU an, sieht es in Deutschland besser aus als anderswo. Schwierig ist es zum Beispiel in Italien, Griechenland oder Bulgarien. Hier erhalten Geflüchtete keine oder nur eine befristete Unterkunft. Ihnen droht deshalb häufig ein Leben in Obdachlosigkeit. Zugang zu (legaler und nicht ausbeuterischer) Erwerbstätigkeit ist aufgrund der Arbeitsmärkte nicht möglich. Sozialleistungen gibt es

Bedingung, dass Familien mit Kindern eine Unterkunft erhalten. Mittlerweile ist es so, dass das *Tharakeel Urteil* nach der Auslegung des Bundesverfassungsgerichts nur noch für Familien mit Kindern unter drei Jahren gilt. Sind die Kinder älter, können Familien abgeschoben werden. Ist eine Frau zum ersten Mal schwanger, hat also noch keine Kinder, trifft dieses Urteil auch nicht auf sie zu. Sie gilt dann als alleinstehend. Das noch ungeborene Kind findet in diesem Urteil keine Beachtung.

Italien hat mittlerweile zwar Verbesserungen in der Unterbringung von Familien in *SPRAR* Einrichtungen erreicht, diese gelten jedoch nicht als ausreichend und sind nur für eine zeitweilige Unterbringung vorgesehen. Die *Schweizer Flüchtlingshilfe* und der *Dänische Flüchtlingsrat* kritisierten zuletzt 2017 in einem Bericht mit dem Titel „Is mutual trust enough?“ die Situation von zurückgeschobenen Geflüchteten in Italien.

Italien steht also im EU-Vergleich hinten an, was die Lebenssituation von geflüchteten Kindern und Familien betrifft. Lediglich im Kinderschutz ist Italien vorbildlich, wie die Organisation *bordermonitoring.eu* in ihren Berichten bestätigt. Das führt dazu, dass die Kinder von italienischen Behörden eher in Obhut genommen werden, anstatt sie gemeinsam mit den Eltern angemessen unterzubringen.

Anstatt auf die Vorreiterrolle in Bezug auf den Schutz von Familien stolz zu sein und deshalb vom Selbsttrittsrecht der Dublin-Verordnung Gebrauch zu machen, ist es den Politiker*innen in Deutschland wichtiger, möglichst viele Menschen wieder nach Italien abzuschieben. Asylpolitisch motivierte Beweggründe scheinen hier eine größere Rolle zu spielen als Kinderrechte und Mutterschutz.

Ist ein anderer EU-Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens einer Schwangeren zuständig, kann diese bis spätestens zum Eintritt der Mutterschutzfrist und Ablauf der Überstellungsfrist nach der Dublin-Verordnung dorthin abgeschoben werden. Soweit das Rechtsverständnis. Darüber hinaus lässt sich diskutieren, ob die Gesundheit von Mutter und Kind in Bezug auf ein Arbeitsverhältnis einer Abschiebungssituation gleichkommt. In der Dublin-Verordnung gibt es zumindest keine gesonderten Regelungen oder Fristen für Schwangere. Lediglich das Selbsttrittsrecht ermöglicht es den EU-Staaten unabhängig der formellen Nichtzuständigkeit dennoch ein Asylverfahren zu bearbeiten. Zusätzlich zum Mutterschutz könnte man ein Abschiebeverbot einführen, welches über die Mutterschutzfristen hinausgeht. Dies käme einem Beschäftigungsverbot für Schwangere im Arbeitsverhältnis gleich.

Zur bundesweiten Situation

Seit 2017 intensiviert die Bundesregierung Dublin-Abschiebungen. Insgesamt gab es 7110 Überstellungen

diese Länder ab. Damit belastet Deutschland nicht nur die Geflüchteten, sondern auch die anderen EU-Staaten. Weil Dublin-Abschiebungen durch Fristen häufig scheitern, so wie im Fall von Adamas Freund, richtet man nun Instrumente wie Einreisehaft und Rückschiebung an den Grenzen ein.

Zur Situation im Umgang mit Schwangeren in Bayern

Dies betrifft auch Schwangere. Abschiebungen und Abschiebehaft von Schwangeren werden in Bayern regelmäßig angeordnet und vollzogen. Erst im Mai 2018 sollten in Bayern zwei hochschwangere Frauen abgeschoben werden: eine nach Italien, die andere nach Litauen. Bei beiden Schwangeren plante die Behörde die Abschiebung einen Tag vor Eintritt der Mutterschutzfrist und kurz vor Ablauf der Überstellungsfrist. Von Schwangeren in der Abschiebehaft berichtete eine Delegation der Linkspartei, die die bayerischen Haftanstalten im Mai 2018 besuchte. Meist finden Dublin Abschiebungen kurz vor Ablauf der Fristen statt und, um sicherzugehen, dass die Frauen sich nicht auf und davon machen, werden sie vorher noch inhaftiert. Wenn der Arzt im Gefängnis der Schwangeren Haftfähigkeit attestiert, steht dem rein rechtlich nichts entgegen.

Schutz von Ehe und Familie?

Fehlende anerkannte Dokumente über die Vaterschaft oder die Ehe führen dazu, dass im Rahmen der

Einige Geflüchtete glauben, Schwangerschaft schütze automatisch vor einer Abschiebung. Das ist falsch.

nach der Dublin-Regelung im Jahr 2017 im Vergleich zu 3968 im Jahr 2016. Im ersten Halbjahr 2018 belief sich die Zahl bereits auf 1692 Dublin-Abschiebungen allein nach Italien.

Bundesinnenminister Horst Seehofer kündigte erst kürzlich an, dass sich der Bund um die Dublin-Abschiebungen kümmern werde, sofern sich die Länder stärker an den Abschiebungen in die Herkunftsländer beteiligen. Obwohl bestimmte EU-Staaten allein durch ihre geografische Lage stärker mit der Ankunft von Geflüchteten konfrontiert sind und bereits mehr als deutlich signalisieren, dass sie dazu nicht bereit oder in der Lage sind, schiebt Deutschland vermehrt in

Dublin-Abschiebungen Eltern voneinander und von ihren Kindern getrennt werden. Selbst nach einer nachgewiesenen Vaterschaft sagen die Gerichte, dass die Familieneinheit erst hergestellt werden kann, so - bald eine der beiden Personen einen Aufenthaltsstatus erworben hat. Aktuell soll eine Frau aus Manching abgeschoben werden, deren Partner und Vater des ungeborenen Kindes sowohl die Vaterschaft als auch das Sorgerecht anerkannt hat. Die Familie will gemeinsam wohnen. Außerdem kann er für Frau und Kinder sorgen. Dennoch halten die bayerischen Behörden an der Abschiebungsandrohung fest. Kein Einzelfall.

Exit-Strategie Schwangerschaft?

Ein Teil der geflüchteten Frauen ist oder wird während der Flucht schwanger. Einige kommen bereits schwanger in Deutschland an (ihre Schwangerschaft kann auch ein Grund sein, warum sie aus einem EU-Staat in den nächsten gehen müssen), andere werden während ihrer Aufenthaltszeit in Deutschland schwanger. Die Mutterschutzfrist spielt für geflüchtete werdende Mütter eine enorm wichtige Rolle, nicht nur in Bezug auf das Asylverfahren, sondern in Bezug auf ihr weiteres Leben.

Jana Weidhaase
ist Diplomierte
Sozialpädagogin
und MA Community
Development und
arbeitet im Bayer-
ischen Flüchtlings-
rat. Dabei trifft sie
vermehrt auf
schwangere Frauen,
die von einer
Dublin-Abschiebung
bedroht sind.

Einige Geflüchtete glauben, dass Schwangerschaft automatisch vor einer Abschiebung schützt. Das ist jedoch falsch! Mit einer Schwangerschaft als Exit-Strategie versuchen sie sich in Sicherheit zu bringen.

Zusätzlich wird die ausweglose Situation der von Abschiebung bedrohten Frauen von Männern ausgenutzt. Sie versprechen ihnen, dass sie durch eine Schwangerschaft und ein Kind einen Aufenthaltsstatus in Deutschland erwerben könnten und bringen sie häufig in eine vermeintlich ausweglose Entscheidungssituation. Ein Teil der Männer wird die Frau jedoch mit dem Kind allein lassen, so dass diese dann ohne Ansprüche, alleinerziehend in der EU, eventuell in Italien und unter Umständen obdachlos, nicht nur für sich, sondern auch für das gemeinsame Kind allein sorgen muss.

Aus dieser Falle hilft auch kein Abschiebeschutz von Schwangeren, sondern eine genaue Betrachtung der Lebensumstände der Frauen. In vielen Fällen gäbe es Gründe, die zu einem Abschiebeverbot, auch innerhalb der EU, führen könnten: zum Beispiel Menschenhandel oder eine drohende Zwangsheirat sowie die Gefahr von Leben und Gesundheit. Ein Großteil der Frauen hätte einen Anspruch auf ein Abschiebeverbot, das im Rahmen der Dublin-Prüfung eigentlich geprüft werden muss, was jedoch regelmäßig nicht sorgfältig gemacht wird. Die Frauen selbst kennen ihre Rechte zu wenig und ein kostenloser Rechtsbeistand oder eine unabhängige Verfahrensberatung steht ihnen nicht zur Verfügung.

Proteste gegen die erzwungenen Bedingungen

Einige der Schwangeren protestieren gegen die Abschiebungen. Manchmal protestiert auch der Körper durch Zusammenbruch und Erschöpfung.

Neben individuellem Protest gegen eine Abschiebung gibt es auch einen kollektiven. Im Dezember 2017

nahmen zahlreiche Schwangere und Mütter am Streik der geschlossenen Türen in Deggendorf teil. Sie wehrten sich gegen „erzwungene Abschiebung von Schwangeren, Kindern, kranken Menschen und stillenden Müttern“.

Im Mai protestierten viele Frauen vor dem Abschiebelager in Manching gegen ihre Unterbringung, gegen Dublin-Abschiebungen und gegen die Gefährdung des Wohls ihrer Kinder. Im Sommer tourten *Women in Exile* durch die Lager Bayerns und Geflüchtete tauschten sich über ihre Situation aus.

Ein besserer Schutz von Frauen und Kindern ist notwendig. Zudem eine EU Richtlinie, die höherrangig ist als die Dublin-Verordnung. Das Argument, dass Abschiebungen und Abschiebeversuche von Schwangeren rechtmäßig seien, könnte man damit entkräften. Die bereits erwähnten unterschiedlichen Maßstäbe von Mutterschutzfristen innerhalb der EU zeigen, dass Rechtmäßigkeit immer nur begrenzt gültig sein kann. Am Ende ist es reine Glückssache, ob und in welchem EU-Land – oder in Deutschland in welchem Bundesland – eine Schwangere bleiben darf und wie offizielle Stellen mit ihr und dem Leben ihres ungeborenen Kindes umgehen. Ist es Müttern also zu verdenken, dass sie einem guten Leben für sich und ihre Kinder durch Eigeninitiative etwas auf die Sprünge helfen wollen? Wenn es die geltenden Rechte der EU nicht schaffen, dann müssen sie es selbst tun! Das nennt man dann Selbsthilfe.<

Licht ins Dunkel

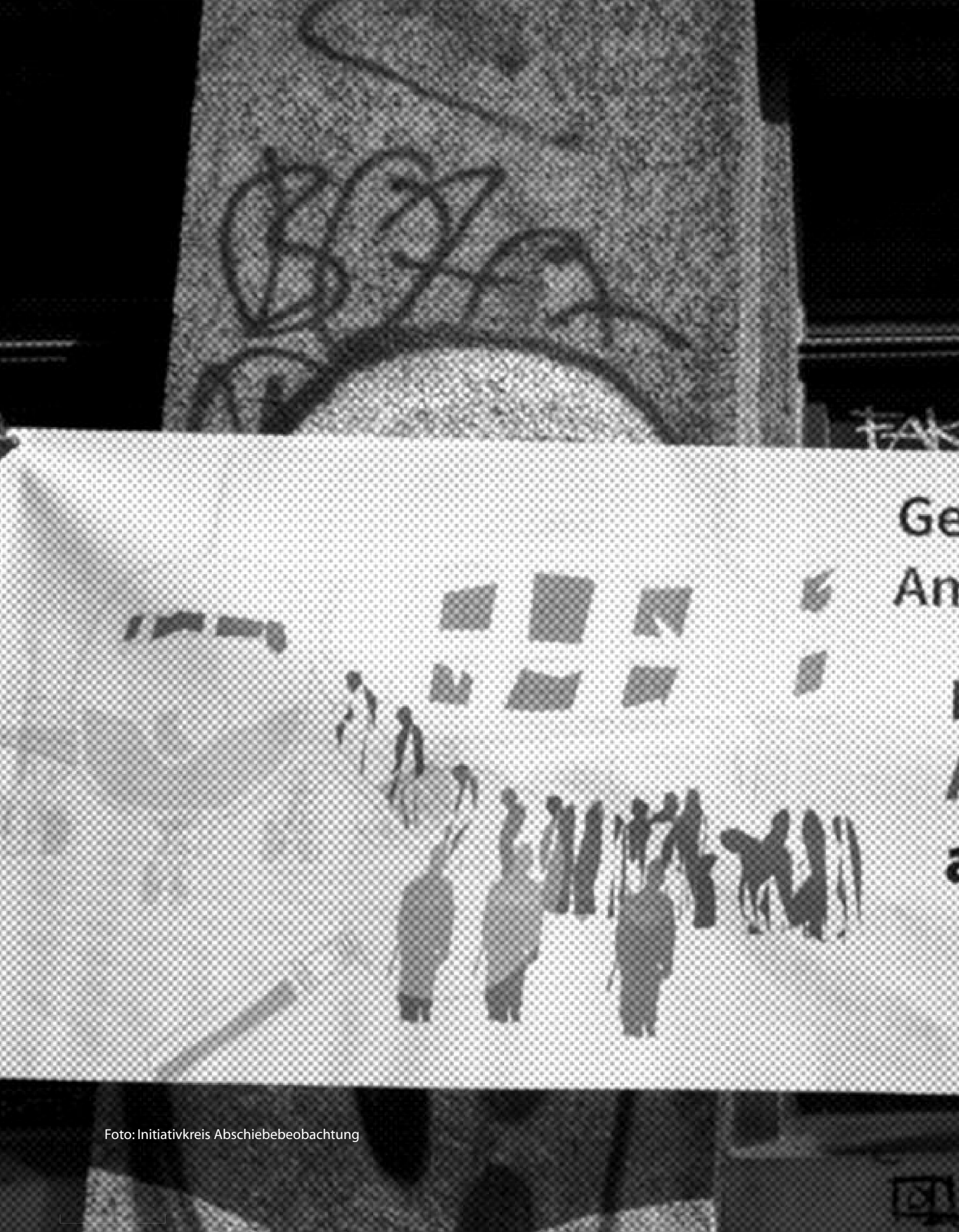
Unabhängige Abschiebebeobachtung ist dringend nötig

Während Abschiebungen zur ‚Chefsache‘ erklärt werden, ihre tatsächliche Zahl weiter steigt und während sich der Diskurs um Migration zunehmend brutalisiert, verlaufen Abschiebungen auch am Flughafen Leipzig-Halle weiterhin unter einem Schleier des Schweigens. Eine Stelle zur kritischen Beobachtung von Abschiebungen könnte Linderung schaffen und Debatten um die Einhaltung der Rechte der Betroffenen anstoßen. Von Georg Schütze.

Berlin, 12. Juli 2018: Am Rande der Vorstellung seines „Masterplan Migration“ feixt der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, über den Fakt, dass acht Tage zuvor, just zu seinem 69. Geburtstag, 69 Menschen in einer Sammelabschiebung nach Afghanistan deportiert wurden. Seine schelmische Freude über diesen Umstand war kaum verdaut, da wurde bekannt, dass einer der 69 sich in Kabul das Leben genommen hatte. Ein 23 Jahre alter Mann, der seit seinem 16. Lebensjahr in Deutschland gelebt hatte.

Vorgänge wie dieser bedrücken, sie machen wütend und sprachlos. Dessen ungeachtet sind Abschiebungen in Deutschland weiterhin brutaler Alltag. Allein auf

dem Luftweg wurden im Jahr 2017 rund 22.000 Menschen abgeschoben – mehr als 900 dieser Abschiebungen starteten am Flughafen Leipzig-Halle. Hinter jeder einzelnen Abschiebung steht ein Schicksal, stehen Träume, Pläne und Existenzen, in die auf gewaltvolle Weise eingegriffen wurde und wird – von den Gefahren und Folgen, die die Menschen im Zielland der Abschiebung häufig bedrohen, ganz abgesehen. Die gegenwärtige Stimmung im Land, getragen und verstärkt durch eine immer schriller werdende Rhetorik der Entmenschlichung Geflüchteter und Schutzsuchender, mag diese Einsicht mehr und mehr verschleiern. Nicht nur deshalb müssen wir umso lauter sein und für Humanität und Universalis-



Ge

An

r

/

a

gegen Abschiebungen, gegen
Willkür und Polizeigewalt

Für eine kritische Abschiebebeobachtungsstelle am Flughafen Leipzig/Halle

Initiativkreis
/ Abschiebebeobachtung



Bewegungs-
Kultur

mus kämpfen. Daher in aller Deutlichkeit: Abschiebungen sind grundsätzlich abzulehnen.

Und trotzdem soll es im Folgenden um Abschiebebeobachtung gehen, um ein Instrument also, das Abschiebungen nicht grundsätzlich in Frage stellt, sondern sie ‚rechtskonform‘ und bestenfalls ‚weniger verletzend‘, nicht aber weniger gewaltförmig machen kann. Reden wir über Abschiebebeobachtung, geraten wir also in ein Dilemma, Abschiebungen entweder zu

nenal Verwaltungen, die in letzter Konsequenz Abschiebungen anordnen und umsetzen, zur Rechtfertigung und bestenfalls zur Änderung ihrer Abschiebep Praxis drängen. Die Rolle und das Verhalten der an einer Abschiebung beteiligten Polizeien der Länder und des Bundes sind ebenfalls ein Fokus der Beobachtung und Kritik.

Ablauf einer Abschiebung und Gründe für eine Abschiebebeobachtung

Es gibt es eine fast endlose Reihe von rechtsverletzenden Fehlern und Problemen

legitimieren oder sie nur passiv geschehen zu lassen. Das Dilemma bleibt und trotzdem ist die kritische Beobachtung und Begleitung von Abschiebungen ein wichtiger Schritt, sie gesellschaftlich zu thematisieren und dadurch Bedingungen zu schaffen, sie irgendwann zu überwinden.

Licht in die Blackbox bringen

Von grundsätzlichen Argumenten gegen Abschiebungen abgesehen, gibt es eine fast endlose Reihe von rechtsverletzenden Fehlern und Problemen, die dabei auftreten können: Schwangere werden abgeschoben; Medikamente, persönliche Gegenstände und Gepäck werden nicht mitgenommen; Ingewahrsamnahmen, die die gesetzlichen Fristen überschreiten; Familien werden getrennt; unverhältnismäßig lange Anfahrtswege zum Flughafen; mangelnde Verpflegung im Zeitraum des Abschiebeprozesses – und viele mehr. Der Grund dafür, dass diese Dinge trotz aller Richtlinien, Gesetze und Regelungen immer wieder geschehen, liegt nicht zuletzt in der prinzipiellen Intransparenz, unter der Abschiebungen stattfinden. Miltiadis Oulios spricht daher auch von einer Blackbox: „Abschiebung wird zur Blackbox. Die Öffentlichkeit soll möglichst keinen Blick hineinwerfen. Damit Abschiebung funktioniert, ist Intransparenz notwendig. Und diese muss immer wieder aufs Neue sichergestellt werden, denn der Widerstand gegen Abschiebungen besteht unter anderem darin, Licht in die Blackbox zu bringen.“ (Blackbox Abschiebung. Berlin 2013, S. 19). In diesem Bild gesprochen, ist das Ziel einer Abschiebebeobachtung, ein Teil des Lichts und der Transparenz zu sein. Sie soll Probleme im Kontext der Abschiebung feststellen und die kommu-

Abschiebungen beginnen in vielen Fällen in der Wohnung der Betroffenen und fast immer in den frühen Morgenstunden. Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde sowie Polizist*innen machen sich bemerkbar, versuchen, sich Zugang zu den Wohnräumen der ausreisepflichtigen Person zu verschaffen. Aufgrund der Uhrzeit werden die Menschen oft aus dem Schlaf gerissen und von den Beamt*innen gedrängt, so schnell wie möglich ihr Gepäck – das 20 Kilogramm nicht zu überschreiten habe – zusammenzustellen. Es folgt ein polizeilich organisierter Transport zum Flughafen oder, oft im Falle von Sammelabschiebungen, einer vorgeschalteten Sammelstelle. Je nach Wohnort kann diese Fahrt mehrere Stunden dauern. Auch am Flughafen ist nicht notwendigerweise mit einem reibungslosen Umstieg zu rechnen, weshalb der gesamte Prozess, der in den meisten Fällen ja sehr überraschend begann, mittlerweile sechs oder mehr Stunden andauern kann. Einige Ausländerbehörden geben in diesem Zusammenhang an, Verpflegung in Form von Lunchpaketen bereit zu stellen. Individuelle Unverträglichkeiten oder andere wichtige Bedarfe an Verpflegung oder Medizin sind jedoch nicht systematisch erfasst und daher auch nicht immer berücksichtigt. An dieser Stelle endet außerdem der Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörden und Landespolizeien und die Bundespolizei übernehmen. In diesem Ablauf gehen wir außerdem davon aus, dass die Betroffenen zuvor weder in Abschiebehaft noch in Ausreisegewahrsam genommen wurden, beides rechtliche und materielle Umstände, die eigentlich einer gesonderten Kritik bedürfen. Einzelabschiebungen erfolgen sodann im Linienflug, im Falle von Sammelabschiebungen werden extra gecharterte Maschinen verwendet. In allen Fällen begleiten

Beamten der Bundespolizei den Flug; währenddessen sind sie befugt, verschiedene Mittel der Sicherung einzusetzen, nicht zuletzt unter Einsatz von Gewalt oder einer fixierenden Fesselung. Insbesondere letzteres hat in der Vergangenheit mehrfach zu Verletzungen bis hin zu Todesfällen geführt.

Nun nochmal die Frage: Warum eine Abschiebebeobachtung? Einen Teil der Antwort finden wir im EU-Recht. Die EU-Rückführungsrichtlinie

Zum Stand der Abschiebebeobachtung am Flughafen Leipzig-Halle

Offizielle Stellen für die Beobachtung von Abschiebungen gibt es an Flughäfen in Berlin, Hamburg, Frankfurt und Düsseldorf. In München übernimmt der soziale Dienst am Flughafen Aufgaben, die teilweise in den Bereich einer Abschiebebeobachtung fallen.

Ähnlich sieht es am Flughafen Leipzig-Halle aus: Aus

Die Landesregierung erklärt, dass sie weder zuständig noch verantwortlich sei

(2008/115/EG) besagt in Artikel 8, Absatz 6: „Die Mitgliedstaaten schaffen ein wirksames System für die Überwachung von Rückführungen.“ In den Begründungen für diese Richtlinie heißt es außerdem, dass die Verfahren zur Rückführung EU-weit „fair“ und „transparent“ gestaltet sein müssen. Einen anderen, nicht-juristischen Teil der Antwort finden wir mit Blick auf den geschilderten Ablauf von Abschiebungen. Im Prozess von Abholung bis zum Start des Flugs treten immer wieder die angedeuteten und geschilderten Fehler und Rechtsverletzungen auf. Eine Stelle für die Beobachtung oder das Monitoring hat die Pflicht, aber auch die Möglichkeit, die rechtlich, sozial und medizinisch komplexen Fälle zu begutachten und auf Verstöße auf Seiten der Verwaltung hinzuweisen. Mit ihrer vermittelnden Rolle gegenüber den vollziehenden Polizeibeamten kann sie außerdem darauf hinwirken, den Einsatz von Gewalt zu minimieren oder unnötig zu machen. Auch die Tatsache, dass die von Abschiebung Betroffenen eine Ansprechperson haben und im Einzelfall eine unmittelbare, lindernde Unterstützung bekommen können, spricht für eine professionell arbeitende Stelle. Schließlich ist die quantitative und qualitative Dokumentation von Abschiebungen ein wichtiger Schritt, um Abschiebungen besser und kritisch thematisieren zu können. Angesichts von Forderungen und Ankündigungen, Abschiebungen zur ‚Chefsache‘ zu machen und dem Trend zu steigenden Abschiebezahlen sind diese Aufgaben umso wichtiger.

einer Antwort auf eine kleine Anfrage von Juliane Nagel (LINKE) geht hervor, dass nach Ansicht der sächsischen Landesregierung eine unabhängige Abschiebebeobachtung dadurch gewährleistet sei, dass der Flughafenseelsorgerin die Beobachtung erlaubt ist. Weiterhin sei eine Beobachtung durch die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter nach Voranmeldung erlaubt. In vielen weiteren Details erklärt die Landesregierung, dass sie weder zuständig noch verantwortlich sei, da es sich um Angelegenheiten der Bundespolizei oder der Träger der sozialen Dienste handele. Diese Antworten lassen sich folgendermaßen lesen: Auch wenn die Landesregierung zynischerweise angibt, Abschiebungen seien so organisiert, „dass keine Gefahr für die an diesem Prozess Beteiligten besteht“, sieht sie ihre EU-rechtliche Pflicht zähneknirschend ein und führt daher eine völlig ungenügende Struktur als schlechte Entschuldigung für eine echte Monitoringstelle an. Am Flughafen Leipzig-Halle ist Abschiebebeobachtung daher weiterhin eine traurige Leerstelle – und dass, obwohl von dort vergleichbar viele Abschiebeflüge wie in Berlin oder Hamburg starten.

Wie wichtig es für abgeschobene Personen sein kann, persönlichen Kontakt und schnelle Unterstützung zu bekommen, ist im Einzelfall kaum zu überschätzen und die seelsorgerische Arbeit darf in ihrer Bedeutung keineswegs geschmälert werden. Dennoch: Die Erfüllung von Monitoringaufgaben durch soziale Dienste und Seelsorge ist ungenügend, weil die Aufgabenbereiche der quantitativen und qualitativen Dokumentation sowie der kritischen Kommunikation mit kommunalen Behörden und Polizei durch sie nicht erfüllt werden können. Bei durchschnittlich 2,5

Abschiebungen pro Tag an 365 Tagen im Jahr stellt sich außerdem die Frage, ob eine einzelne Seelsorgerin am Flughafen Leipzig-Halle dem Bedarf gerecht werden kann, der mit einer gewissenhaften Begleitung jedes einzelnen Falls einhergeht. Echte Monitoringstellen arbeiten zudem mit sogenannten Foren zusammen, die sie jährlich über ihre Arbeit und die dokumentierten Problemfälle unterrichten. Die Foren setzen sich aus staatlichen und nicht-staatlichen Vertreter*innen zusammen und sollen die Erkenntnisse aus den Berichten zurück in ihre jeweiligen Ressorts tragen. Zusätzlich leisten Monitoringstellen, oft leider

tion erschwert wird. Schließlich müssen alle derzeit bestehenden Beobachtungen einen gravierenden Stellenmangel beklagen. Im Schnitt gibt es nur ein oder zwei Mitarbeiter*innen pro Flughafen, weshalb in vielen Fällen nur eine oberflächliche Begutachtung von Abschiebefällen möglich ist. Auch bundesweit gilt daher, dass die Abschiebebeobachtung intensiviert und die unabhängigen Stellen gestärkt und weiterentwickelt werden müssen.

Nehmt die Bundesländer in die Pflicht

Für abgeschobene Personen ist es wichtig, persönlichen Kontakt und schnelle Unterstützung zu bekommen

Georg Schütze
ist seit 2015
Mitarbeiter im
Flüchtlingsrat
Sachsen-Anhalt. Seit
Anfang 2018
betreibt der
Flüchtlingsrat
Sachsen-Anhalt eine
Kampagne zur
Einrichtung einer
Stelle für Abschiebe-
beobachtung am
Flughafen Leipzig-
Halle und wirkt mit
im Initiativkreis
Abschiebebeobach-
tung.

nur eingeschränkt, Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel über die Veröffentlichung dieser Berichte. Beides – Forum und Öffentlichkeitsarbeit – lässt das Modell am Flughafen Halle-Leipzig vermissen. Von „Transparenz“, wie sie im Vorwort der EU-Richtlinie gewünscht ist, kann also keine Rede sein. Die Abschiebep Praxis an der Grenze zweier Bundesländern bleibt eine Blackbox.

Bundesweit braucht es mehr Mitarbeiter*innen

Neben diesen Unzulänglichkeiten der derzeitigen Maßnahmen zur unabhängigen Abschiebebeobachtung am Flughafen Leipzig-Halle, lassen sich auch die Mankos anderer Stellen aufzählen. Diese müssen in den künftigen Kampagnen und Diskussionen natürlich gleichermaßen auf sächsische wie auch sachsen-anhaltische Verhältnisse bezogen werden:

Keiner Monitoringstelle ist eine direkte Intervention erlaubt – wenngleich sie im Falle krasser Rechtsverletzungen vermittelnd auftreten und gegebenenfalls als erreichbare Ansprechpartner*innen für Anwalt*innen dienen können, deren Klient*innen abgeschoben werden. Zudem ist der Handlungsbereich aller derzeit vorhandenen Stellen auf den Flughäfen beschränkt. Eine kritische Begleitung ab dem Punkt der nächtlichen Abholung bleibt daher weiterhin aus. Damit verflochten ist ein häufig erlebter Mangel an Anerkennung und Legitimität der Beobachter*innen in den kommunalen Verwaltungen. Beispielsweise werden Auskünfte zum Abschiebevorgang vor Ankunft am Flughafen oftmals verweigert oder erfolgen unvollständig, wodurch die vollständige Dokumenta-

Das Fehlen einer echten, unabhängigen Abschiebebeobachtung am Flughafen Leipzig-Halle ist angesichts der Zahlen von Abschiebungen unentschuldigbar. Deshalb müssen staatliche wie auch nicht-staatliche Akteur*innen beider Bundesländer in die Pflicht genommen werden, für die Einrichtung einer Beobachtungsstelle aktiv zu werden. Die derzeitige Leerstelle kann dabei auch als Potenzial gedeutet werden, um mit konsequenten Forderungen in die Neu-Konzeption zu starten. In diesem Zusammenhang müssen vor allem die Kritikpunkte und Forderungen des *Sächsischen Flüchtlingsrats*, des *Flüchtlingsrats Sachsen-Anhalt* sowie des *Initiativkreises Abschiebebeobachtung* bei der Diskussion um die Stelle und das Konzept der Beobachtung unbedingt Beachtung finden. Nur so kann der gewünschte Effekt, mit der Stelle ein verbindendes Element zwischen Unterstützer*innenkreisen, Beratungsstellen, Rechtsanwält*innen und den verantwortlichen Stellen vor Ort zu schaffen, erreicht werden.<



FUCKER

HERTLESS PE

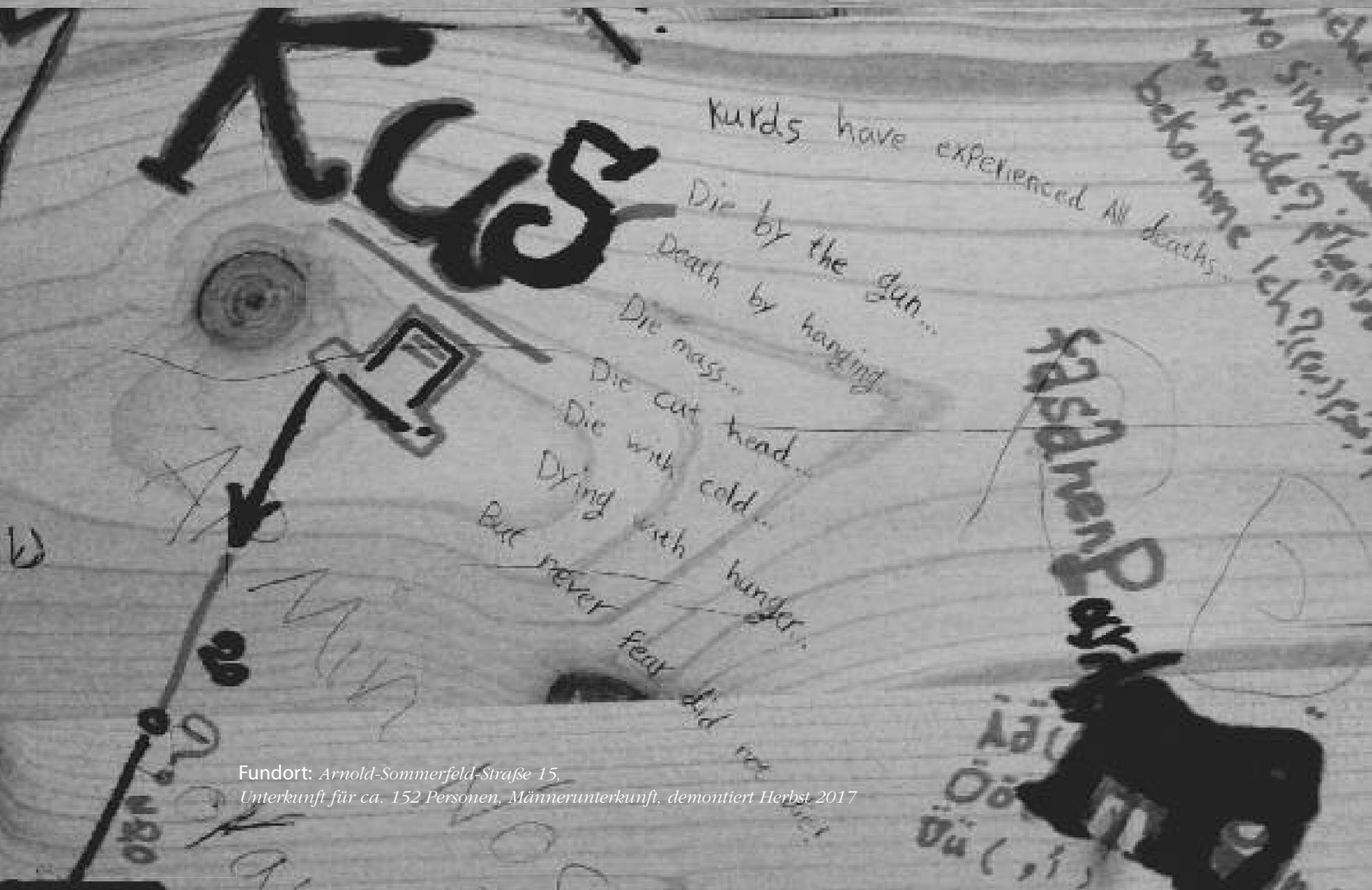
MY KINDEER

YOU THEIF
PERSON TOOK
WINTER. CAPE

der werbelwind

der Model

der ov Kd U



Lieben

Leben

es ist

schön

Fundort: Arnold-Sommerfeld-Straße 15,
Unterkunft für ca. 152 Personen, Männerunterkunft, demontiert Herbst 2017

Ich gehe raus

Ich gehe rein

Ich gehe weg

Ich habe Hunger

Fundort: Max-Pröbstl-Straße 4,
Unterkunft für ca. 232 Personen, Familienunterkunft, stillgelegt Winter 2016/17

„ ... have experienced all deaths“

Das Amt für Wohnen und Migration der Stadt München ließ 2015 zusammen mit dem Kommunal- und Baureferat acht Leichtbauhallen verteilt im gesamten Stadtgebiet errichten, um kurzfristig eine große Anzahl an Geflüchteten zu beherbergen. Heute stehen die Hallen leer oder sind bereits wieder abgebaut. Graffiti, Wortfetzen, Kritzeleien, zum Teil farbenprächtige Bilder geben Zeugnis vom Leben der ehemaligen Bewohner*innen. Die Fotos sind nach deren Umzug in feste Unterkünfte entstanden. Von Sophia Neopren.

Sophia Neopren
*ist freie Texterin
und Fotografin in
München und findet
die Arbeit des
Bayerischen
Flüchtlingsrates gut.*

Rasch aufgestellte Hallen boten je nach Größe 85 bis 284 Menschen Unterkunft. Rückzugsraum war die jeweilige Kojen aus Sperrholz mit einer Höhe von 1,60 Meter und ausgestattet mit zwei bis sechs Betten. Von Dezember 2015 bis November 2016 fanden in München mehr als tausend geflüchtete Menschen auf diese Weise eine temporäre Unterkunft. Sobald es feste Bauten gab, zogen die Bewohner*innen um. Über den Winter 2016/17 blieben die Leichtbauhallen zunächst im Stand-by-Betrieb. Bis zum Herbst 2017 wurden fünf davon abgebaut, drei stehen seither leer.

Dass hier Menschen für eine gewisse Zeit gelebt, geschlafen, Zuflucht gefunden und sich auf ein neues, anderes Leben vorbereitet haben, zeigt sich in den hinterlassenen Spuren, die ich fotografierte, damit sie nicht verloren gehen.

Graffiti, Wortfetzen, Kritzeleien, zum Teil farbenprächtige und ausgeschmückte Bilder, auch aus Kinderhand, fand ich an den niedrigen Wänden der Kojen. Aufzeichnungen in arabischer, äthiopischer, afghanischer, englischer und deutscher Sprache – möglicherweise Lernstoff übersetzt aus den Kursen, die viele der neu Angekommenen besuchten. Doch auch Auseinandersetzungen mit dem Vergangenen,

dem Leben in der Heimat, der Flucht und dem neu Vorgefundenen lassen sich entziffern. So schufen sich die Menschen einen Hauch an Privatsphäre. Und manchmal stand das, was man weit weg glaubte, einfach da:

„Kurds have experienced all deaths

*Die by the gun...
death by hanging
Die mass ...
Die cut head ...
Die with cold...
Dying with hunger*

But never fear did not die!“

Nach dem Kotzen trotzdem Kater

Von Tante Tom

Die *Hinterland*-Ausgabe, die Sie, leckere Lesende, in diesem Moment in Ihren Händen halten, dürfte zwei Großereignisse des südlichen Deutschland bereits hinter sich gebracht haben: das Münchner Oktoberfest und die Bayerischen Landtagswahlen. Insofern ist davon auszugehen, dass Sie vielleicht ein wenig verkatert sind. Vielleicht ist Ihnen noch etwas übel, der Kopf tut weh, der Mund ist trocken, Sie empfinden eine gewisse Scham aufgrund Ihres Verhaltens in der jüngsten Vergangenheit sowie der Gesamtsituation im Allgemeinen. Ihnen geht's scheiße.

Gut so.

Verstehen Sie mich nicht falsch; Ich wünsche Ihnen nicht deshalb Böses, weil ich eine grantige alte Frau bin, die den Anschluss an die Moden und Gepflogenheiten der jüngeren Generationen verloren hat und deswegen einsam und verbittert ist. Erst gestern habe ich das iPad, das mir meine Großnichte zum Geburtstag geschenkt hat, benutzt, um mich auf einem online-Forum über feministische Pornos auszutauschen. Ich bin umgeben von guter Gesellschaft und komplett am Puls der Zeit.

Eigentlich wünsche ich Ihnen gar nichts Böses. Es erfüllt mich nur mit einer gewissen Genugtuung, wenn ich merke, dass Menschen die Konsequenzen ihres Verhaltens auf eine profunde, intime Art spüren. Ein gewisses *je ne sais quoi*, ein gewisses Gefühl von „das Leben stimmt nicht, das läuft alles nicht so, wie es sollte.“ Nichts führt so zuverlässig zu diesem Gefühl wie eine bayerische Landtagswahl oder ein ordentlicher Kater. Die Details sind in beiden Fällen nachrangig, das Gefühl ist so oder so unangenehm. Es sei denn, Sie sind AfD-Wähler*in, und ganz ehrlich, wenn wir in einer Situation leben, in der nur AfD-Wähler*innen sich wohl fühlen, dann ist so ziemlich alles schiefgelaufen, was schiefgehen konnte.

Vor ziemlich genau drei Jahren kamen sehr viele Geflüchtete nach München, aus verschiedenen Ländern und aus verschiedenen Gründen. Dass es dazu kam, hat damals niemanden überrascht, der sich mit dem Thema Flucht und Migration auch nur ein bisschen auseinandergesetzt hat und dessen Horizont über den Gardasee hinausgeht. Mit anderen Worten, die meisten Menschen waren extrem überrascht.

Trotzdem lief die Sache erst mal ganz gut. Am Münchner Hauptbahnhof fanden sich große Gruppen Freiwilliger ein, die die Geflüchteten freundlich in Empfang nahmen und mal mehr, mal weniger sinnvolle Hilfe leisteten. Das hieß dann schnell „Willkommenskultur“ und alle waren sehr stolz auf sich; ich persönlich halte es mehr für das absolute erwartbare Minimum an Solidarität seitens der Menschen, deren Gesellschaft direkt für die Umstände verantwortlich ist, die die Leute überhaupt erst in die Flucht nötigen, während sie selbst fett und glücklich an den unfreiwilligen Opfern geworden sind, die die Geflüchteten gemacht haben. Aber okay, wie wir es auch nennen, viele Menschen in München verhielten sich uncharakteristisch anständig.

Bizarr ist, dass ich mir angesichts der jetzigen Erklärung des Sommers 2015 erst recht vorstelle wie



eine alte Frau, die von früher erzählt. Dieser Sommer war nicht das, was nun viele wollen, das er gewesen sei. Erstens kamen tatsächlich viele Menschen gleichzeitig, aber nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal. Es war nur schwierig, sie in diesem Moment so zu ignorieren, wie wir es sonst tun. Zweitens handelte es sich tatsächlich um eine infrastrukturelle Herausforderung, was aber hauptsächlich an genereller Langatmigkeit der involvierten Behörden lag, die noch dazu jahrelang so getan hatten, als wäre die Welt anders, als sie ist. Für mich als Münchnerin, die jeden Tag ein, zwei Mal am Hauptbahnhof die U-Bahn wechselt, bot sich allerdings kein Bild der barbarischen Horden, die einfallen, noch der humanitären Krise, noch des Kollapses der gesellschaftlichen Struktur. War halt a bisserl mehr los da. Und drittens war die Hilfsbereitschaft der Deutschen tatsächlich für alle Beteiligten überraschend – das lag aber daran, *dass kein Mensch damit gerechnet hätte, dass Deutsche sich in dieser Situation anständig verhalten!* Wir sind nicht über uns hinaus gewachsen. Wir haben nur ausnahmsweise eine Gelegenheit ausgelassen, Arschlöcher zu sein.

Zumindest fürs Erste. Ein paar Wochen gingen ins Land, die Behörden holten ganz langsam auf, die Bayerische Regierung schob den Großteil der Arbeit auf die Kommunen ab und beschwerte sich trotzdem am Lautesten, viele Menschen blieben anständig, viele andere Menschen stellten fest, dass Anständigkeit als Hobby schnell anstrengend wird und verzogen sich wieder in den Hintergrund. Eine relativ kleine Gruppe europakritischer Wirkköpfe, auch bekannt als AfD, nutzte die Gelegenheit, um ihr Portfolio um Fremdenfeindlichkeit und Rechtsnationalismus zu erweitern, mit Erfolg.

Dann fing das Oktoberfest an, und wieder stieg ich regelmäßig am Hauptbahnhof um. Es gab kaum noch Helfer*innen und immer noch viele Geflüchtete, die auf dem Boden schliefen. Außerdem viele (größtenteils weiße und europäische) Tourist*innen, die ebenfalls auf dem Boden und teilweise in ihrer eigenen Kotze schliefen. Wie dieses Jahr, wie letztes Jahr, wie im Jahr davor bogen sich die Stadt und ihre Einwohner*innen fünfmal um, um diesen halbbevussten Bierreservoirs in Menschenform Souvenirs anzudrehen, Nahrung in die Mäuler zu schieben und sie in überbezahlten Airbnb's wohnen zu lassen.

Wir sind immer noch nicht aus dem Rausch aufgewacht, dass der Sommer 2015 ein einmaliges, großes Ereignis gewesen wäre, anstelle einer globalen Realität, an der wir mitverantwortlich sind und von der wir selbst im Extremfall nur die Spitze des Eisberges

sehen. Wir sind auch nicht aus dem Rausch erwacht, unsere Gesellschaft hätte 2015 ein geradezu übermenschliches Zeugnis von Solidarität und Nächstenliebe erbracht. Die Geflüchteten werden in unserem Blick nahtlos von den Bierleichen abgelöst. Aber erstere ertragen wir vielleicht einmal alle paar Jahrzehnte mit einem Mindestmaß an Anstand. Letztere heißen wir Jahr für Jahr mit Freude willkommen, und wir geben uns Mühe, ihnen nur unsere besten Seiten zu zeigen.

Zu viele der Geflüchteten haben wir mittlerweile wieder verjagt oder verbannt. Viele sind noch hier. Wir geben uns alle Mühe, sie nicht zu sehen, und diejenigen, die sie sehen wollen, sehen sie als Mörder, Schmarotzer und Gefährder. Die hochrot besoffenen Tourist*innen hingegen, die in ihre eigenen Körperflüssigkeiten getränkt durch die Stadt torkeln, tolerieren wir. Die Wies'n besteht aus Geld, Heimatseligkeit und kosmopolitischem Renommee. Die Realität globaler Flucht besteht aus ignorierte Verantwortung, historischer Schuld, anstrengenden Aufgaben und echten Menschen, denen es schlecht geht. Die Wies'n in all ihrer Lächerlichkeit, Dekadenz und Obszönität ist der Rausch, den wir wollen. Die CSU, AfD und anderen, mit ihrer Rumgevolkelei sind der Kater, den wir verdient haben.

Wir fühlen uns unwohl, und manchmal haben wir auch das Gefühl, dass wir selbst nicht unschuldig daran sind, wie scheiße wir uns fühlen.

Gut so.<

IUV

VENT

A

SEENOTRETTUNG –
EIN AKT DER
MENSCHLICHKEIT

EIN FILM VON MICHELE CINQUE

BUCH MICHELE CINQUE, MARCO SAURA SCHNITT PIERO LASSANDRO
KAMERA MICHELE CINQUE, MARTINA COCCO MUSIK HACKED E PICCIOTTO
SOUND DESIGN UND MONTAGE GIUSEPPE D'AMATO UND GIANCARLO RUTIGLIANO
EINE PRODUKTION VON LAZY FILM UND RAI CINEMA, IN KOPRODUKTION MIT
BRIGHT FRAME, SUNDAY FILMPRODUKTION UND ZDF/3SAT,
MIT DER UNTERSTÜTZUNG VON MDM MITTELDEUTSCHE MEDIENFÖRDERUNG
REDAKTION UDO BREMER EXECUTIVE PRODUCERS MICHELE CINQUE,
OGNJE DZDAREVIC, RENÉ PROTSCHER, THOMAS JESCHNER,
CHRISTOP BRUNING PRODUKTIONSDIREKTOR VALERIO CIAMPICAGNOLI

